

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Krise des Dualismus.

Aus Wien wird uns vom 26. März geschrieben: In der Dsjener Burg sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß: Das ist so die gegenwärtige Lage in Ungarn. Aber es wäre ungerecht, für die Tragikomödie der Situation den alten Kaiser verantwortlich machen zu wollen. Denn die Unlöslichkeit des dualistischen Problems steckt nicht in den Menschen, sondern in den Dingen. Es handelt sich ja nicht allein um einen Konflikt zwischen der Parlamentsmehrheit und der Krone, der also durch die Nachgiebigkeit des Monarchen leicht geschlichtet werden kann; in jenem Gegensatz steckt auch der Gegensatz zwischen Ungarn und Oesterreich, also, wenn das paradoxe Wort gestattet ist, zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem König von Ungarn. Wie soll sich also Franz Joseph entscheiden? Soll er als Kaiser von Oesterreich handeln und dadurch die Ungarn, deren Loyalität sich ja von alters her als Tendenz von Soll und Haben darstellt, der Dynastie entfremden, soll er als König von Ungarn handeln, sich als konstitutioneller Regent dem Willen der Mehrheit des Reiches unterwerfen und sich so um alles Ansehen in Oesterreich — und wohl auch in der nächsten Umgebung — bringen?

Ueber dem Inhalt der Forderungen der neuen Mehrheit schwebt trotz der langen Krise geheimnisvolles Dunkel, aber dennoch verleiht man, um was sich der Streit dreht. Die Sache ist einfach die, daß die neue Majorität einen staatsrechtlichen Erfolg braucht — welcher Art ist eigentlich gleichgültig, nur recht in die Augen fallend muß er sein. Daß in ihrem Wunschzettel die Aufhebung der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit, des gemeinsamen Zoll- und Handelsgebietes nicht an erster Stelle steht, kann man für gewiß nehmen. Erstens ist hier der Reichstag von der Krone ganz unabhängig; eine Gemeinsamkeit muß nicht, um beseitigt zu werden, aufgehoben werden, vielmehr muß sie regelmäßig erst vereinbart werden und hört also, wenn nicht bis dahin ein neuer Vertrag (für den es freilich bereits jetzt zwei Formen gibt und dessen Art noch wesentlicher Umgestaltung fähig ist) Ende 1907 von selbst auf. Andererseits ist aber die Gemeinsamkeit des Zollgebietes für Ungarn eine so wichtige Sache, daß auch darum kein Mensch ernstlich daran denkt, sie in einer absehbaren Zeit zu beseitigen, wenn sich auch jedermann in Ungarn wie in Oesterreich darüber klar ist, daß auf die Dauer dieses nicht bloß gemeinsame, sondern auch einheitliche Zollgebiet nicht aufrecht zu erhalten sein wird. Mehr als die Anerkennung dieser Entwicklungstendenz fordert auch die Mehrheit nicht. Sie will die Gemeinsamkeit nicht aufheben, aber sie will zugestehen haben, daß sie keine Bedingung ist, ohne die es nicht geht, also beseitigt werden kann und beseitigt werden wird, wenn sie für Ungarn aufhören wird, eine Notwendigkeit und ein Vorteil zu sein. So verwohren sich die Dinge im Augenblick ausnehmen, so scheint es und doch nicht zweifelhaft, daß schließlich jener ganze Konflikt der Vereinbarungen der beiden Regierungen, den man Ausgleich nennt — wozu also das neue Zoll- und Handelsverhältnis, der autonome Zolltarif und die Handelsverträge gehören — Gestalt erlangen wird, wenn auch wirklich schwerer zu sagen wäre, wie das alles bis Ende dieses Jahres in den beiden Parlamenten bewältigt und geordnet werden wird. Dennoch ist das Schwerkriegsrecht der Notwendigkeit so groß, daß bloße Nichtzustandekommen all der Dinge so wenig eine Keuregelung als das Chaos eine Ordnung ist, daß eben das, was sein muß, auch geschehen wird — wenn es auch, infolge der parlamentarischen Wirren, seine Form noch ganz beträchtlich verändern kann.

Eigentlich steht es für die Reichstagsmehrheit auch mit militärischen Forderungen nicht wesentlich anders. Hier geht bekanntlich ihre Forderung in der Hauptsache dahin, daß für den ungarischen Teil der gemeinsamen Armee die ungarische Kommandosprache eingeführt wird — die jetzt im ganzen Bereiche der I. und I. Armee die deutsche ist. Auch dieses ist nach dem wirklichen Stande der Dinge auf lange Zeit noch nicht zu verwirklichen, weil es den Magyaren an der nötigen Zahl von Offizieren gebricht und deren Aufzucht, die jetzt künstlich betrieben wird — widmet ihr doch Ungarn jährlich beinahe eine Million Kronen an Stipendien — erst in einem Menschenalter ihre Wirkung zeitigen wird. Auch hier beschränkt sich also die Forderung der neuen Mehrheit auf eine theoretische Anerkennung, wozu freilich die Bedingung tritt, daß sich auch die Krone neue militärische Forderungen vermag und sowohl die projektivierte Vermehrung des Mannschafstandes wie die Bewilligung einer Anleihe für die in den letzten Delegationen genehmigten Gelder Kredite (insgesamt 450 Millionen Kronen) aufgibt oder wenigstens zurückstellt.

Der Konflikt besteht also darin, daß die neue Mehrheit einen privatrechtlichen Erfolg, einen sichtbaren und den Wählern in die Augen springenden Erfolg braucht; wogegen der König den Beweis seiner Entschlossenheit und Widerstandsfähigkeit nicht missen kann. Denn so wie die neue Mehrheit einen Beweis braucht, daß sich durch ihr Bündnis die Dinge geändert haben und weiterhin noch ganz anders ändern werden, so braucht die Krone den Beweis, daß sich nichts geändert hat, weil sich an den Grundlagen des Reiches im Rückblick des Jahres 1867 nichts ändern darf, daß also die Veränderung der Mehrheit des ungarischen Abgeordnetenhauses in inneren Angelegenheiten ungarisch ist und bleiben muß, die an den Tatsachen des Dualismus (die sich im großen und ganzen auf die Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit der Armeen beschränken) weder rütteln noch ändern kann. Auch ist nicht zu verkennen, daß die Stimmung in Oesterreich ganz außerordentlich gereizt ist und also auch gegenüber in der Sache ziemlich belanglosen Zugeständnissen, die es früher mehr mit gutmütigem Spott aufgenommen hat, sehr empfindlich geworden ist, woraus sich eben ergibt, daß der König von Ungarn nicht so leicht vergessen darf, daß er auch Kaiser von Oesterreich ist.

Wie kann aber diese merkwürdige Situation beendet werden, wie wird der Konflikt ausgehen? Denn daß er nicht lange währen kann, liegt angesichts der dringenden und drängenden Aufgaben auf der Hand. Stodt doch, von anderem abgesehen, die ganze Vorarbeit für die Handelsverträge, die sämtlich bis Ende des Jahres gekündigt sind und also in diesem Jahre mit den auswärtigen Staaten geschlossen und in den Parlamenten erledigt werden müssen. Vergleicht man objektiv die Machtmittel, welche der Krone und dem Reichstage zustehen, so fällt der Vergleich sehr zuungunsten der Krone aus. Im Grunde hat der König von Ungarn gegenüber dem ungarischen Parlamente keine größere Macht, als die eines negativen Vetos, mehr als nein zu sagen, vermag er nicht; nicht einmal das formale Mittel eines Appells an die Wähler steht ihm zu Gebote. Er findet heute schlechtweg keinen Minister, der seinen Willen durchzusetzen würde. In Ungarn gibt es keinen § 14 und gibt es, was von ausschlaggebender Bedeutung ist, nicht die Einrichtung unparlamentarischer Regierungen. Einem Versuch, in Ungarn so etwas wie ein Veamtenministerium zu ernennen, würde sich also nicht bloß die Mehrheit, sondern mit der allgrößten Entschiedenheit der ganze Reichstag entgegenstellen. Nicht einmal das Auskunftsamt existiert, den Reichstag zu vertagen und das demissionierte Ministerium Tisza im Amte zu belassen.

Aus allem ergibt sich, daß ohne eine Konzession an den staatsrechtlichen Standpunkt der neuen Mehrheit die Krise nicht gelöst werden kann, eine Unterwerfung der neuen Mehrheit unter den Willen des Königs weder zu verlangen noch zu erwarten ist. Die Verlagerung durch die Tatsachen wird aber Franz Joseph nicht lange aushalten.

Daraus wird natürlich nicht folgen, daß der Dualismus von heute auf morgen aufgelöst wird — etwa so, wie man eine protokollierte Firma in Handelsregister löst — aber daraus folgt, daß er auf die Dauer nicht haltbar ist. Die Unterdrückung der dualistischen Staatsformen ist mithin Sache der Entwicklung, aber daß die Entwicklung darauf gerichtet ist, mag heute kein Optimist zu bezweifeln. Die Ministerkrise wird schließlich irgendwie gelöst werden, die Krise des Dualismus ist aber unlösbar.

Karl Marx über Terrorismus.

Die neueste Nummer der „Die Socialiste“, der von Preßensie herausgegebenen, der Einigung der französischen Sozialisten gewidmeten Zeitschrift, veröffentlicht einen bisher ungedruckten Brief von Karl Marx an seine Tochter Jenny Longuet, in dem Bemerkungen über den russischen Terrorismus enthalten sind.

In wenigen Zeilen erschöpft hier Karl Marx alles, was überhaupt über die Frage des russischen Terrorismus gesagt werden kann. Der Brief ist datiert aus London vom April 1881. Er führt uns in die Zeiten der Korodnaja Wolja, der älteren terroristischen Revolutionspartei, und knüpft an die Tötung Alexanders II. an und den Prozeß gegen die Urheber des Attentats, Sophie Perowtskaja, Zetlajoff, Kibaltitsch, Michailoff und Nysaloff, die sämtlich zum Tode verurteilt wurden.

Marx wendet sich zunächst gegen gewisse anarchistische Gruppen russischer Revolutionäre, die in Genf ihr Wesen trieben, die einmal Europa zu überzeugen suchten, daß sie alle Attentate organisiert hätten, dann aber, als Widmard und Konforten die Wahlergebnisse ausnützten und die Sache für sie gefährlich wurde, die Welt zu überzeugen suchten, daß sie ganz friedliche Leute seien. Im Gegensatz zu dieser Haltung dieser Genfer, deren Einfluß auf das Schlachtfeld in Rußland selbst gleich Null sei, feiert er die Helden des Attentats auf Alexander II.:

„Hast Du den Prozeß der Urheber des Petersburger Attentats verfolgt? Das sind alles bewundernswürdige Menschen, ohne melodramatische Pose, voll Einfachheit, wahre Helden. Schreiben und Handeln sind zwei entgegengesetzte Dinge, die sich nicht vereinigen lassen. Das Petersburger Exekutiv-Komitee, das mit so großer Entschlossenheit handelte, veröffentlicht Manifeste von außerordentlicher Mäßigung.“

Wie weit ist das von der Art der Most und anderer knabenhafter Helden entfernt, die den Tyrannenmord als Universaltheorie und Alldemittel predigen! (Selbst so friedfertige Engländer wie Dickraß, Savage Landor, Macaulay, Shaftesbury sprachen ebenso wie sie, als sie ihren Freund Mazzini unterstützten).

Das Exekutiv-Komitee wendet sich an Europa, um es zu überzeugen, daß ihr Vorgehen eine spezifisch russische Taktik sei, zudem geschichtlich unvermeidlich, über die man schließlich ebensowenig dafür oder dagegen moralisieren kann wie über das Erdbeben von Chios.“

Die Revolution in Rußland.

(Offizielles Telegramm.)

Reval, 29. März. Zahlreiche Proklamationen fordern die Arbeiter auf, Unruhen in Masse am 2. April zu organisieren. In der Fabrik Dvigatel haben die Unruhen bereits angefangen.

Petersburg, 28. März. Unter den Bauern des Bezirks Windau sind vielfach schwere Unruhen ausgebrochen, zu deren Unterdrückung, wie üblich, Truppen abkommandiert worden sind.

Saratow, 29. März. (Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine außerordentliche Gouvernements-Semstwowersammlung beschloß, den Minister des Innern um unverzügliche Beratung über die gegenwärtige Lage unter Teilnahme von Vertretern der Saratower Gesellschaft anzugehen, weil die Lage sich immer mehr zuspizte. Erforderlich

sei die Aufhebung des verstärkten Schutzes. Um der Gesellschaft die bürgerliche Freiheit zu gewähren, sei keine komplizierte gesetzgeberische Arbeit erforderlich. Ferner wurde beschlossen, den Minister und den Synod darum anzugehen, öffentlich die lägenhaften Meldungen, wonach die intelligenten Kreise von den Japanern erkannt seien, zu widerlegen.

Bäterken läßt sagen.

Petersburg, 29. März. Der Zar hat an den Warschauer Generalgouverneur ein Reskript gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß sich mit der Erneuerung des bürgerlichen Lebens im Reichsgebiet in den verfloßenen letzten 40 Jahren eine Reihe von Bedürfnissen (1) hervorgebracht hätten, denen die Regierung jetzt besondere Aufmerksamkeit schenke. Die Versuche der Feinde der Rechtsordnung, Wirren hervorzurufen, verhinderten eine ruhige Erörterung der Bedürfnisse. Gleichzeitig äußerten einige Gruppen der polnischen Gesellschaft übermäßige Ansprüche bezüglich der Grenzen der Anwendung der Staatsprache, welcher im ganzen Reich eine gebührende hohe Bedeutung gesichert bleiben müsse, aber ohne übermäßige ungerichtete Verdrängung der irdischen Sprachen. Demgemäß beauftragt der Kaiser den Generalgouverneur, unter geschwätziger fester Unterdrückung der künstlich hervorgerufenen Wirren, an die Ausarbeitung von Reformen zu schreiben, die als notwendig anerkannt werden für das Gedeihen des untrennbar mit den übrigen Teilen des russischen Staates verbundenen Gebietes.

Man kann es dem Zaren nachfühlen, daß er mit „so dummen Sachen“, wie solchen unter seiner Firma laufenden Schriftstücken, verschont bleiben will.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Gerüchte vor, daß die Japaner die Verbindungen der russischen Armee abgeschnitten hätten und im Begriff ständen, die russischen Truppen völlig zu umzingeln. Nach offiziellen Petersburger Telegrammen soll jedoch auf dem Kriegsschauplatz keine Veränderung eingetreten sein. „Gerüchten zufolge“ hätten die Japaner seit einigen Tagen ihren Vormarsch nicht fortgesetzt. Ihre Hauptkräfte seien bei Tieling konzentriert, ihre Vorhut befände sich bei Kaijwan.

Diese offizielle Meldung, die sich sonderbarerweise auch nur auf Gerüchte stützt, klingt außerordentlich unwahrscheinlich. Sicherlich haben die Japaner ihren Vormarsch fortgesetzt. Daß neue japanische Umgehungsmanöver im Gange sind, darf ebenfalls als sicher angenommen werden; ob sie freilich schon jetzt zu einer Umzingelung der Russen geführt haben, darüber werden erst die Nachrichten der nächsten Zeit Aufschluß geben können.

Friedensverhandlungen?

London, 29. März. Das „Reutersche Bureau“ veröffentlicht ein Telegramm aus Petersburg, wonach Rußland einen allgemeinen Umriss der Bedingungen gegeben habe, unter denen es bereit sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Gestern Abend habe anscheinend glaubwürdig verlautet, daß dank den guten Diensten der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich die Friedensfrage jetzt praktische Gestalt angenommen habe.

Ein amtliches Petersburger Telegramm dementiert allerdings diese Meldung, doch ist es gar nicht ausgeschlossen, daß mittlerweile die Friedensverhandlungen in der Tat Fortschritte machen. — Nach einer anderen Meldung soll Japan erklärt haben, auf eine Kriegsschädigung von 2 Milliarden Mark nicht verzichten zu können.

Ein Telegramm der „Petersburger Telegraphenagentur“ vom 29. März erklärt die Mitteilung des „Reuterschen Bureaus“ über eine Vereinstwilligkeit Rußlands zu Friedensverhandlungen für unrichtig. Trotz der allgemeinen Hinneigung zu einem Abschlusse des Krieges hat Rußland keine Friedensbedingungen vorgeschlagen und auch solche Bedingungen nicht ausgearbeitet.

Hier wird also zum erstenmal die allgemeine Hinneigung Rußlands zum Frieden offiziös zugegeben! Wenn man sich schon zu einem solchen Zugeständnis durchgerungen hat, wird man bald auch weitere Zugeständnisse machen!

47 000 russische Gefangene.

die in der Schlacht bei Mukden gemacht wurden, sind nach einer Meldung aus Tokio teils nach Japan unterwegs, teils bereits angekommen. Sie machten in ihren zerrissenen Uniformen den Eindruck schrecklicher Vernachlässigung.

Japanischer Kredit.

London, 28. März. Der Prospekt der neuen japanischen Anleihe ist am Dienstag nachmittag erschienen; vor den drei Emissionsbanken und namentlich vor der Hongkong and Shanghai-Bank waren lange Reihen von Bewerbern aufgestellt. Die Polizei hielt die Ordnung aufrecht. — Allen Ansehens nach ist die neue japanische Anleihe bedeutend überzeichnet worden. Aus Hamburg allein sind Bewerbungen um 1 1/2 Millionen Pfund Sterling eingegangen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. März.

Der Reichskanzler in anderen Umständen.

„Die Sprache des Diplomaten muß sich, nach den Umständen richten,“ verkündete Graf Bülow am Mittwoch der Welt und dem Reichstage. Der tief sinnige Ausspruch bezog sich eigentlich zwar auf Marokko und auf verpöbte Gelegen-

Die Intensions-Gebühr

Besteht für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für vollst. und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Kriegel 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckt) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Intente für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

hellen ökonomischer Einflußnahme, die man jetzt durch einen nachträglichen Langer-Kärm wieder einzubringen versucht. Das Wort des Reichstagslers trifft aber noch in einem anderen Sinne zu, an den er wohl nicht gedacht hat: denn sonst hätte er das Wort im Bufen bewahrt, ehe es dem Gehege seiner Röhne entfliehet war. Im Abgeordnetenhaus vor der industriell verfertigten Geniry schloß sich Graf Bülow den hauernden Säbel Eulenburgs um. Im Reichstage, wo die Kartellmehrheit des Landtags kaum ein Drittel der Sitze einnimmt, wo die ausschlaggebende Partei des Zentrums dem allgemeinen Wahlrecht zuliebe sozialreformerisch schimmern muß, im Reichstage befreit Graf Bülow die Kosten seines geistigen Kampfes gegen die Sozialdemokratie mehr durch Anleihen bei Eugen Richter als durch solche bei der Firma Bismarck-Eulenburg. Mit den nun allmählich mehr als fade werdenden Zukunftsstaatsmännchen und mit dem Hinweis auf Taten und Unterlassungen des zum Schildknappen Doumiers gewordenen Willeram ludete er die wuchtigen Angriffe zu entkräften, die Genosse Vebel wegen seiner neulichen Scharfmacherrede im Dreiklassenhaus gegen ihn richtete. Graf Bülow paßt in der Tat seine Worte den Umständen und den Umstehenden an. Und man muß ihm lassen, er kennt sein Publikum. Die massiven Ostelbierjunker des Abgeordnetenhauses rufen seinen Scharfmacheriaden, und die literarisch angehauchten Nationalliberalen und sozialpolitisch angehauchten Ultramontanen des Reichstags sollen seinen Mühen und Vesperfrüchten Beifall.

Bülow's Geißelung durch Vebel bildete den Mittelpunkt der Generaldebatte der dritten Etappe, die am Mittwoch in Szene ging. Sonst gab es noch eine der gewohnten Dittmardebatten, wobei die pathetischen Schlachtzügen gegenüber den schraubenden Sokratisten nicht schlecht abzuwehren und einen schrillen Sehnsuchtschrei des greisen Gründers v. Kardorff nach einer Aenderung des verhassten Reichstagswahlrechts. Die Spezialdebatte gedieh bis zum Reichsamt des Innern. Der Nationalliberale Dr. Veder von Offenbach, den Rudans Vorbeeren den Schlaf zu rauben scheinen, erlebte für eine Viertelstunde den Triumph, als Märtyrer zugleich und Hero des Gesamtbürgerturns von einer Mehrheit ausgerufen zu werden, in der der Sozialistenhaß alle sonstigen Nuancierungen verwißte. Die Freude war von kurzer Dauer: mit überlegener Dialektik und auf Grund des reichhaltigsten Materials warf Genosse Scheidemann den Rudans der Nationalliberalen aus dem Berliner Triumph in das Sprendlinger Nichts zurück.

Vor der Staatsberatung wurden lang- und kluglos die beiden Militärvorlagen in dritter Lesung erledigt. Nur die Großmüt unserer Fraktion ersparte dem beschlußunfähigen Hause das Kuffliegen. Als aber zum Dank dafür die Durchweisungsmehrheit die Sitzung in die neunte Tagungs- und achte Tagesstunde zu verlängern drohte, rief Genosse Singer die Gebuld und er kündete einen Antrag auf Ausjähung an. Das Mittel half sofort, indem der Vizepräsident Dr. Baasche eine Mehrheit entdeckte, wo er noch 10 Minuten zuvor eine Minderheit gesehen hatte. So wurde die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

Die fordernden Bergarbeiter.

Der zweite Verhandlungstag der Bergarbeiterkonferenz hätte der Regierung noch reichere Belehrung bieten können als der erste. Im Anschluß an das Referat Hufemanns vom ersten Tage entwickelte sich eine bewegte Diskussion. Bei Beginn der Sitzung waren schon 22 Redner eingetroffen. In langer Reihe traten die Redner, abwechselnd Vertreter der verschiedenen Organisationen und aus verschiedenen Revieren auf, um mit großem Eifer ihre Erfahrungen vorzutragen über die Zustände hinsichtlich der Arbeitszeit und die Wirkungen der langen Arbeitszeit und Kritik zu üben an dem Regierungsvorschlag zur Regelung der Arbeitszeit. Diese Kritik förderte aus dem Borne der praktischen Erfahrung ein überwältigendes Material dafür zutage, daß den Bergarbeitern mit dem vorgeschlagenen sanitären Arbeitstage nicht gedient sein kann. Darüber herrschte nicht die geringste Differenz unter den Arbeitern aller Richtungen. Es geschah auf Antrag des christlichen Vertreters Zibusch, daß in die Resolution Hufemann noch ausdrücklich die Forderung nach Durchführung des Maximalarbeitstages an Stelle des sanitären Arbeitstages aufgenommen wurde.

Auch in der allgemeinen Bewertung der von der Regierung vorgeschlagenen Reformen sind die Vertreter der verschiedenen Richtungen so gut wie einig. In der von Hufemann beantragten Resolution befindet sich der Satz, daß die Novelle die Wünsche der Arbeiter fast ganz unberücksichtigt läßt. Zibusch war der einzige Redner, der diesen Satz beanstandete. Er schlug an Stelle dessen vor die Worte zu setzen: „nicht genügend berücksichtigt“ und begründete das damit, daß man der Regierung entgegenkommen und dankbar anerkennen müsse, daß sie etwas für die Arbeiter tun wolle. Ihm traten mehrere Redner entgegen; insbesondere wurde die Bemerkung, daß die Arbeiter der Regierung dankbar sein müßten, so nachdrücklich angegriffen, daß Zibusch schließlich erklärte, er habe es so nicht gemeint, wenn aber seine Worte so gedeutet werden könnten, nehme er das ausdrücklich zurück. Bei der Abstimmung, die nach Klößen vorgenommen wurde, stimmte nur eine ganz kleine Minderheit für die Worte „nicht genügend berücksichtigt“. Es blieb bei der scharfen Form Hufemanns und diese Resolution wurde dann einstimmig angenommen, nachdem sie noch in dem von den Uebersichtlichen handelnden Satz auf Antrag aus den Reihen der Christlichen verschärft worden war.

Noch bewegter und eindrudsvoller gestaltete sich die Debatte über die beiden vereinigten Gegenstände Arbeiterausschüsse und Grubenkontrolle. Bei Beginn der Debatte waren 24 Redner eingetragen und nach einer Stunde teilte der Vorsitzende mit, daß noch 30 Redner auf der Liste ständen. Die Redner, die so reichlich mit Material versehen waren, daß der Vorsitzende alle Mühe hatte, die Einhaltung der Redezeit zu erzwingen, brachten zahlreiche Fälle skandalöser Mißstände in den Gruben und von Vetrügereien gegenüber der Grubeninspektion zur Sprache. Dabei wurden auch einige Erfahrungen aus den Verhandlungen der Untersuchungskommissionen von Teilnehmern zum besten geben. Ein Vertreter der christlichen Organisation, der 5 Tage an solchen Verhandlungen teilgenommen hat, schilderte in lebender Entzückung die Behandlung, die den Arbeitern dabei zuteil geworden. Wieder ein anderer schildert, wie die Arbeiter, die an diesen Verhandlungen teilgenommen, nachher gemahregelt worden seien. Und weil die Unternehmer fromme Christen sind, so rächen sie die Sünden der Väter auch an den Kindern. Nicht nur der Redner, sondern auch seine drei Schüer sind gemahregelt worden, weil er vor der Kommission Mißstände zur Sprache gebracht.

Mit Mühe fand man gegen Abend eine Form, der Debatte über diese beiden Fragen ein Ziel zu setzen, indem man

schließlich bestimmte, daß nur noch von jeder Organisation ein Redner sprechen solle; 19 Redner standen noch auf der Liste. Die Abstimmung über die beiden dazu vorliegenden Resolutionen der Referenten konnte wegen der übergroßen Menge der dazu vorliegenden Änderungsanträge noch nicht vorgenommen werden. Die Redaktionskommission soll die Ordnung des Stoffes übernehmen. Es ist kein Zweifel daran, daß auch in den beiden Fragen einstimmige Beschlüsse der Konferenz herbeigeführt werden, ohne daß irgendwelche Kompromisse auf einer mittleren Linie erforderlich sind. In der Debatte sind keinerlei Gegensätze zwischen den Rednern hervorgetreten. Gegensätze bestehen hier nur zwischen den Arbeitern auf der einen und den Unternehmern samt ihrer Regierung auf der anderen Seite.

Beckenstillegen und Inbetriebsetzung des Hauses Glädsburg.

Das preussische Abgeordnetenhauß beriet am Mittwoch in erster Lesung die zweite Vergeschnovelle, die Maßnahmen gegen das Stilllegen der Zechen vorsieht. Mit zur Debatte stand der bereits in einer Kommission vordereatene Antrag Savigny (Z.), wonach die Frage geprüft werden soll, ob durch Zusammenlegung der für einen rationellen Betrieb zu kleinen Grubenfelder im südlichen und südwestlichen Teile des westfälischen Kohlenbeckens die dort noch vorhandenen Kohlenmengen noch mit Nutzen gewonnen werden können, um so ein Stilllegen von Zechen möglichst zu vermeiden. Ein konservativer Änderungsantrag hierzu empfiehlt eine Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes, nach der den Gemeinden gestattet werden soll, analog der Besteuerung von Liegenschaften eine Abgabe von dem Werte stillgelegter aber noch betriebsfähiger Bergwerks-Unternehmungen zu erheben.

Die Vorlage nebst den Anträgen wurde derselben Kommission überwiesen wie die Novelle, die sich auf die Verhältnisse der Bergarbeiter bezieht. Aus der Debatte läßt sich der Schluß ziehen, daß sie, wenn auch nicht in ihrer jetzigen Form, zur Annahme gelangt. Uebrigens verweist sich die Regierung nicht auf den Wortlaut ihres Gesetzentwurfs, sie ist bereit, auch einen anderen gangbaren Weg zu gehen, um dem Stilllegen der Zechen entgegenzutreten. Bei aller Liebe zum Kohlenyndikat kann der Handelsminister Möller doch nicht seine Augen vor den Auswüchsen desselben verschließen, er erkennt das Syndikat als notwendig und nützlich an, sieht aber doch ein, daß ihm Schranken gesetzt werden müssen. Mit ihm billigten auch andere Freunde des Syndikats die Tendenz des Gesetzes. Dem freisinnigen Abg. Traeger geht es noch nicht weit genug, und Abg. Wolff-Lissa (fr. Vg.) hält die Aufnahme einer Bestimmung für notwendig, durch die der Staat für schädigende Maßnahmen, die durch die etwa im Zwangsverfahren getroffenen Anordnungen hervorgerufen werden, ersatzpflichtig gemacht werden kann. Jedenfalls werden die Vertreter des Geldsacks dafür sorgen, daß die Vorlage in der Kommission eine Fassung erlangt, die für ihre Freunde keinen materiellen Schaden bedeutet.

In zweiter Lesung nahm das Haus sodann debattelos den famosen Gesetzentwurf betr. Schadloshaltung des Hauses Schleswig-Holstein-Glädsburg — das Zentrum verlor sein Wort! — an und begaum hierauf die erste Lesung der Sekundärbahn-Vorlage, die am Donnerstag fortgesetzt wird.

Etat - Antrag im Herrenhaus.

Das preussische Herrenhaus bewies am Mittwoch, was die „geborenen“ Gesetzgeber im Gegensatz zu den gewählten zu leisten imstande sind; in knapp vier Stunden erledigte das Haus nicht weniger als 25 Etats, darunter so umfangreiche wie den der Handels- und Gewerbeverwaltung, der Bergverwaltung und der Eisenbahnverwaltung, und wenn nicht der Dauerredner Graf Mirbach bei fast jedem Etat von den Handelsverträgen zu reden angefangen hätte, dann wäre der ganze Etat in einer Stunde erledigt gewesen.

Aus der Debatte ist hervorzuheben das Klagelied des Grafen Mirbach über die Rolle des Ostens und die Entwidderung des Ministers v. Rheinbaben, daß die Regierung nach wie vor möglichst viel für Ostpreußen tun will, da diese Provinz einen „historischen Anspruch auf Dankbarkeit“ seitens des Staates habe.

Einen Eingriff in die Rechte der Krone leistete sich Graf v. Roon durch den Vorschlag, keine Beamte auf dem Lande als Belohnung für Patriotismus durch Ordensverleihungen auszuzeichnen. Selbst der frühere Minister Graf Botho zu Eulenburg und der ehemalige Oberpräsident von Schlesien, Fürst zu Hagenfeld, traten dem sonderbaren Schwärmer entgegen, ersterer unter ironischem Hinweis darauf, daß bei uns wirklich schon zu viel in Ordensauszeichnungen gemacht wird.

Der Etat der Eisenbahn-Verwaltung gab dem Minister v. Budge Anlaß, ein glänzendes Bild von den Einnahmen der Eisenbahn-Verwaltung zu entrollen, die Ueberschüsse steigen von Jahr zu Jahr um ungezählte Millionen, und selbst im abgelaufenen Jahre sind sie erheblich über den Etatsansatz gestiegen, obwohl der „frevellhafte“ Bergarbeiterstreik einen Ausfall von etwa 10 Millionen zur Folge gehabt hat.

Am Donnerstag soll der Etat zu Ende beraten werden; Freitag wird die Kanalvorlage erledigt und am Sonnabend kleinere Vorlagen. Dann werden sich die Herren von den Strapazen der letzten Woche erdruhen.

Deutsches Reich.

Theatre paré im Mittelmeer. Der Marokko-Kummel nimmt bald die aufregende Größe eines Ringkampfes im Zirkus oder einer Galavorstellung im Opernhaus an. Wir würden uns nicht wundern, wenn morgen Scherl sich telegraphieren läßt, daß alle Fische des Mittelmeeres vor Begeisterung die Schwänze aus dem Wasser stecken und auf die Weise stramm zu stehen versuchen; oder wenn übermorgen Mofse den Scherl funktentelegraphisch — Funktengeklumter — übertrumpft durch die Nachricht, daß sich das ganze Meer schwarzweiß gefärbt habe.

In Tanger scheint man die sinnigsten Guldigungen vorzubereiten. Selbst alle Ruinen werden dem „E.L.“ zufolge frisch geweiht — in Raschierung offenbar der berühmten Bronzierung des Brandenburger Torres in Berlin und der beliebten deutschen Restaurationen. Die marokkanische Regierung hat sogar den verdienstvollsten Räuberhauptmann des Landes zum Empfang befohlen, jenen Fra Diavolo Raissuli, der erst jüngst den englisch-amerikanischen Millionär Perdikaris fing und erst nach Zahlung eines Lösegeldes freiließ. Kurz, alles wie in der großen Oper!

Schminke ist die Hauptsache! Gegenwärtig — wo Wilhelm II. in Lissabon eine Rede gehalten hat — wird ganz Portugal mit Begeisterung getränkt. Wie tief diese Begeisterung sitzen muß, das bezeugt ein Lissaboner Witzblatt, das uns dieser Tage zugefandt wurde. Es ist der Ankunft Wilhelm II. gewidmet. Wäre es in Deutschland

erschienen, so würde diese Nummer nur eine Person begeistern — den Staatsanwalt.

Ist Festschminke und Theaterei wirklich das Wesen der deutschen Weltpolitik? Und wozu hofft diese Presse eigentlich Betrügen zu können? —

Geistlicher Säbel. Während es zum ständigen Repertoire Bülow'scher Polemik gegen die Sozialdemokratie zählt, sich über die Grobheit unserer Sprache zu beschweren, gestattete sich der Reichstagsler selbst die gröblichsten Worte. Wir hatten jüngst erzählt, der Abg. Erzberger hätte dem Grafen Bülow einige Zeitungsausschnitte übergeben, die derselbe gegen unsere Partei verwendet habe. Der Abg. Erzberger hat die Mitteilung bestritten, wir haben seine Verichtigung wiedergegeben, und die Angelegenheit konnte damit als erledigt gelten. In der Mittwoch-Sitzung des Reichstages kam jedoch Graf Bülow nicht nur auf die nebenfällige Angelegenheit zurück, sondern er bezeichnete die berichtigte Mitteilung als „puren Schwindel“ und in der zweiten Rede nochmals als „albernen Schwindel“. Tatsächlich hat nicht allein unser Gewährsmann, der uns jene Mitteilung machte, sondern zahlreiche Mitglieder des Reichstages haben von dem Vorgang, welcher der Mitteilung zugrunde lag, den bestimmten Eindruck gehabt, als ob Herr Erzberger dem Grafen Bülow das Zitat aus der „Schwäbischen Tagwacht“ zutrug; da Herr Erzberger in Stuttgart, wo dieses Blatt erscheint, wohnt, so erschien die Mitteilung erst recht wahrscheinlich. Es bedeutet aber das Gegenteil von Noblesse im politischen Kampfe, über einen Irrtum, der berichtigt ist, plump herzufallen und ein geuerisches Blatt in theatralischer Pose des Schwindels zu bezichtigen. Ein Reichstagsler sollte den elementaren politischen Instanz nicht verlegen, wenn er auch vollen Anlaß haben mag, ein Blatt nicht zu lieben, das allerdings dem Zitterstand der Bülowpolitik niemals Pardon gab! —

Verhüllung von Wahlprüfungen.

Entgegen der dauernden Praxis der Wahlprüfungskommission und des Reichstages selbst hat die Kommission bei der Prüfung der Wahl des Abg. Pauli im Wahlkreis Oberbarnim beschlossen, Beweis zu erheben, ob die Bürgermeister von Freienwalde und Werneuchen ihre Unterschriften unter Beifügung ihres Amtstitels mit ihrem Wissen unter den Wahlaufsatz für Pauli gegeben haben. Abgesehen von der Mäherlichkeit einer derartigen Beweis-erhebung, die obendrein eine Selbstverleugnung resp. eine Selbsterniedrigung der betr. Beamten fordert, hat dieses Verlangen der schwachen und mangelmütigen Mehrheit der Kommission zum einzigen Zweck die Verhüllung der endgültigen Prüfung und Beschlußfassung über diese Wahl. Vor dem Plenum des Reichstages wird diese Art der Wahlprüfung jedenfalls eine sehr lebhaft Debatt hervorgerufen und der Kommission die schärfste Kritik eintragen. Ob wohl der Abg. Pauli Wert darauf legen mag, das durch diese Verhüllung der endgültigen Beschlußfassung über seine Wahl gekennzeichnete und zweifellos ungültige Mandat noch etwa ein Jahr länger zu behalten?

Nachfolgend der Bericht aus der Wahlprüfungskommission. Die Kommission hatte am Mittwoch nachzuprüfen, wie die amtliche Wahlbeeinflussung, die im Wahlkreis Oberbarnim zugunsten des konservativen Abg. Professor Pauli betrieben worden ist, zu bemessen sei. Der Protest behauptet, daß „Oberbarnimer Kreisblatt“ habe ein Flugblatt für Pauli als Beilage enthalten, auf dem sich die Bürgermeister von Freienwalde und Werneuchen, ferner zwei Amtsvorsteher und 47 Gemeindevorsteher unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichnet hätten. Das Flugblatt ist dem Protest als Beweis beigegeben worden. Mit sieben gegen sechs Stimmen verneinte die Kommission die amtliche Beeinflussung durch die Gemeindevorsteher, dagegen gilt es als ständige Praxis der Kommission, daß Bürgermeister und Amtsvorsteher Wahllokation unter Hervorhebung ihres Amtstitels nicht betreiben dürfen; tun sie es dennoch, dann wird die amtliche Wahlbeeinflussung als erwiesen angenommen und die in dem Bereiche der Beeinflussung für den amtlich unterzeichneten Kandidaten abgegebenen Stimmen werden laßiert. So hätte nun auch jetzt verfahren werden müssen, und die Berechnung ergab, daß, wenn nur die Beeinflussung durch die Bürgermeister und Amtsvorsteher in Betracht gezogen würde, die Wahl Paulis bereits unter solchen Umständen für ungültig erklärt werden müßte. Nun wurde jedoch bezweifelt, daß die Unterschriften der betr. Beamten mit deren Wissen unter den Aufsatz gekommen seien, und der Antrag gestellt, Beweishebung darüber anzustellen. Vergebens wurde darauf hingewiesen, daß es das erste Mal sei, daß etwas derartiges versucht würde, und daß das Plenum wahrscheinlich die bisherige Praxis nicht über den Haufen werfen werde, weil damit der amtlichen Wahlbeeinflussung ein weiteres Deckungsmittel gegeben werde.

Vergebens wurde ferner gegenüber dem ganz ungewöhnlichen Verhalten den die bisherige Praxis durchbrechenden Mitgliedern der Kommission gesagt, der einzige Weg, das konservative Gewissen zu beruhigen, sei die Annahme folgenden Antrages: „Sämtliche Wähler des Kreises Oberbarnim zeugeneidlich zu vernehmen, ob sie das Flugblatt gelesen, die Unterschriften für echt gehalten und ihnen Bedeutung beigelegt haben.“ — Mit 7 gegen 6 Stimmen, der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und eines Zentrumsmitgliedes, wurde beschlossen, Beweishebung zu beantragen und die Wahl zu beanstanden. —

Das sächsische Wahlrecht

rächt sich an seinen Verleibern. Die sächsische Regierung hat in der vorigen Landtagsession in ausführlicher Denkschrift das Dreiklassenwahlrecht von 1896 als ungerecht und der Umgestaltung bedürftig zugestanden. Aber die sächsische Regierung kann aus der Grube, die sie sich und der sächsischen Dynastie gegraben, nicht wieder heraus. Die vom Unrecht lebenden Konservativen verhindern jede Aenderung, welche die Regierung aus allgemeinen Staatsgründen, soweit eine sächsische Regierung solche Gründe kennen kann, wünscht. So wird denn jetzt gemeldet, daß die Regierung auch für die nächste Session des Landtages keine Vorlage zur Vereinfachung des zugestandenen Unrechts einbringen wird. Sie wird wiederum ihre Regierung's Ausgabe darauf beschränken müssen, eine Denkschrift einzureichen, in der allerlei Berechnungen über die Folgen der Einführung anderer Wahlrechtssysteme angeführt werden. Wie das „Chemn. Tagebl.“ erfährt, hat die Regierung solche Berechnungen für ein von den Nationalliberalen bestrittenes Kurialstimrecht angefertigt; sie soll dabei zu dem Ergebnis gelangt sein, daß die Gewährung einer Zusatzstimme für höheres Alter der Sozialdemokratie keinen irgendwie nennenswerten Abbruch tun würde“. In Sachen wird das Wahlrecht nämlich nicht nach Grundbesitz des Wählers gestaltet, sondern nach dem Maße, in dem es der Sozialdemokratie Abbruch tun kann, wobei den Wahlrechtskonstruktoren freilich stets das Unheil widerfährt, daß sie zahlreiche Nicht-Sozialdemokraten zugleich der Entrechtung überliefern und so nur den tragenden Schein der Schädigung der Sozialdemokratie erreichen.

Selbst die von den Konservativen der Zweiten Kammer zugestandene geringe Vermehrung der städtischen Wahlkreise und die Berufung einiger Vertreter des Handels und der Industrie in die feudale Erste Kammer, scheint die Regierung nicht zu wagen, da auch diese Konzeptionen an die Nationalliberalen in der Ersten Kammer auf Widerstand stoßen. Die sächsische Regierung ist allenthalben der Gefangene des Unrechts, das sie vor zehn Jahren an dem sächsischen Volke verübt hat. —

Zu 14 Tagen Stubenarrest verurteilt das Kriegsgericht in Leipzig den Leutnant Graf Viktor v. Eckardt, einen Neffen des kommandierenden Generals gleichen Namens in Leipzig, wegen vorchristlichwidriger Behandlung und Verwundung eines Untergebenen. Der Herr Leutnant hatte einen Soldaten seines Regiments, der sich beim Turnen etwas ungeschickt anstellte, so an der Brust gepakt,

daß dieser vom Querschnitt herunter und einen Arm brach. In der Verhandlung selbst wurde der Vorgang so dargestellt, als ob der Soldat durch Zufall herabgefallen sei. Zugewandt hat der Leutnant nur, daß er ihn mit den Worten: 'Wißt Du wohl herunter, verfluchter Pöngell' angeschrien habe. Ein gesundheitslicher Nachteil bleibt für den Soldaten nicht zurück, der Armbruch ist so weit geheilt, daß der Verletzte bereits wieder dienstfähig ist. Die 14 Tage Stubenarrest werden dem Leutnant wohl auch keinen gesundheitlichen Nachteil bringen. —

Ausland.

Dänemark.

Der Gesandtschaftsbericht über eine neue Einteilung der Fiskalbezirke, den unsere Parteigenossen vor anderthalb Monaten einbrachten, wird in dieser Session nicht mehr zur Verhandlung kommen. Die Regierung hat beschlossen, den Reichstag am Sonnabend, den 1. April, zu schließen. Es ist ein Zeichen für den reaktionären Charakter des neuen Ministeriums, daß es in dieser Weise die Beratung eines Gesetzeswesens verhindert, worin nichts anderes gefordert wird, als die verfassungsgemäße Gleichberechtigung der städtischen mit der ländlichen Bevölkerung, eine Förderung, die kürzlich auch von zwei der größten wirtschaftlichen Organisationen des städtischen Bürgertums an die Regierung gestellt worden ist. —

Schweden.

Der Sozialdemokrat in der Gemeindevertretung Stockholm. Außer dem bereits mitgeteilten Erfolg haben die nun beendeten Gemeindevahlen in der schwedischen Hauptstadt noch zwei Sozialdemokraten ins Stadiparlament geführt. Im dritten Wahlkreis wurde der Parteigenosse Feij Lindqvist im ersten Anzuge gewählt. Bisher hatte die Arbeiterschaft nur einen Vertreter im Stockholmer Gemeinderat, nach diese Wahlen ist die Zahl auf vier gestiegen. Der Erfolg ist umso mehr ein Beweis für den Fortschritt der Sozialdemokratie, als in Schweden ein schändliches kommunales Wahlrecht besteht, das den Wählern bis zu 100 Wahlstimmen gibt.

Amerika.

Die Lage in San Domingo. Bis zur Erledigung der Frage, ob der Vertrag mit San Domingo die Ratifikation durch den Senat erhalten wird, hat sich die amerikanische Regierung anderweitig bescholten. Ihr Gesandter Dawson hat im Einverständnis mit den Vertretern der übrigen Mächte einen Amerikaner zum Verwalter aller Einnahmen ernannt, der 50 Proz. der Einnahmen auf die Tilgung der fremden Schuld verwendet und 45 Proz. an San Domingo auszahlt. Nur eine mündliche Vereinbarung ist getroffen worden.

Partei-Nachrichten.

Im Reichstags-Wahlkreis Essen, ist am Sonntag auf einer Kreisversammlung an Stelle des vor einigen Monaten verstorbenen Genossen Grafen der Genosse Gewehr-Eberfeld zum Reichstagskandidaten aufgestellt worden.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Weil er sein Ansehen als sozialdemokratischer Agitator mißbraucht haben soll, um seine Parteigenossen zu einer strafbaren Handlung zu bestimmen, war der Genosse O s t e r o t h, Redakteur der „Saarwaacht“, mit einem Strafmandat von 50 M. bedacht worden. Er hatte das Verbrechen begangen, in einer Versammlung zur Verbreitung der Broschüre „Saarabien vor Gericht“ aufzufordern. Das Schöffengericht erkannte zwar: das im Strafmandat gesetzlich konstruierte „strafbare Ansehen“ an, setzte aber die Strafe auf 25 M. herab. Gegen dieses Urteil legte O s t e r o t h Berufung ein. Die Strafkammer konnte sich nicht überzeugen, daß der Angeklagte sein Ansehen mißbraucht hat und kann zur Freisprechung unter Ueberbürdung familiärer Kosten auf die Staatskasse.

Abgeordnetenhaus.

171. Sitzung vom 20. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Müller.
Der Präsident Dr. Krause eröffnet die Sitzung.
Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Berggesetzes.

Stillegung von Zechen.

In Verbindung damit steht die Beratung des Antrages des Abg. Dr. Savigay (Z.) betr. gesetzgeberische Maßregeln gegen das Stilllegen von Bergwerksunternehmungen.

Die Kommission beantragt folgende Anträge anzunehmen:

1. Die Regierung aufzufordern, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob durch Zusammenlegung der für einen rationalen Betrieb zu kleinen Grubenfelder im südl. und südöstlichen Teile des westfälischen Steinkohlenbeckens die dort noch vorhandenen Kohlenmengen noch mit Nutzen gewonnen werden können, damit auch diese Kohlenfelder noch in einer längeren Reihe von Jahren möglichst vollständig zur Hebung gelangen und eine weitere Stillegung von Zechen dieses Reviers auch auf diesem Wege in absehbarer Zeit vermieden werden kann;

2. die Regierung zu ersuchen, da der § 65 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 eine ausreichende Handhabe nicht bietet, um das freiwillige, die beteiligten Gemeinden und deren Einwohner schwer schädigende Stilllegen von Bergwerksunternehmungen zu verhindern, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf dem Landtage vorzulegen, welcher das Berggesetz dahin ergänzt, daß gegen jene Schädigungen wirksame Vorkehrungen getroffen werden können.

Abg. Schulze-Belkum (L.) und Gen. beantragen, diesem zweiten Antrag folgende Fassung zu geben:

Die Regierung zu ersuchen, da der § 65 des Berggesetzes vom 24. Juni 1865 eine ausreichende Handhabe nicht bietet, um das freiwillige, die beteiligten Gemeinden und deren Einwohner schwer schädigende Stilllegen von Bergwerksunternehmungen zu verhindern, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf dem Landtage vorzulegen, welche das Berggesetz dahin ergänzt, daß gegen jene Schädigungen wirksame Vorkehrungen getroffen werden können, ferner eine Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1863 herbeizuführen, welche den Gemeinden gestattet, analog der Bestimmung von Kreisgesetzen gemäß § 27 des Gesetzes eine Abgabe von dem Wert stillgelegter, aber noch betriebsfähiger Bergwerksunternehmungen zu erheben.

Handelsminister Müller: Der Forderung der ersten Resolution ist die Regierung durch die Vorlegung der Berggesetznovelle nachgekommen, die gestern vom Hause beraten worden ist. Der Wunsch der zweiten Resolution konnte nicht ausgeführt werden. Die Materie ist eine überaus schwierige, die interessierten Zechen wurden aufgefodert, Vorschläge zu machen, sie sind aber dieser Aufforderung seither nicht nachgekommen. Die jetzigen Verhältnisse sind herbeigeführt worden durch die Herren des neuen Syndikatsvertrages. Durch diesen ist für die alten Kohlenzechen eine solche Verschlechterung der Lage eingetreten, daß sie gezwungen waren, ihren Betrieb aufzugeben, weil das ihnen zugesicherte Beteiligungsquantum nicht ausreichte, um ihren materiellen Interessen zu genügen. Die reinen Kohlenzechen haben dazu greifen müssen, durch Kauf von unrentablen Zechen ihre Lage zu verbessern. Das war die Ursache einer gewissermaßen epidemischen Stillegung von Zechen. Es sind auch eine ganze Reihe darunter, deren Rentabilität keineswegs zweifelhaft war. Wenn wir den Prozeß der Stillegungen so weiter fortschreiten lassen wie bisher, dann werden gewisse Kommunen in ihrer Existenz geradezu in Frage gestellt, und da eine Stillegung oft die andere nach sich zieht, so bedeutet dies unter Umständen die finanzielle Untergründung ganzer Bezirke. Was wir Ihnen vorschlagen, ist im Grunde auch gar keine Schädigung des Syndikats, sondern es bedeutet für dieses nur einen Zwang, auf verständige Wege zurückzugehen. Ich persönlich halte die Syndikatsbewegung im gegenwärtigen wirtschaftlichen Leben für eine Notwendigkeit und es

liegt mir nichts ferner, als sie zu hemmen. Aber Aufgabe des Staates ist es und bleibt es, ihr Schranken zu setzen, insoweit sie mit den allgemeinen Interessen nicht vereinbar ist. Auch wir haben Bedenken getragen, in das Eigentumsrecht hier einzugreifen, wir tun es aber nur insofern, als Ausdrücke vorhanden sind, und ich wenigstens stelle mich dabei auf den Standpunkt, daß das Bergwerkseigentum leichter einen Eingriff verträgt als andere, weil es nicht absolutes, sondern verliches Eigentum ist.

Abg. Dinslage (Z.) spricht sich im Namen des Zentrums im allgemeinen für die Vorlage aus. Nur sehr ungenügend stimmte das Zentrum dem Eingreifen in den Privatbesitz zu. Die Bestimmungen der Vorlage gingen aber kaum weiter als schon das Gesetz von 1865. Das Stilllegen von Zechen müsse auf jedem Fall verhindert werden. Redner beantragt Verweisung des Gesetzentwurfs an dieselbe Kommission von 28 Mitgliedern, der der Gesetzentwurf über die Arbeiterverhältnisse in den Bergwerken überwiesen worden ist.

Abg. Träger (fr. Rp.): Ich bin nicht der Meinung, daß es sich bei der Vorlage um einen ungerechtfertigten Eingriff in das Privateigentum handelt. Das Wort: ich kann mit meinem Eigentum machen, was ich will, ist für mich der brutale Ausdruck des rechtlosen Naturzustandes. Sobald die Rechtsverhältnisse geordnet werden, muß auch das Eigentum und der Eigentümer den allgemeinen Interessen sich unterordnen. Das Bergwerkseigentum ist, weil es nur verliehen ist, ein ganz besonderes Eigentum. Dem künstlichen Stilllegen der Zechen muß vorgebeugt werden. Dabei ist das Stilllegen in der Vorlage nicht einmal die Hauptsache. Heute werden nicht nur Zechen stillgelegt, sondern man läßt verliches Bergwerkseigentum ruhig liegen (Sehr richtig!), man laßt Bergwerke nicht, um sie zu benutzen, sondern um die eigenen Interessen durch Nichtbenutzung zu sichern. (Lebhafte Zustimmung.) An die Stelle der 1865 etablierten Vergabefreiheit ist jetzt das Monopol einiger weniger Interessenten getreten. Es brauchen deshalb nicht alle verliehenen und noch zu verliehenden Bergwerke auf einmal eröffnet zu werden. Dadurch würde eine Kohlenflut über uns hereinbrechen. (Heiterkeit.) Es soll nur nach dem Interesse der Allgemeinheit die Eröffnung neuer Bergwerke möglich sein, und ob das durch diese Vorlage möglich ist, erscheint mir zweifelhaft. (Sehr richtig! links.) Die Hauptfrage ist für mich: ist die stumpfe Waffe des § 65 durch die gegenwärtige Vorlage hinreichend geschärft, um ihren Zweck zu erreichen? Ich hoffe, das Gesetz wird keine Schammünze bleiben. Seit der Gründung des Kohlenfundikats ist von freiem Wettbewerb auf dem Gebiete der Kohlenbergbau und Kohlenverwertung absolut nicht mehr die Rede. (Sehr richtig!) Durch das Kohlenkontor sind die Zwischenhändler ausgeschaltet und zu reinen Agenten des Syndikats geworden, die nicht mehr zwischen Produzenten und Konsumenten vermitteln, sondern die dem Konsumenten die Bedingungen des Produzenten diktiert. (Sehr richtig!) Die Syndikats nehmen überhand, und sie sind notwendigweise Massenräuber für die kleinen selbstständigen Industrien. Die Regierung hat die Syndikats sehr unterstützt. Es herrscht eine gewisse Kartellbegeisterung am Regierungstische, und die Kartellbegeisterung von 1903 machte schließlich den Eindruck einer großen Meinungsanhalt. Jetzt scheint die Regierung doch etwas anderer Meinung geworden zu sein. Graf Robaschewsky hat, indem er ein Wort des bekannten Doktor Philadelphias Roosevelt (Große Heiterkeit) zitierte, das gegen die Kapitalassoziation gerichtet war, von einem Größenwahn der Kapitalassoziation gesprochen. Beim Kohlenfundikat hat sich doch ein sehr starkes Machtbewußtsein entwickelt, nicht nur der Arbeitern, sondern auch dem Staate gegenüber. Hat doch einer der Regierenden im Kohlenrevier einem Minister gegenüber einen Ton angeschlagen, der nur auf einer Verwünschung beruhen konnte. Der Herr muß wohl den Minister für einen seiner Angehörigen gehalten haben. (Heiterkeit.) Wir verlangen heute kein Gesetz gegen die Kartelle. Wir sind auch entschiedene Gegner des Staatsmonopols, aber das Treiben der Syndikats läßt wirklich den Staatsbetrieb als das kleinere Übel erscheinen, der doch durch die Volkserziehung kontrolliert werden kann. (Lebhaftes Bravo) auf allen Seiten des Hauses.)

Handelsminister Müller: Die Mahnungen in bezug auf die Neueregung der Betriebsverhältnisse im Bergwesen brauche ich nicht, ich hoffe, daß ich Ihnen demnächst eine Vorlage darüber machen kann. Was dann die Entwicklung der Syndikats und Kartelle betrifft, so ist der Vordränger der Meinung, daß wir damit beide zu weit gegangen seien. Ich habe bereits früher die Hoffnung ausgesprochen, daß es uns gelingen möge, diese Frage in besserer Form zu lösen, als es die Amerikaner verstanden haben. Nichts wäre mehr zu beklagen, als wenn die individuelle Tätigkeit durch die Entwicklung der Syndikats vollkommen totgeschlagen würde, wie es in Amerika geschehen ist. Bei der Auffassung der individuellen Tätigkeit durch die großen kapitalistischen Unternehmungen, wie es in Amerika erfolgt ist, ist eine Rückkehr zum individuellen Betrieb nicht mehr möglich. Nach meiner Auffassung soll die Regierung sich nicht dem Drange der Zeit nach Konzentration stellen entgegenstellen, sondern sie soll nur da eingreifen, wo man glaubt, daß die notwendigen Schranken überschritten werden.

Wir müssen die Konzentrationsbewegung in verständige Bahnen zu lenken suchen und, wenn es so nicht möglich ist, durch das Gesetz einschränken. Würden wir aber die Konzentrationsbewegung durch Gesetz unmöglich machen, so befürchte ich, daß wir unsere Stellung auf dem Weltmarkt verlieren würden.

Abg. v. Bodelschwingh (b. L. Fr.): Es gibt viele edle Leute unter den christlichen Bergarbeitern, die unter dem Streik blutig gelitten haben, die aber doch den Standpunkt vertreten, die Herren hätten zuerst den Kontrakt gebrochen. Die Gemüter waren infolge der Zechenstilllegungen furchtbar erregt und als Stimmes anfang, ihnen durch Verlängerung der Seilschaft eine halbe Stunde zu entziehen, da war das eine furchtbare Sache. Damit können die Sozialdemokraten agitieren. Ich bin kein Freund der Sozialdemokraten, aber sie bringen doch manche Wahrheit vor und ich liebe die Leute, die mir die Wahrheit sagen. Gewiß ist bei dem Streik ein furchtbarer Terrorismus ausgeübt worden, aber er soll doch auch ein „Sympathie-Streik“ gewesen sein — ein schönes Wort, Sym—da—thie—Streik! (Heiterkeit.) Jeder mußte mitreisen, ich hätte auch mitgereist! (Große Heiterkeit.) 18 bis 20 Millionen sind durch diesen Streik unseren Arbeiterfamilien entzogen worden. Das ist keine Kleinigkeit; es hat denn auch vielfach bittere Not geherrscht. Nun noch ein Wort zum Kollegen Hilb! Herr Kollege Hilb, sind Sie hier? (Heiterkeit.) Rufe bei den Nationalisten: Hilb! Hilb! Na, wo ist er denn? (Aha, da kommt er!) (Heiterkeit.) Nun bleiben Sie mal noch einen Augenblick hier! (Stimmliche Heiterkeit.) Herr Hilb, Sie haben gestern die Arbeitswilligen so als Helden gefeiert! Sie können es mir glauben, es gab auch unter den Streitenden Helden. Nun auch noch ein Wort zu dem jungen Freunde aus Polen. (Rufe bei den Polen: Korsant ist nicht da!) Er ist nicht da? (Aha, das ist ja schade!) (Heiterkeit.) Es ist nämlich nicht wahr, daß wie er gestern behauptet hat, nur Ungerechtigkeiten gegen die Bergarbeiter ausgeübt worden sind. Die Arbeiter haben einen noch größeren Tyrannen als die Sozialdemokratie — das ist Seine Majestät der Schnaps. (Zustimmung.) Warum man aber die Siebener-Kommission nicht hat hören wollen, ist mir nicht begreiflich. (Redner geht zum Minister Müller und schüttelt ihm herzlich die Hand.)

Abg. Hilb (nat.): Ich erlaube an, daß in Westfalen die Stilllegung noch weiterer bereits im Betriebe befindlicher Zechen droht, die lediglich begründet liegt in der Neuordnung des Syndikatsvertrages, die man gewiß gern ändern möchte, was aber jetzt mit Schwierigkeiten verknüpft ist. Wenn nun die Tendenz des Gesetzes dahin geht, solche Gruben, insoweit sie noch Gewinn versprechen, vor der Stilllegung zu schützen, so ist das an sich zu billigen, aber die Fassung des Entwurfs ist mir hier nicht präzis genug. Es muß der Rechtsweg offen gehalten werden. (Beifall.)

Abg. Wolff-Bissa (fr. Rp.): Der Bergwerksbesitzer ist mehr als ein anderer Eigentümer an das öffentliche Interesse des Staates gebunden. Man wird eine Bestimmung in das Gesetz hineinbringen

müssen, nach der der Staat verantwortlich für schädigende Maßnahmen, die er etwa im Zwangsverfahren hat, ohne daß eine Notwendigkeit dazu vorgelegen hätte.

Abg. Schmieding (nat.): Wird die Le aber so Geiz, wie sie jetzt ist, so werden wohl noch mehr stillgelegt werden als bisher. Die amtlichen Untersuchungen hergegen, daß bisher keine rentable Zeche stillgelegt worden ist, das Kohlenfundikat wäre heute im südlichen Teil des Ruhr Reviers kein Kohlenbergbau mehr möglich. Wenn die Hibernabestehensverfahren der Vorwurf gemacht ist, daß sie Gegner des S seien, weil sie sich gegen die Verstaatlichung erklärt haben, aber diese sich doch gerade als Freunde des Staates gezeigt, insie für die Erhaltung ihres Besitzes eintreten.

Hierauf wird ein Antrag auf Ed der Debatte angenommen. Der Gesetzentwurf über Stilllegung der Zechen wird zugleich mit dem Bericht der Kommission über den Antrag Savigay an die Kommission verlesen, die über die Änderung des Berggesetzes betr. die Arbeiterverhältnisse zu beraten hat.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf, betreffend die Schadloshaltung des herzoglichen Hauses Schw.-Holstein-Sonderburg-Glücksburg ohne jede Debatte angenommen.

Hierauf beginnt das Haus die erste Berg der Sekundärbahnvorlage.

Das Haus vertagt die Weiterbererung auf Donnerstag 11 Uhr. (Außerdem stehen noch die 2. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Schadloshaltung des Herzogtums Sonderburg-Glücksburg und die zweite Beratung der Gesetzwürfe über die Erhebung von Kirchensteuern auf der Tagesordnung.)

Schluß 4 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Börsenkommission des Reichstages am Dienstag zur zweiten Lesung der Börsengesetz-Novelle die Abgeordneten Schwerin-Löwig und Dr. Porzig (L.) einen neuen Antrag ein, wonach für Börsentermingeschäfte in metrische und Maßfabrikanten sowie in Anteilen von Bergwerken und Fabrikunternehmungen und Anteilen von Erwerbsgesellschaften, deren Kapital 20 Millionen Mark nicht erreicht, außer der rids-Stempelabgabe noch eine besondere Abgabe bezahlt werden sollte bei den ersten das fünfzigfache, bei den letzteren das hundertfache des Reichstempels betragen soll. Graf Schwerin-Löwig begründet seinen Antrag damit, daß er eine Abgabe, auf der sich vielleicht ein Ausgleich der widerstreitenden Ansichten herstellen lasse, über die Vorlage und das jetzige Gesetz werde eine Einigung vorzuschlagen doch nicht erzielt werden und so schließlich gar nichts zustande gebracht werden. Interessiere man den Börsen durch eine so hohe Steuer an die Ermittlung der beizulegenden Geschäfte, so werde dies Geiz für das Geschäft, daß diese Geschäfte auch wirklich festgestellt werde. D. v. (fr. Rp.) vergleicht den Antrag mit den Prinzipien, wie sie bezüglich der Spielbanken beobachtet werden. Geschäfte, die nun für verteilbar erklärt, sollen durch hohe Abgaben zu erlauben gemacht werden. Auch Camp (L.) und der Regierungsvertreter W r m u t h erklären sich gegen den Antrag, desgleichen später der Zentrum-Abgeordnete Purlage, der freimüthige Volksparteiler Raempff und der Nationalliberale Semler. — Singer (Soj.): Die Antragsteller scheinen sich bei ihrem Antrage an das Vorbild des Totalitarergesetzes angelehnt zu haben. Die Moral sei die, Spiel ist unsittlich, außer wenn hoch dafür bezahlt wird. Der Antrag würde die Börse erst recht zu einer konzeptionierten Spielbank machen. Was heißt das, wenn ein Geschäft, das man für verteilbar erklärt, dadurch erlaubt gemacht werden soll, daß hohe Abgaben dafür bezahlt werden sollen? Die Regierungsvorlage entstammt der Erkenntnis, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist, weil der Grundgedanke des Gesetzes verkehrt ist. Es soll Treu und Glauben im Börsengeschäft wieder hergestellt werden, nun suche man diese einfache Frage wieder zu komplizieren. Logischerweise müßten die Antragsteller nun gegen das ganze Börsengesetz stimmen, ihr Antrag hat im Rahmen dieses Gesetzes überhaupt keinen Raum. Statt gewisse Geschäfte unmöglich zu machen, will er durch höhere Abgaben die Reichseinnahmen erhöhen, wo es feststeht, daß schon die jetzige Stempelabgabe das Geschäft, und zwar gerade das reelle Geschäft, erheblich zurückgedrängt habe. Es sei schade um die Druckkosten für den Antrag.

Nachdem Graf Schwerin-Löwig noch seinen Antrag mit der Bemerkung verteidigt hat, die hohe Abgabe solle gerade als Strafbestimmung wirken, wurde die weitere Debatte auf Donnerstag vertagt.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über eine Petition der Herren Marquardt und Genossen in Apia. Die Petenten wünschen, daß den Anwohnern auf Samoa eine Entschädigung aus Reichsmitteln gezahlt werde, für die bei Unterdrückung der dortigen Unruhen erlittenen Verluste. Sie berufen sich auf die den Anwohnern in Südwestafrika aus gleicher Ursache gewährten Entschädigungen und verlangen, mit gleichem Maße gemessen zu werden. — Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichslanzler zur Erwägung zu überweisen. Ein zu zweijähriger Freiheitsstrafe Verurteilter in Götting gibt an, unschuldig zu sein und petitioniert um Wiederaufnahme des Verfahrens. Er beschwert sich ferner darüber, daß eine für ihn wertvolle Urkunde aus den Gerichtsakten verschwunden ist. — Die Kommission hielt die Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum, da der Reichstag nicht zuständig sei.

Aus Industrie und Handel.

Die Deutsche Bank und ihre Angestellten. In der gestern abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre, in der die Dividende für das letzte Jahr entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung auf 12 Prozent festgesetzt und vier neue Aufsichtsratsmitglieder gewählt wurden, kam auch der von der Direktion beliebte Gratifikationsverteilungsmodus zur Sprache. Auf die Aeußerung eines Aktionärs, die Direktion der Deutschen Bank möchte bei der Verteilung von Gratifikationen die unteren Beamten etwas mehr berücksichtigen, erklärte Direktor Koch, die Verwaltung lasse es sich angelegen sein, auch die Gehälter der kleineren Beamten allmählich aufzubessern. Zudem habe man in Rücksicht auf die große Arbeitsleistung des Personals hier in Berlin an die Beamten über eine halbe Million Mark an Weihnachtsgatifikationen verteilt und außerdem kürzlich eine Extra-Vergütung in der Höhe eines Monatsgehalts an die schon längere Zeit bei der Bank angestellten Beamten und eines halben Monatsgehalts an die jüngeren Beamten ausgezahlt.

Mit dieser nichtsagenden Erklärung gaben sich die Antwesenden zufrieden. Tatsächlich bedeutet eine Gratifikation von einer halben Million Mark im Vergleich zu den hohen Lantienten der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder und in Anbetracht der hohen Beamtenzahl recht wenig; zum wenigsten hätte Herr Koch näher angeben müssen, wie viel von der Gesamtsumme auf die einzelnen Beamten in den verschiedenen Kategorien gekommen ist. Und was die Extra-Vergütung anbetrifft, so fragt sich, ob die Heberarbeit, welche die Angestellten dafür leisten müssen, nicht den Betrag der Zuwendung bei weitem übertrifft. Durch derartige allgemeine Angaben, wie sie Herr Direktor Koch vorbrachte, werden die Klagen der Beamten über herrliche Behandlung, Heberarbeit und unzureichende Entlohnung, wie wir sie verschiedentlich im „Vorwärts“ veröffentlicht haben, nicht im geringsten widerlegt.

Die Direktion der Deutschen Bank sollte umso mehr auf eine angemessene Vergütung auch der unteren Beamten halten, als die Gewinnüberschüsse der Deutschen Bank seit Jahren mehr und mehr gestiegen sind und, wie die Verwaltung in der Generalversammlung mitteilte, auch das neue Geschäftsjahr unter den günstigsten Bedingungen begonnen hat.

Verfassungen.

Der Verlauf des letzten Gürtler- und Drückerstreiks wurde am Sonntag in einer außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Verwalterstelle des Metallarbeiter-Verbandes, die in der „Neuen Welt“ stattfand, eingehend erörtert. Cohen erinnerte an den Abschluß des Streiks und an die Wiederaufnahme der Arbeit mit den darauf erfolgten Einzelverhandlungen wegen Einführung der neunstündigen Arbeitszeit und der verlangten Reversunterstützung. Eine Verhandlung auf der Grundlage des geforderten Tarifs ließ sich am Ende des Streiks nicht mehr ermöglichen, weil die Position der Fabrikanten nach dem funktionalen Kampfe bedeutend stärker geworden war, als zu Anfang des Streiks. Sollte aber über den Tarif verhandelt werden, so müßten die Arbeiter auf erhebliche Abstriche gefaßt sein. Da allgemeinen Verschlechterungen aber im Interesse der in tarifreuen Betrieben beschäftigten Kollegen vorgebeugt werden müßte, so war eben nur Einzelverhandlungen mit den Unternehmern möglich. Es ist dadurch trotz des negativen Streikresultats erreicht worden, daß circa 2000 Kollegen den Reversunterstützung besamen, den sie vor dem Streik nicht hatten. Die Fabrikanten, so führte der Referent weiter aus, wüßten auch sehr genau, daß der jetzige Friede nur ein fauler Friede sei, weil mit jeder weiteren Woche die Position der Arbeiter wieder stärker werde. Jeder Verhandlung des Streiks hätten die Fabrikanten sogleich eine größere Anzahl der Streikenden eingestellt, ohne die bekannte Reversunterstützung zu verlangen. Aber schon nach etwa acht Tagen sei in allen Betrieben planmäßig auf die Unterschrift gedrungen worden. Von der Verbandsleitung ist darauf den Arbeitern empfohlen worden, den Revers nicht zu unterschreiben. Von der großen Mehrzahl sei diese Anweisung auch strikte befolgt worden. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil habe den Revers unterzeichnet. Gegenwärtig seien noch 850 der Streikenden außer Beschäftigung. Diese erhalten von der Organisation außer dem vollen Mietzuschuß, soweit sie verheiratet sind, je 3 M., soweit unverheiratet, je 2 M. Extrazuschuß zur laufenden parlamentarischen Unterstützung pro Woche. Alle Kollegen aber, die wegen Verweigerung der Unterschrift entlassen werden, betrachte der Verband als Gemahregelte, und sie sind auch demgemäß zu unterstützen. Auch die Arbeitslosen, die wegen Verweigerung der Unterschrift keine Arbeit bekommen, erhalten die Arbeitslosenunterstützung, ohne daß ihnen diese angerechnet wird. Mit der zunehmenden Erholung der Gürtler und Drücker würden diese naturgemäß auch auf eine weitere Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse dringen, daran könne auch die durch Reversunterstützung dem Unternehmern verschärfte Kolonne nichts ändern. Die Gürtler und Drücker seien also durch den Streik keineswegs gebrochen, sondern der Kampf werde noch händig weitergeführt, wenn auch in anderer Form.

Nach dieser Sachdarstellung beschränkte sich die Diskussion auf die Erörterung einiger tatsächlicher Momente, unter denen auch die ungenügende Infektion des „Vorwärts“ im letzten Stadium des Streiks erwähnt wurde. Hierzu erklärte die Ortsverwaltung, daß sie durchaus nicht daran denke, die bürgerliche Presse dem „Vorwärts“ gegenüber zu bevorzugen, vielmehr den „Vorwärts“ neben der „Metallarbeiter-Zeitung“ als einziges Publikationsorgan der Berliner Metallarbeiter betrachte.

Die hierauf folgenden Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Als erster Vorsitzender wurde Cohen gegen wenige Stimmen wieder gewählt. Ebenfalls wiedergewählt wurden Henning als zweiter Kassierer, E. Müller als Bibliothekar, Pawlowitsch und Heine als Bureaubeamte. Vorgeschlagen zu Revisoren wurden Gahmann, Handke und G. Schmidt, zu Beisitzern Koritkowski, Wenz, Palewski und H. Schüb. Deren Wahl erfolgt in den Bezirken. Ein Antrag Wienthal, zu Revisoren und Beisitzern nur solche Kollegen zu wählen, die in der Werkstatt arbeiten, nicht aber als Krankenkasienbeamte tätig sind, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der übrige Teil der Tagesordnung soll in der nächsten Versammlung seine Erledigung finden.

Eine Versammlung der nachfolgenden Berliner Droschkenfahrer, die sich mit der neuen Polizeiverordnung beschäftigten wollte, wurde gestern mittig polizeilich aufgelöst. Der Referent Becker wollte gerade damit beginnen, die einzelnen Paragraphen einer kritischen Velenkung zu unterziehen und bemerkte nebenbei, daß unter Polizeibeamte, die ehrbare bürgerliche Frauen als unmittelbare Verdächtige von Wanklöcher brachten, unmöglich in der Lage sein könnten, diese fraglichen 113 Paragraphen im Kopfe zu haben und richtig anzuwenden. Bei der Verzerkung erklärte der überwachende Leutnant die Versammlung für aufgelöst.

Die Konfektionsfirma Hugo Hermann u. Co. ersucht uns mit Bezug auf die Warnung vor Starbarbeit in einem Versammlungsbericht unserer Nummer 70 vom Donnerstag voriger Woche mitzuteilen, daß die Firma keinen Reizenden nach Köln geschickt habe, um dort etwa Streikausträge zu effektuieren. Die Firma liefert lediglich infolge älterer Verbindungen und Verpflichtungen Konfektion nach Köln.

Generalverband der Handlungsgehilfen und -Geheulinnen Deutschlands, Bezirk Berlin. Donnerstag, abends 9 Uhr: Sitzung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — Gäste sind willkommen.

Berlin für die Interessen der Hausangestellten. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag von Hrl. Wismers über: „Schulfragen“.

Freiwilligen. Donnerstag abend 10 Uhr: Desentliche Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegung“.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Kiel, 29. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordneten-Erwahl siegte Genosse Seegen mit einer Mehrheit von 230 Stimmen über seine bürgerlichen Gegenkandidaten. Die sozialdemokratischen Stimmen haben seit vorigem Herbst um 50 Proz. zugenommen. Mit Genosse Seegen zieht der dritte Vertreter der Sozialdemokratie in das Jenfus-Stadtparlament.

Paris, 29. März. (B. T. B.) Der Senatsausschuß der Deputiertenkammer hat einstimmig einen Antrag angenommen, nach welchem die regelmäßigen Übungen der Reserveisten auf vierzehn Tage, die der Territorialarmee auf sechs Tage beschränkt werden sollen.

Paris, 29. März. (B. T. B.) Der Senator und ehemalige Kolonialminister Decrais teilte dem Minister Delcassé mit, daß er gelegentlich der Budgetberatung eine Anfrage betreffend Marokko einbringen werde.

Paris, 29. März. (B. T. B.) In Bestätigung einer Londoner Meldung will der „Temp“ wissen, daß gegenwärtig der Plan einer freundschaftlichen Begegnung der englischen Kanalslotte und des französischen Nordflottenkommandos erwogen werde. Das französische Geschwader werde in einem englischen Hafen einen mehrtägigen Besuch abhalten.

Paris, 29. März. (B. T. B.) In der Wohnung des stillenlosen Gastelliers Didaret, der sich dort mit der Herstellung von Explosionskörpern beschäftigte, fand heute eine Explosion statt. Didaret wurde schwer verbrannt. Eine Hausfuchung führte zu der Entdeckung von anarchistischen Schriften.

Petersburg, 29. März. (Meldung der „Petersburger Telegraphenagentur“.) Heute suchte eine Menge von etwa 300 Personen die auf ein Uhr nachmittags angeordnete Wiederaufnahme des Unterrichts im Konseratorium zu verhindern. Es wurden revolutionäre Rufe ausgehoben. Die Polizei gestreute die Ansammlung und nahm einige Verhaftungen vor.

In den Zulfosschen Delwerken entstand heute nachmittags in der Oeldestillations-Abteilung, wie man vermutet, infolge Brandstiftung, eine Feuersbrunst, durch die 60 000 Rubel verbrannt wurden.

digung eingereicht haben, eruchen wir, den Zugang streng fernzuhalten. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Verein deutscher Schuhmacher, Jahrgang 178, Hfen i. B.

Der Malerzustand in Jena dauert fort. Alle Bemühungen, die Innungsmeister zu Verhandlungen zu bewegen, sind gescheitert; auch der Vorsitzende des Geweregerichts ist mit seiner Vermittlerrolle von den Unternehmern zurückgewiesen worden, während sich die Gehülfen bereit erklärt hatten, das Geweregericht als Einigungsamt anzurufen. Dem Gesellenausfuß wurde mitgeteilt, daß die Streikenden, soweit sie gebraucht würden, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen könnten. Die Situation ist folgende: in den Streik getreten 86, abgereist 32, zu den neuen Bedingungen arbeiten 5, Arbeitswillige 2.

Zum Ausstand bei der Firma Benz u. Co. in Mannheim meldet ein Telegraphenbureau, es sei dort zwischen den Ausständigen und den Arbeitswilligen zu einem Konflikt gekommen. Die Polizei müßte mit blauer Waffe einschreiten und verlegte mehrere Demonstranten. Frauen und Kinder der Streikenden beteiligten sich an den höhnischen Jurusen gegen die Arbeitswilligen. Der Straßenverkehr war längere Zeit unterbrochen. — Als vor einiger Zeit schon einmal von angeblichen Ausschreitungen Streikender in derselben Fabrik die Rede war, konnten wir bekanntlich nachweisen, daß Streikende daran nicht beteiligt waren.

Husland.

Die Regelung der Lohnverhältnisse in der Konfektionsindustrie in Amsterdarn, die von der Arbeitskammer für die Konfektionsbetriebe angestrebt wird, ist nun, soweit die Maßbranche in Betracht kommt, von einem großen Teil der Arbeitgeber gutgeheißen worden. In zwei Sitzungen hat die Arbeitskammer mit den Arbeitgebern über die Sache beraten. In der letzten Sitzung, die in der vorigen Woche stattfand, beschloß die Arbeitgeber einmütig, die in einigen Punkten abgeänderte von der Arbeitskammer vorgeschlagene Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Es waren 25 Arbeitgeber anwesend, eine große Anzahl hatte sich entschuldigt. — Die Arbeitskammer hat allerdings keine gesetzliche Macht, um die allgemeine Durchführung der beschlossenen Lohnregelung zu erzwingen, jedoch kann sie einen starken moralischen Einfluß ausüben, namentlich wenn sie dabei von den tarifreuen gesinnlichen Arbeitgebern und den organisierten Arbeitern unterstützt wird. — Der Vorsitzende der Arbeitskammer sprach am Schluß der Sitzung den Wunsch aus, daß auch die Verhandlungen in der Konfektionsbranche dieselben guten Resultate zeitigen möchten. Die Kammer wird in dieser Branche unermüdet ihre Bemühungen fortsetzen.

Soziales.

Ein sozialpolitischer Erlaß der bayerischen Regierung. Der bayerische Minister des Innern hat an die Fabrikinspektoren einen bemerkenswerten Erlaß ergehen lassen. Den Gewerbaufsichtsbeamten wird darin empfohlen, auch zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, der Wohnräume und der sonst in Betracht kommenden Zustände der Arbeiterbevölkerung vermittelnd und anregend mitzuwirken. Insbesondere wird empfohlen, den Abfluß von Tarifverträgen zu fördern, zu welchem Zweck sich die Beamten mit den Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber ins Benehmen setzen sollen. Die Beseitigung des Prämiensystems sei anzustreben. Zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, die vielfach noch zu wünschen übrig lassen, sei ein Zusammengehen mit den Arbeitnehmern und den Bauvereinen unausgesetzt zu fördern und auf die Errichtung von Ledigenheimen hinzuwirken. Die Errichtung von Geweregerichten soll auch in kleineren Gemeinden mit industrieller und gewerblicher Bevölkerung in Anregung gebracht werden. Endlich ergeht an das Oberbergamt und an die Berginspektionen die Aufforderung, sich den Schutz der Bergarbeiter vor Gefahren und Gesundheitschädigungen sowie die Hebung der Wohlfahrt derselben nach allen Beziehungen angelegen sein zu lassen.

Hus der frauenbewegung.

Bürgerliche Moral. In Detmold wird seit über einer Woche ein kleinräumlicher Kopystreich verhandelt, in den die „besten“ Kreise verwickelt sind. Zahllose Zeugen werden als Empfänger anonymen Kartens über die allerseltenen Richtigkeiten vernommen. Doch eine Szene aus dem Zeugenbericht sei als Dokument bürgerlicher Moralauffassung festgehalten. An einen Zeugen, Dr. v. Ohlen-Raumburg, richtete der Vorsitzende die Frage: Ist es richtig, daß Sie ihre damalige Braut gefragt haben: Ob Sie viel Kinder haben wollten? Zeuge: Ich erkläre das für eine Insamie. Ich habe selbstverständlich eine solche Frage nicht gestellt, sondern nur gesagt: Ich habe Kinder sehr gerne, bist Du auch kinderlieb? — Ob Herr v. Ohlen es auch als eine Insamie erklärt, wenn man von ihm behaupten würde, daß er an seine Braut die Frage gerichtet habe: Gnädiges Fräulein, glauben Sie an den Storch? — Prüderie ist ein hüßiges, aber schädliches Surrogat für Moral.

Streitende Streikbrecherinnen. Als im vorigen Sommer in der großen Radefabrik von William P r h m in der rheinischen Industriestadt Stolberg ein Streik ausbrach, ließ der Besitzer durch Agenten eine große Anzahl polnischer Arbeiterinnen zum Lohne von 1,50 M. täglich herbeischaffen. Um die weiblichen Arbeitswilligen den rheinischen Arbeitern und Arbeiterinnen zu entziehen, wurden sie innerhalb der Fabrik einsperrt. Kurzlich wurde den Polinnen zugemutet, künftig in Akford zu arbeiten, da dies aber eine Lohnverminderung von etwa 50 Proz. bedeutet haben würde, legten die Mädchen zum Teil die Arbeit nieder. Die Folge war, daß sie sofort aus der Kaserne herausgeschleust wurden, so daß die Polizei sie in einer Schule unterbringen mußte, bis sie in ihre Heimat abreisen konnten. Dieser Tage hat nun Herr P r h m wieder 15 Polinnen wegen angeblichen Kontraktbruchs hinausgeworfen. Da der Lohn aber nicht zur Heimreise langte, brachte die Polizei 6 Mädchen als obdachlos im Hospital, die anderen 9 vorläufig im Polizeigewahrsam unter.

Ablershof. Der Verein für Frauen und Mädchen hielt am 23. März eine öffentliche Versammlung ab, die leider schlecht besucht war. Genossin F i e z aus Hamburg hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Der Militarismus“. Von der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten mußte Abstand genommen werden, da um 10 Uhr durch die Polizeistunde Schluß der Versammlung eintret.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach in der Banberberversammlung in Korden an Stelle von Herrn Dr. Maurenbrecher Herr F i l d e r a n d t über das Thema: „Warum ein Frauerverein?“ Der Referent zeigte in großen Zügen, wie sich durch die wirtschaftliche Entwicklung die Stellung der Frau verändert habe. Das schmerzliche Problem bildet für die Proletarierin die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit. Wie sich in der Industrie alles mehr und mehr in Großbetrieb verwanbelt, so wird auch der unproduktive Einzelhaushalt verschwinden müssen. Dann wird es der Arbeiterin möglich sein, einen größeren Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen. Es sei von größter Bedeutung für die Frauen, daß sie dem Arbeiterinnenvereine beitreten, um sich klar über die Stellung und die Ziele der Arbeiterinnenbewegung zu werden. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion forderte Herr F i e z die Frauen auf, sich trotz aller Schwierigkeiten an den großen Fragen unserer Zeit zu beteiligen. Die Männer müßten die Frauen dabei unterstützen.

Die nächste Vereinsversammlung findet am 3. April in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, statt. Frau K u b e n aus H a m b u r g spricht über den holländischen Dichter Herrn Heijermann. Gäste willkommen.

Das Hochfenwerk, i L i b e r a errichtet werden soll und dessen Finanzierung als Gesellschaft voranschreitlich schon in nächster Zeit erfolgen wird aus zwei Hochöfen bestehen, in denen, wie der „Pres. Anz.“ mittelt, jährlich 127 000 Tonnen Hoheisen, und zwar einstel Sieberei-Hoheisen und zwei Drittel Sämalt-Hoheisen erschmolzen sollen. Mit der Hochfenanlage wird eine Kohlenanstalt von fast mit voraussichtlich 100 Kammern. Für Libed ist die Errg des Werkes von großer Bedeutung. Um dies zu erkennen, ist man nur auf die das doppelte Quantum des zu erschmelzenden Hens betragenden Ergtransporte und an des ebenfalls das Kohlenquantum übersteigenden Kohlentransporte zu denken, die diese Grube-Anlage im Gefolge haben wird.

Französische Kapit in Rußland. Das russische Finanzministerium ist eizigemüht, die französische Hochfinanz zur Emission einer neuen Anleihe zu bewegen. Unter diesen Umständen ist eine Wahrung der französischen Kapitalanlagen in Rußland, die jüngst St. Petersburgs Gerold“ aufgestellt hat, recht interessant. Dehrlüche Handelsumiah zwischen Rußland und Frankreich erreichte 270 Millionen Franken, wovon etwa 231 Millionen Frankas den Export Rußlands nach Frankreich und 39 Millionen Fra auf den Export Frankreichs nach Rußland entfallen. 49 Millionfranken französischen Geldes sind in Rußland in verschiedenen Unternehmungen, vor allem in Waren vorhanden. Das Vermögen Franzosen in Rußland ausschließlich des industriellen Wertes hat eine Höhe von 17, die Kapitalien in den Banken eine solche i 18 Millionen Franken. Agenturen von Credit Fononais besin sich in Petersburg, Moskau und Odesa. Ein kleineres Kapital bei der Schiffahrtsgesellschaft Helmsing und Orimn bei Riga argt. Was die französischen Kapitalien betrifft, die in Indusri und Bergwerksunternehmungen stecken, so erreichen sie eine Höhe von 702 Millionen Franken, die hauptsächlich in Süb-, Zentral- u Westrußland angelegt sind. Endlich besitt Frankreich etwa 8 Milliarden Franken in russischen Staats- und Industriepapieren, wovon etwa 7 Millionen Franken als russische Fonds in d Jahren 1889 bis 1904 in Frankreich untergebracht worden sind.

Von anderer Se wird der Besitz Frankreichs an russischen Staats- und Industriepapieren noch höher eingeschätzt, nämlich auf 9, 10 sogar auf 11 Millionen Frank.

Der Verkehr i Rheinhäfen mit den Seehäfen Deutschlands, Hollands, Belgiens, nglands und Rußlands hat sich in den letzten Jahren bedeutend wickelt. Die Handelskammer in Amsterdarn hat in ihrem lehte Bericht genaue Nachweisungen über die recht beträchtlichen Wertesengen veröffentlicht, die während des Jahres 1903 rheinlauf und von und nach deutschen, holländischen, belgischen und englischen Häfi gegangen sind. Diese Nachweisungen ermöglichen interessante Vergleiche. Was den Rhein-Seeverkehr anbelangt, der die deutsch-niedeländische Grenze bei Lobith passiert, so sind vom Rhein über See ach deutschen Häfen zusammen über 102 000 Tonnen (a 1000 Kilogramm) nach englischen 54 000, nach russischen und anderen Häfi 29 000 Tonnen befördert worden. Hamburg allein empfing 47 76 Tonnen, Danzig und Königsberg folgen mit annähernd 12 000 und 11 400 Tonnen, Stettin mit 9000 und Bremen mit 4800 Tonnen. In umgekehrter Richtung ist der Warenverkehr über See von deutschen Häfen noch größer gewesen: er betrug 137 800 Tonnen, während von englischen Häfen gegen 20 000 Tonnen nach dem Rhein gingen und Lobith passierten. Unter den deutschen Häfen steht Hamburg wieder an erster Stelle mit 68 600 Tonnen, dann kommt Stettin mit fast 21 000, Danzig und Königsberg mit je 10 400, und Bremen mit 10 000 Tonnen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Krankenunterstützung im Holzarbeiter-Verband. Die Urabstimmung, welche in der Berliner Mitgliedschaft des Holzarbeiter-Verbandes über die Krankenunterstützung vorgenommen worden ist, hat die für die Einführung derselben nötige Mehrheit von mehr als zwei Drittel der Abstimmenden ergeben. 3164 Mitglieder haben sich gegen, 6897 für die Einführung der Krankenunterstützung erklärt. Nach dieser Feststellung sind zwar noch eine Anzahl Stimmzettel eingegangen, die aber das Gesamtergebnis nicht erheblich ändern können. Zur Abstimmung standen zwei Entwürfe, die verschiedene Leistungen und Gegenleistungen vorsehen. Der eine machte einen Beitrag von 15 Pf., der andere einen solchen von 20 Pf. wöchentlich für die Zwecke der Krankenunterstützung nötig. Angenommen ist das letztere Projekt. Danach erhöht sich also der Wochenbeitrag auf 80 Pf. (60 Pf. für den Verband, 20 Pf. für die Krankenunterstützung). Diese wird nach einjähriger Mitgliedschaft vom dritten Tage der Erkrankung an in Höhe von 1 M. täglich für die Dauer von 26 Wochen gewährt.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter treten bekanntlich dem Tarifvertrage, den der Holzarbeiter-Verband zu Anfang dieses Jahres mit den Unternehmern abschloß, unter der Voraussetzung bei, daß für die Maschinenarbeiter ein besonderer, die eigenartigen Verhältnisse dieses Berufes berücksichtigender Vertrag abgeschlossen werde. Das ist jetzt geschehen. Die Vertreter des Verbandes der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter haben mit den Vertretern der Arbeitgeber einen Vertrag beraten, der im wesentlichen dem Vertragsverhältnis der Tischler entspricht. Den besonderen Verhältnissen der Maschinenarbeiter ist dadurch Rechnung getragen, daß für sie eine eigene Schlichtungskommission gebildet wird, in welche die Maschinenarbeiter 7 Mitglieder aus ihren Reihen entsenden, während die Arbeitgeber in der Kommission durch vier Präziseibesitzer und drei Tischlermeister vertreten sind. Die letzteren sollen möglichst solche sein, welche Maschinenbetrieb haben. — Dem paritätischen Arbeitsnachweis der Tischler soll ein solcher für die Maschinenarbeiter in der Weise angegliedert werden, daß ein Mitglied des Verbandes der Maschinenarbeiter im Arbeitsnachweis angestellt wird. — Die Arbeitszeit ist, wie im Tischlergewerbe, auf 52 Stunden in der Woche festgesetzt. Die Höhe des Lohnes bleibt der freien Vereinbarung überlassen. Die vertragliche Festlegung eines Minimallohnes wünschten die Arbeiter nicht. Der Vertrag gilt, wie bei den Tischlern, bis zum 14. Januar 1907 und läuft von da an ein Jahr weiter, falls er nicht ein Vierteljahr vor Ablauf gekündigt wird. Neben den drei Organisationen der Tischlermeister gehört auch der Verein der Präziseibesitzer zu den vertragsschließenden Körperschaften auf Seiten der Unternehmer. — Neben dem Vertrage ist protokolllarisch vereinbart worden, daß den Maschinenarbeitern gestattet ist, auf dem Arbeitsnachweis im Anschluß an die Arbeitsvermittlung diejenigen Arbeiten zu erledigen, welche zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung notwendig sind.

Am Montag lag der Vertrag einer Generalversammlung des Verbandes der Maschinenarbeiter zur Beschlußfassung vor. Er wurde nach reiflicher Diskussion mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. Die Versammlung erteilte dem Vorstande die Befugnis, aus der Zahl seiner Mitglieder die Vertreter in der Schlichtungskommission zu bestimmen.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen bei der Firma Pfaff sind erledigt und ist Dienstag morgen die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Leistenvergolder!

Sämtliche Vergolder (Politurarbeiter) der Firma Karl Raschig, Berlin, Abteilung Köpenickerstraße 37, haben wegen Lohnhöhen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten, auch von Polierern und Poliererinnen der Möbelbranche. Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! Da die Kollegen in Ahlen i. W. in eine Lohnbewegung getreten sind und in zwei Fabriken die An-

Reichstag.

175. Sitzung vom Mittwoch, den 29. März 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: von Einem, von Tirpitz. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Abg. Dr. Wolff (Wirtschaftl. Bg.): Namens der Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung aus Süddeutschland habe ich zu erklären, daß wir uns bei der ersten Lesung von der absoluten Notwendigkeit der Heeresvermehrung, insbesondere was die Kavallerie anlangt, nicht haben überzeugen können. Wir hätten unsere Bedenken nur dann zurückstellen können, wenn uns ausreichende Garantien für eine Lösung der Dedungsfrage gegeben wären, der wir zustimmen könnten. Aber auf die bloße Hoffnung einer Finanzreform hin können wir die Forderung nicht bewilligen. (Beifall rechts.)

Darauf schließt die Diskussion. Der Gesetzentwurf wird mit geringer Mehrheit angenommen.

Der Gesetzentwurf betreffend Änderung der Wehrpflicht wird ohne Debatte gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt die

dritte Beratung des Reichshaushalts-Etats.

Zur Generaldebatte erhält das Wort

Abg. Bebel:

Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist die Rede, die der Herr Reichskanzler am letzten Montag im Abgeordnetenhaus gehalten hat. Er hat bei dieser Veranlassung auf die Verhandlungen hier im Reichstage hingewiesen und dabei meine Partei und speziell auch meine Person angegriffen. Außerdem hat er eine Darstellung des Bergarbeiterstreiks gegeben, die ich in sehr vieler Hinsicht richtigstellen muß. Zunächst ist mir neu, daß die Sozialdemokratie, wie es in der Darstellung des Herrn Reichskanzlers schien, den Staat leugnet. Unsere ganzen Bestrebungen laufen doch im Gegenteil darauf hinaus, das zu stärken, was man Omnipotenz des Staates nennt. Die Frage, ob in ferner Zukunft noch ein Staatswesen möglich sei, ist eine rein theoretische Frage. Aber auch alles, was der Herr Reichskanzler über den Streik gesagt hat, widerspricht der Wahrheit. Alle die Ausführungen, die meine Parteigenossen Hue, Sachse, Böhmeling usw. gemacht haben, waren das Gegenteil von dem, was der Reichskanzler daraus gemacht hat. Es wird dem Reichskanzler unmöglich sein, aus der sozialdemokratischen Presse vor Ausdruck des Streiks irgend etwas zu zitieren, was beweisen könnte, daß wir auf den Streik hingearbeitet hätten. Es ist im Gegenteil eine Tatsache, die von niemand bestritten werden kann, daß der Streik von der Masse der nichtorganisierten Arbeiter über die Köpfe der Führerschaft hinweg zustande gebracht wurde. Alle Parteien haben ferner anerkannt, daß die Führerschaft in der Siebener-Kommission nicht den Männern aus der sozialdemokratischen Partei, sondern denen aus der Zentrumspartei zugefallen ist. Nach der äußerst maßvollen Rede meines Parteigenossen Hue hier im Reichstage erklärte der Reichskanzler, daß er im Falle der äußersten Nothwendigkeit des Staates gegen die Ausführenden anzuwenden würde. Das war eine Drohung! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Der Reichskanzler Graf Bismarck betritt den Saal, kurz darauf Graf Posadowski. Eine Drohung, die um so ungeduldigster war, als nichts gegen die Ordnung geschehen war, und als der Abgeordnete Hue versichert hatte, es würde auch in Zukunft nichts gegen die Ordnung geschehen. Statt das mit Genehmigung zu begründen, provoziert der oberste Reichsbeamte noch die 200 000 Ausführenden! Dagegen sofort zu protestieren, hatte ich alle Veranlassung. (Beifall rechts.) Solange überhaupt Arbeitermassen in irgend einem Staate der Welt in einem Ausstande getreten sind, ist noch nie ein Streik von solcher Größe so ruhig verlaufen. Das gereicht der deutschen Arbeiterschaft zur höchsten Ehre. (Beifall links und im Zentrum.) Es waren im ganzen bei weitem über eine Million Menschen, die durch den Streik in ärgste Mitleidenschaft gezogen wurden. Und trotzdem ist der Streik ruhig verlaufen. Die Regierung hat uns provoziert. Als Abg. Hue erklärt hatte, daß der Streik über die Köpfe der Führerschaft hinweg beschlossen sei, da goß der preussische Handelsminister Hahn und Spott über die Führer aus, daß sie machtlos seien. Aber die Führer behielten doch die Gewalt über die Massen, und sie sorgten für eine rechtzeitige Beilegung des Streiks. Auch nach dieser Richtung hätten die Bergarbeiter und ihre Führer die höchste Anerkennung verdient. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Drei Tage, nachdem die Führer die Niederlegung des Streiks proklamiert hatten, war der ganze Ausstand beendet, und das alles trotz der immer weitergehenden Provokationen der Arbeitgeber. Aber von einer Niederlage der Bergarbeiter kann man nicht reden, denn es ist kein Zweifel, daß die Novelle zum preussischen Berggesetz niemals ohne den Streik gekommen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ferner sind 100 000 Bergarbeiter neu für die Organisation gewonnen, darunter 60 000 für den sogenannten alten Verband, der als sozialdemokratisch bezeichnet zu werden pflegt. (Zwischenruf des Abg. v. Kardorff.) Aber Herr v. Kardorff, nicht durch die Unterstützung der Regierung ist dieser Erfolg zustande gekommen, denn diese hat sich bis zuletzt ablehnend gegenüber der ganzen Bewegung gezeigt. Es ist ja möglich, daß der Reichskanzler deshalb so im Abgeordnetenhaus gesprochen hat, weil er die Herzen des Dreiklassen-Parlaments für sich gewinnen wollte. Aber die Herren haben ihm ja gezeigt, daß sie nicht einmal für jene kleinen Konzessionen zu haben sind, die in der Novelle enthalten sind. Die Bergarbeiter sind übrigens, soweit die bisherigen Verhandlungen des Bergarbeiterkongresses darüber ein lazes Bild geben, mit dieser Novelle keineswegs einverstanden. Auch was der Herr Reichskanzler über die Stellung der sozialdemokratischen Presse zur Frage der Beendigung des Streiks gesagt hat, ist von A bis Z unrichtig.

Als die Siebener-Kommission den Streik für beendet erklärte, ist die gesamte sozialdemokratische Presse mit ganz wenigen Ausnahmen für diesen Beschluß eingetreten, der Parteivorstand hat sein Mitglied Mollenhuth nach dem Ruhrrevier geschickt, um dort die Parteigenossen mit allen Mitteln zu bewegen, zur Beendigung des Streiks beizutreten. Auch die General-Kommission hat sich für den Beschluß der Siebener-Kommission erklärt. Das ist die historische Wahrheit und dieser steht die Behauptung des Herrn Reichskanzlers direkt gegenüber. Ganz falsch ist die Behauptung des Herrn Reichskanzlers, daß wir eine mögliche Beilegung der Massen im Interesse der Partei wünschen. Aus einer verendeten Masse können wir unsere Truppen nicht rekrutieren, sie bestehen im Gegenteil aus den Besten und Lächlichsten der Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ganz richtig ist auch die Auffassung des Herrn Reichskanzlers als ob die Sozialdemokratie Freude an Streiks hätte. Im Gegenteil, weder wir noch die organisierten Gesellschaften haben das geringste Interesse an Streiks. Als ich den Satz las, den der Reichskanzler weiter sprach, daß er den Kampf gegen die „Kultur- und freiheitswidrigen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ unermüßlich weiterführen werde, da hat mich, ich will es gestehen, eine fröhliche Heiterkeit erfaßt, die gewiß von den weitesten Volksschichten geteilt wird. Ist es denn nicht gerade die Sozialdemokratie, die die Bekämpfung der Freiheit, die Förderung der Kultur sich zur Aufgabe setzt? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärmender Widerspruch rechts. Anrufe im ganzen Hause.) Und wendet nicht der Reichskanzler alle Mittel an, um die einzige wirkliche Kultur- und Freiheitspartei (Lautes Lachen rechts) aus dem preussischen Klassenparlamente fern-

zuhalten? (Zuruf rechts: Mit vollem Recht!) Immerhin hat es mich gefreut, daß die heroische, einmütige Haltung der Bergarbeiter selbst auf den verdorbenen preussischen Handelsminister Eindruck gemacht hat. . . (Stiche des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Der Ausdruck „verdorben“, auf einen preussischen Minister angewandt, geht entschieden zu weit. (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie, sich zu mäßigen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Bebel (fortfahrend):

In den Reden des Reichskanzlers spielte wieder das „soziale Königtum“ eine Rolle. Wenn nur das angebliche soziale Königtum zu einem wirklich sozialen Königtum werden wollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann würden wir es gewiß nach Kräften unterstützen. Der Herr Reichskanzler sagte feinerseit: Meine Herren, Sie kennen mich noch nicht. Jetzt haben wir ihn kennen gelernt (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und haben gesehen, daß sich der Herr Reichskanzler nicht nach links, sondern immermehr nach rechts entwickelt hat. Die Möglichkeit einer Verständigung zwischen ihm und uns ist jetzt weniger vorhanden als vorher.

Noch ein Wort zu Marokko. Wir bedauern, daß nicht bereits vor einem Jahre der Versuch gemacht wurde, die berechtigten Interessen Deutschlands in Marokko zu wahren. Auf keinen Fall werden wir natürlich die Bestrebungen des kaiserlichen Verbundes unterstützen, die zur Folge hätten, daß Deutschland in einen großen Krieg verwickelt würde, in dem uns Frankreich und England mit ihrer Flotte gegenüberstünden. Wenn die Politik, wie sie der Kaiser in Bremen verkündet hat, wirklich innegehalten wird, so muß das zur Einschränkung der kolonialen Ausgaben für Heer und Marine führen und eine solche Politik werden wir gern unterstützen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Starzynski (Polen) polemisiert über die Angriffe gegen die Polen aus der zweiten Lesung, insbesondere gegen den Abg. v. Gersdorff, der den Polen sogar mit dem turco teutonius gedroht habe.

Abg. v. Gersdorff (Sp.) weist die Angriffe des Redner gegen den S. A. Z. Verein ab, polemisiert gegen frühere Ausführungen des Abg. Graf v. Mielzynski und fordert die polnische Bevölkerung auf, den großpolnischen Agitatoren den Stuhl vor die Tür zu setzen.

Abg. v. Gzarlinski (Polen) wendet sich gegen den Vorredner und erörtert die historische Entwicklung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschen in den östlichen Provinzen. Polen hat als Schutzwall gegen die Barbarei des fernem Ostens der westeuropäischen Kulturwelt die größten Dienste geleistet. Es ist nicht wahr, daß die polnische Bevölkerung die deutschen Geschäftsleute boykottiert.

Abg. v. Fiedemann (Sp.) polemisiert gegen den Abg. v. Gzarlinski. Das polnische Reich ist an seiner sozialen Struktur zugrunde gegangen. Die polnischen Leibeigenen waren nichts als Kautztiere; sie zu Menschen gemacht zu haben, ist das Verdienst der preussischen Regierung. (Stürmische Heiterkeit bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Sie wollen immer bloß Hammer sein, das geht aber nicht. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. v. Chlopowski (Polen): Wenn die Polen wirklich den Wohlstand in dem Grade anwachsen würden, wie es von den Statistiken behauptet wird, so wären schon zwei Drittel der deutschen Handwerker in jenen Gegenden zugrunde gegangen. Das tun die Polen aber nicht. Wo sie boykottieren, ist es nur die Antwort auf den Wohlstand der preussischen Behörden. Der polnische Verein ist in gar keinen Vergleich mit dem Dismarckverein zu stellen.

Abg. Götthelm (fr. Bg.): Ich sehe die polnische Agitation durchaus nicht für so ungefährlich an, aber die preussische Polenpolitik ist bisher ganz verfehlt gewesen. Sie war lediglich eine Politik der Kabelleier, die nur verdirbt. Ebenso falsch war die preussische Ansiedlungspolitik. Wir wollen keine Hammer- und Ambosspolitik, sondern eine friedliche Verständigung. — Ueber die Rede des Herrn Reichskanzlers über die Berggesetz-Novelle im Abgeordnetenhaus habe ich mich nicht so sehr gewundert wie Herr Bebel. Er verfügt ja über die verschiedensten Seiten, und so glaubte er dem Niveau des Abgeordnetenhauses am besten zu entsprechen, wenn er der Vorlage einen scharfmacherischen Charakter gab. Zur Herstellung eines friedlichen Verhältnisses zwischen Bergarbeitern und Zechenbesitzern kann diese Rede am wenigsten beitragen. Es ist zu fürchten, daß im Abgeordnetenhaus dieser schwächliche Abg. einer Reform noch verschlechtert wird, so daß er schließlich gar keine Bedeutung mehr hat. Gätten die verbündeten Regierungen eine derartige Novelle im Reichstage eingebracht, so wäre sie hier so ausgestaltet worden, daß sie wirklich dem Frieden dienen konnte. (Sehr richtig! links.)

Abg. v. Kardorff (Sp.): Ich gebe durchaus zu, daß verfassungs-mäßig eine direkte Reichs-Einkommensteuer möglich ist. Solche direkten Steuern wie die Steuer auf Eisenbahnen haben wir übrigens bereits z. B. in der Prachtlohnsteuer. — Wenn infolge des Wahlgewinns Wahlkreise mit einer ruhigen, sich um Politik nicht kümmernden Bevölkerung gewissenlosen Agitatoren zum Opfer fallen, die es am besten verstehen, die Bevölkerung zu betrügen und zu verheizen, dann wird hoffentlich das deutsche Volk stark genug sein, dieses Wahlgewinn zu beiseite zu schieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Abg. Bebel sagte, seine Partei vertrete die Kultur, aber wenn man die sozialdemokratische Presse liest, so glaubt man nicht daran. Was aus dem Deutschen Reich werden sollte, wenn einmal Abg. Bebel Reichskanzler würde, das will ich nicht ausmalen. (Stürmische Heiterkeit bei der Reichspartei.) Was Marokko anlangt, so kann Frankreich nie im Zweifel darüber gewesen sein, daß wir auch dort die Politik der offenen Tür vertreten. Auch ich bin nicht für Besitzergreifung in Marokko. Dennoch darf man nicht, wie Abgeordneter Bebel getan hat, hier von der Tribüne aus sagen, daß wir in einem Kriege gegen Frankreich und zugleich gegen England unbedingt unterliegen müßten. Das heißt doch diese Mächte garabaz auffordern, über uns herzufallen. Unser Landheer ist den anderen reichlich gewachsen und ich nehme an, daß unsere Flotte wenigstens in ihrer Verteidigungsstellung stark genug ist, um einen Angriff zu parieren. (Lebhafte Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Bismarck:

In der Dismarckpolitik kam der preussischen Regierung nur der Vorwurf eines Mangels an Kontinuität gemacht werden. (Beifall rechts.) Deshalb wird die preussische Regierung die jegliche Dismarckpolitik stetig fortsetzen. (Zuruf bei den Polen: Nur immer zu!) Mich über die Marokko-Frage im einzelnen zu äußern halte ich auch jetzt nicht für importun. Ich nehme aber keinen Anstand zu erklären, daß ich mit den Ausführungen des Abgeordneten Kardorff über diesen Punkt durchaus einverstanden bin. Seine Majestät der Kaiser haben schon vor Jahren Sr. Majestät dem König von Spanien erklärt, Deutschland erstrebe in Marokko keine territorialen Vorrechte. Niemand hat aber die Berechtigung, aus dem Beschluß in Tanger selbständige Motive gegen die Integrität von Marokko abzuleiten. Unabhängig von diesem Beschluß und von der Territorialfrage läuft die Frage unserer wirtschaftlichen Interessen. Wir haben in Marokko, ebenso wie in China ein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung der offenen Tür. Die deutschen Interessen in Marokko sind recht erhebliche, und wir haben dafür zu sorgen, daß sie mit denen aller anderen Mächte gleichberechtigt bleiben. Die Sprache und die Haltung des Diplomaten und Politikers richtet sich nach den Umständen. Den Zeitpunkt, den ich für die Vertretung deutscher Interessen für den geeigneten halte, wähle ich nach meinem eigenen Ermessen aus. Aber unsere Politik in der Marokko-Frage hat sich nicht geändert. Sofern aber derzeit wird, die völlerrechtliche Stellung von Marokko zu ändern, müssen wir auch in höherem Grade darauf achten als früher, daß

unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko ungefährdet bleiben. Wir werden uns deswegen zunächst mit dem Sultan von Marokko in Verbindung setzen. Wenn Herr Bebel bei dieser Gelegenheit, was ich feinerseit hier in diesem Hause über die unter allen Umständen aufrechtzuerhaltende öffentliche Ordnung gesagt habe, als eine Provokation der Arbeiter bezeichnet hat, so erwidere ich, daß wir es stets als unsere erste und nächste Pflicht betrachten, zu verhindern, daß Gesetz und Ordnung verfehlt wird. (Beif. Beifall rechts.) Herr Bebel hat weiter gemeint, daß in England oder Frankreich kein Minister sich so gegenüber dem Streik hätte benehmen und aus-sprechen können wie ich bei dieser Gelegenheit. Ich aber meine, daß wohl kaum je gegenüber einer ersten, so weit reichenden Arbeitseinstellung eine Regierung eine sachlichere und ruhigere Haltung beobachtet hat wie in diesem Falle die königliche-preussische Staatsregierung. Ich richte an den Herrn Abgeordneten Bebel die Gegenfrage, wie haben sich denn bei ähnlichen Anlässen aus der Sozialdemokratie hervorgegangene Regierungen verhalten? Sie sind dem Streik militärisch entgegengetreten! So in Frankreich, so, wenn mein Gedächtnis mich täuscht, der Genosse Busschläger in Basel. Wenn der Abg. Bebel das bestritten sollte (Zuruf des Abg. Bebel: Das bestritte ich ja gar nicht.) — um, wenn es der Abg. Bebel nicht bestritt, so will ich dennoch, um sein Gedächtnis darin zu stärken (Stürmische Heiterkeit rechts), vorlesen, was er selbst auf dem internationalen Sozialistenkongress in Amsterdam darüber gesagt hat. Ich bemerke aber, daß mir diese Nachricht nicht vom Abg. Erzberger zugeeilt ist. (Stürmische Heiterkeit im Zentrum.) Was der „Vorwärts“ darüber gesagt hat, war purer Schwindel. Also der Abg. Bebel hat ausgesöhnt, daß seit 4 Jahren in Frankreich sowohl das Ministerium Waldeck-Rousseau als das Ministerium Combes bei jedem Arbeiterstreik die bewaffnete Macht aufgebieten habe. (Hört! hört! rechts.) Abg. Bebel hat weiter erklärt, daß die Polizei gewalttätigsterweise in das Arbeiterhaus in Paris eingedrungen sei und 70 Arbeiter ver-mundet, niedergeschlagen habe, und trotzdem habe ein Teil der sozialistischen Freunde in der Kammer nicht für die Bestrafung des Polizeipräsidenten gestimmt. (Lebhafte Heiterkeit.) Diesen Psittakus schließe ich mich natürlich nicht an, weil ich mich ganz objektiv gegenüber den Vorgängen in anderen Ländern verhalte. (Lachen links.) Aber ich richte die Frage an den Abg. Bebel, mit welchem Rechte er da gegen die preussische Regierung zu Felde zieht, die gegenüber dem Ausstande von 200 000 Arbeitern nicht einen einzigen Soldaten auf die Beine gebracht hat. Als in der belgischen Kammer der belgische Kohlenarbeiterstreik zur Debatte stand, haben die beiden sozialistischen Vertreter von Lüttich, die belgische Regierung möge eine ebenso gerechte und sachliche Haltung einnehmen, wie die preussische während des Streiks im Ruhrrevier. Gehen Sie Herr Bebel bei Ihren belgischen Genossen in die Lehre! Oder kommen Sie niemals mehr mit Ihren verdorbenen Anschauungen, — der Ausdruck (zum Präsidenten hin) ist ja jetzt erlaubt. (Heiterkeit.) Ich habe immer gern anerkannt, daß der Streik im großen und ganzen ruhig verlaufen ist. Im schreienden Gegensatz zu dieser Haltung der Arbeiter stand aber von vorn-herin die Haltung der sozialdemokratischen Partei, bei welcher von vornherein immer wieder der politische revolutionäre Verseduf zum Vorschein kam. Die sozialdemokratische Presse war von Anfang an demütigt, Mißtrauen gegen die Regierung zu erwecken. Als die Regierung nun im Interesse des sozialen Friedens die Novelle zum Berggesetz in Aussicht stellte, hat die sozialdemokratische Presse alles getan, um den Arbeitern die Freude an diesem Eingreifen zu verderben.

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. Bebel behauptete ich, daß der Ausstand schon sehr viel früher zu Ende gekommen wäre, wenn die sozialdemokratische Presse nicht immerfort Öl ins Feuer gegossen hätte. Ich habe hier einen Auschnitt aus der „Frankfurter Zeitung“ vor mir, welche meint, daß sich in der Bergarbeiterangelegenheit die Sozialdemokratie geradezu tappisch benommen und mit ihrer abgebrauchten Wafzettel-Phraseologie eine große Dummheit gemacht hätte. Auch die „Königliche Volkszeitung“ wies während des Streiks darauf hin, daß der „Vorwärts“ den Kampf der Bergarbeiter sehr erschwert habe. Auch die Rede des Abg. Bebel hier im Hause während des Streiks zeugte von verdorbenem Anstand. Er hätte wirklich nicht anders sprechen können, wenn es seine Absicht gewesen wäre, die arbeiterfreundlichen Bestrebungen der Regierung zu hintertreiben. Nicht meine Rede im Abgeordnetenhaus hatte eine scharfmacherische Nuance, wie Herr Abg. Götthelm gemeint hat, sondern Herr Abg. Bebel war einer der wirksamsten Helfer des sogenannten Scharfmacherthums. Nun hat mir ja der Abg. Bebel zu meiner nicht geringen Ueberraschung die Bundes-genossenschaft seiner Partei in Aussicht gestellt für den Fall, daß ich nach links rüden werde, daß ich die Sicherheit des Landes kompromittiere usw. Ich erinnere mich noch sehr deutlich, daß der Abgeordnete Bebel bei verschiedenen Gelegenheiten mit derjenigen Offenheit, mit derjenigen Candeur (Kavalität), die er ab und zu hat, ausdrücklich gesagt hat, die Sozialdemokratie nehme alle Konzessionen entgegen, halte aber fest an der Entwicklung der Endabfichten. Die Endabfichten sind aber Ohnmacht des Landes nach außen und Anarchie im Innern. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes keine Lust verspürt, unsere verfassungsmäßigen Zustände mit der Diktatur des Proletariats, mit der Zuchtensordnung des Zukunftsstaates (Welcher bei den Sozialdemokraten), mit einer banauftischen Gleichmacherei und mit einem Birtwart zu vertauschen, der nach allen geschichtlichen Erfahrungen schließlich durch den Säbel durchgehauen würde. (Lebhafte Beifall, namentlich rechts.)

Abg. Sieg (natl.) polemisiert gegen die Ausführungen der polnischen Abgg. v. Starzynski, v. Gzarlinski und v. Chlopowski und behauptet, daß die Polen die wahren Schuldigen an der Feindschaft zwischen der polnischen und deutschen Bevölkerung in den Ostprovinzen seien.

Abg. Hlumenthal (fr. Bg.): Sie haben in der zweiten Lesung einen Antrag angenommen, daß Elah-Lothringen eine Stimme im Bundesrate bekommen solle. Wir hätten, wenn wir hätten an-wesen sein können, natürlich für diese Resolution gestimmt; aber diese Forderung ist doch keineswegs die wichtigste des elah-lothringischen Volkes. Wir wünschen auch keineswegs eine Stärkung des Einflusses Preussens im Bundesrate. Viel wichtiger ist für uns die Einführung einer aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung. — Redner begrüßt es, daß von einer Erhebung der deutsch-französischen Beziehungen durch die marokkanische Frage nicht die Rede sei.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich betone nochmals, daß im Januar zu der Drohung des Herrn Reichskanzlers gegenüber den Bergarbeitern nicht der geringste Anlaß vorlag. Seine Worte nutzten damals als Drohung aufgefaßt werden, zumal er gegenüber den Provokationen der Unternehmer nur wilde Worte hatte. — Daß ich in allen meinen Reden zum Bergarbeiterstreik scharfmacherisch gewirkt hätte, ist schon deshalb unmöglich, weil ich in dieser Sache nur eine einzige Rede gehalten habe. Und in dieser Rede habe ich der preussischen Regierung nicht den geringsten Vorwurf gemacht, denn in diesem Falle hat sich in der Tat ausnahmsweise die preussische Regierung korrekt verhalten. Die ganzen Vorlesungen meiner Ausführungen auf dem Amsterdamer Kongress hatten gegenüber meiner Rede gar keinen Sinn. Der Herr Reichskanzler ist offenbar wieder mit einem fertigen Manuskript in der Annahme, daß ich das und das sagen würde, hierher gekommen, und diese Rede mußte nun gehalten werden, ganz gleichgültig, was ich sagte. (Heiterkeit.) Nebenbei bemerke ich, daß weder ich noch einer meiner Partei-freunde behauptet hat, daß Herr Erzberger dem Herrn Reichskanzler

Material liefern. — An die Arbeiterfreundlichkeit der preussischen Regierung können wir nach ihren Handlungen nicht glauben, sind doch die Arbeiter durch das infame Dreiklassen-Wahlrecht von der Vertretung im preussischen Landtage ausgeschlossen.

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen das Wahlrecht eines Bundesstaates nicht infam nennen.

Abg. Bebel (Soz.):

Ob ich es nun infam nenne oder das elendeste aller Wahlsysteme, wie es Bismarck getan hat, kommt wohl auf eins heraus. — Wir haben nicht die Vergarbeiter in den Streik getrieben, aber als der Streik ausgebrochen war, war es selbstverständlich, daß wir die Arbeiter in ihrem Kampfe unterstützten. Denn wohl niemals war ein Streik gerechtfertigter als dieser Kampf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Wir sollen den Arbeitern das Gesetz zu berechnen gesucht haben. Nun eine besondere Benutzung konnten wir wirklich über diese Novelle nicht empfinden, die nicht einmal die Forderungen erfüllt, die 1889 Herr Hammacher den Vergarbeiterkongressierte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Unter allen auf dem Vergarbeiterkongress vertretenen Arbeitern, sozialdemokratischen und nichtsozialdemokratischen, ist man einstimmig der Ansicht, daß die Vergarbeitsnovelle nicht genügt, empfindet man einmütig das mit Kompetenzfragen entzündete Wegbleiben von Vertretern des Reichsamts des Innern, die Nichtvertretung des preussischen Handelsministeriums als eine schwere Zurücksetzung gegenüber den stets von den Behörden mit zarter Rücksicht behandelten Unternehmerkongressen. Dies Fernbleiben von Vertretern des Handelsministeriums hat mehr verbittert als die Mängel der Vergarbeitsnovelle. Und da verlangt man von den Arbeitern, daß sie Vertrauen zu der Regierung haben sollen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler sprach höflich von der Bundesgenossenschaft, die ich ihm angeboten haben soll. Es ist noch nicht sehr lange her, als er größeren Wert auf die Mitarbeiterschaft der Sozialdemokratie legte. Ich erinnere an die erste Lesung des diesjährigen Etats, als er unserer Haltung gegenüber den Hegerern einer gewissen Presse gegen England mit einer gewissen Anerkennung gedachte. Der Reichskanzler kam dann wieder auf den Zukunftsstaat zu reden.

Wenn der Zukunftsstaat so trübsalig wäre, wie der Herr Reichskanzler meint, dann freilich würden wir nicht drei Tage am Ruder bleiben. (Stürmisches: Sehr richtig! rechts.) Aber wir sind nicht so trübsalig, wir tun unseren Gegnern nicht den Gefallen, die Dummheiten zu begehen, die sie uns zuschreiben. Wir werden trotz aller Reichskanzlerreden unseren Weg verfolgen und der Sieg ist uns sicher. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.)

Reichskanzler Graf Bismarck:

Die Kanonade des Herrn Vordredners war wohl mehr oder weniger ein Rückzugsgeschäft. Lauter Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Deshalb gehe ich auch nicht auf die kleinen Malicen gegen mich ein. Was ich zuerst über den Streik gesagt habe, war keine Drohung, sondern die Feststellung eines Grundsatzes, der in jedem monarchischen Staate gilt. Den Unternehmern gegenüber habe ich mich auch vollkommen objektiv verhalten. Ich verkenne nicht, daß die Unternehmer im Ruhrrevier durch rastlosen Fleiß (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ihrer Arbeiter!) und Intelligenz sich ihre Weltstellung erobert haben, aber ich habe auch betont, daß die Haltung der Besessenen bei dem Streik keine politische Kluge war, und ich stehe nicht an zu erklären, daß ich die zu heftige und leidenschaftliche Opposition der Besessenen gegen die Vergarbeitsnovelle beklage. Ich habe nicht gesagt, daß Herr Bebel behauptet habe, Herr Erzberger stelle mir Material zur Verfügung, sondern ich habe von einem sozialdemokratischen Blatte (Zuruf: „Vorwärts“) gesprochen, das diese Behauptung aufstellte, die ich nochmals als albernen Schwindel charakterisierte. — Herr Bebel meinte, ich unterschätze die Mithilfe der Sozialdemokratie, die sie eventuell der Regierung bieten könne. Wenn die Regierung seiner oder seiner Freunde Hilfe je in Betracht ziehen soll, dann möchten sie sich nicht nur auf einen, sondern eine ganz andere Haut anziehen. (Heiterkeit rechts.) — Als Herr Bebel wieder auf meine Bemerkung über den Zukunftsstaat einging, dachte ich: Nun kommts endlich. (Heiterkeit.) Aber es war wieder nichts. Der Zukunftsstaat kommt niemals aus dem Futteral heraus. (Große Heiterkeit.) Die Herren von der Sozialdemokratie sollten sich das Wort des Herrn Bebel vom Amsterdamer Kongress ins Stammbuch schreiben: Die Republik ist nicht so gut, wie wir sie machen und die Monarchie ist nicht so schlecht, wie wir sie machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kuferski (Polen): So sehr die Mittel gewechselt haben, die man gegen die Polen anwandte, immer bildete die Verdrängung oder doch Zurückdrängung der Polen das Ziel, das die Regierung verfolgte; insofern kann man in der Tat von einer Kontinuität der preussischen Polenpolitik reden. (Zustimmung bei den Polen.) Wir nehmen die Kriegserklärung des Reichskanzlers an: die preussische Regierung möge die Folgen des Kampfes tragen, den sie selbst heraufbeschworen hat, dessen Fortsetzung sie will und wünscht! (Beifall bei den Polen.)

Abg. Lattmann (Ant.) legt im Namen der christlich-nationalen Arbeiter-Verwahrung dagegen ein, daß Bebel als Vertreter der gesamten deutschen Arbeitererschaft spreche. Nur die Beteiligung der christlichen und nationalen Arbeiter hat dem Streik im Ruhrrevier den ruhigen und würdigen Charakter gegeben. Die Förderung der christlichen Arbeiterbewegung ist eine nationale und sittliche Pflicht des Staates. (Beifall bei den Antifemiten.)

Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdebatte werden die Etats des Reichstages, des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes angenommen.

Es folgt der

Kolonialetat.

Zum Etat für Kamerun fragt Abg. Erzberger (Z.) an, wie es mit den Unruhen in Kamerun steht und protestiert dagegen, daß der Reichstag in kolonialen Angelegenheiten immer nur als Geldbetätigungsmaschine behandelt werde. Es scheint, daß die großen Landgenossenschaften in Kamerun wie in Südwestafrika unheilvoll wirken. — Redner befragt sodann eine von der Budgetkommission beantragte Resolution für Vergünstigung auch für die nicht etatsmäßigen Postbeamten in den Schutzgebieten.

Kolonialdirektor Stöbel: Ich habe über die Sachlage in Kamerun hier am 18. März bereits gesprochen. Es handelt sich um eine Präventivmaßregel gegen unliebsame Uebererassungen, nicht um eine Repressivmaßregel gegen bereits eingetretene Unruhen. Die darüber in der Presse verbreiteten Nachrichten waren also teilweise unrichtig. Als ein einziges konkretes Erlebnis ist nur eine bereits im November erfolgte, seitdem bereits gesühnte Morbata zu verzeichnen. Aber um vorzugehen, muß die Schutztruppe verstärkt werden. Der Reichstag kann die Verantwortung einer Ablehnung nicht veranworten. — Was die Südamerikaner-Gesellschaft anlangt, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß wir heutezu Tage eine so weitgehende Konzession nicht mehr erteilen würden. (Hört! hört! bei der christlichen Vereinigung.) Aber die Gesellschaft hat doch auch schon viel getan für die Kolonie. Gerade die Gesellschaft hat sich übrigens häufig dafür verdient, Eingeborene nicht so streng zu bestrafen. Hiermit schließt die Debatte. Die Etats für Kamerun und Togo werden ohne weitere Debatte bewilligt. Zum Etat für Südwestafrika fragt

Abg. Lattmann (Wirtsch. Bg.) an, unter welchem Titel bei den Einnahmen die Summe von 2000 M., die die South-West-African-Co. jährlich zu zahlen hat, figuriere.

Kolonialdirektor Stöbel: Sie ist unter „Verschiedene Einnahmen“ gebucht und bisher stets regelmäßig gezahlt worden.

Der Rest des Etats für Auswärtiges Amt und Kolonien wird ohne Debatte bewilligt einschließlich der Resolution der Budgetkommission betreffs der Postbeamten in den Schutzgebieten.

Zum Etat für das Reichsamt des Innern bemerkt

Abg. Dr. Beder-Hessen (natl.):

Der Abg. Scheidemann hat bei der zweiten Lesung scharfe persönliche Angriffe gegen mich gerichtet. Ich kann ja wohl den Haß verstehen, mit dem mich seit jener Zeit namentlich das Blatt des Abg. Scheidemann, das „Offenbacher Abendblatt“, verfolgt hat. Ich will nur daran erinnern, daß man ein Seil quer über die Straße gezogen hat, als ich mit einem Automobil fahren wollte, daß man mich nachts niedergeschlagen hat, daß man meine Nachtschelle mit Reisenloht beschmutzt hat, daß ich zwei Gendarmen bei mir einquartieren mußte und einen Gendarm per Rad hinter mich herfahren ließ. Nun zur Sache selbst: In Sprendlingen existierten nicht einer, sondern drei Sanitätsvereine. Als diese nun verschmolzen werden sollten, kam eine Deputation von ärmeren Leuten zu mir und forderte mich auf, überzusiedeln. Ich tat es unter gewissen Bedingungen. Die beiden Ärzte zogen später fort und seit 1895 bin ich alleiniger Arzt in Sprendlingen. Ich machte dann später den Vorschlag, den Sanitätsverein aufzulösen und sich bei mir in Familienversicherung zu begeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das lag im Interesse der Arbeiter selbst. Noch heute sind 600 Familien bei mir versichert. Ich habe mich nie erboten, Familien „umsonst“ zu behandeln, wie nach dem Bericht des „Vorwärts“ Abg. Scheidemann gesagt hat. In stenographischen Bericht hat der Abgeordnete eine Aenderung vorgenommen. (Hört! hört! rechts.) Ursprünglich stand darin „gratis“, dieses Wort war dann im korrigierten Bericht mehrfach blau durchstrichen. (Hört! hört! rechts und bei den Liberalen.) Die sozialdemokratischen Arbeiter haben mein Einkommen nach Möglichkeit herunterzubilden gesucht, sie forderten mich auf, für 6 M. pro Familie zu arbeiten, ich aber bin meinen Kollegen gegenüber verpflichtet, an dem Minimallohn von 9 M. pro Familie festzuhalten. Ich bin derjenige gewesen, der dem sozialdemokratischen Kassenvorstand geraten hat, sich einen zweiten Arzt zu verschreiben und mich mit meiner Klientel allein zu lassen. Eine solche Einrichtung, die dann durch Abstimmung der Mitglieder — nicht der Bevölkerung, wie Abg. Scheidemann behauptet hat — beschlossen wurde, soll ich hintertrieben haben! In Wirklichkeit aber habe ich es doch angeraten! (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Ich soll Mitglieder broilos gemacht haben wollen. Ein Mitglied sollte unterschreiben, wie er mir am vorigen Freitag sagte, daß ich den Versuch des Proflomachens unternommen habe. Er wollte nicht unterschreiben, da er sich daran nicht erinnern könne. Da hieß es: Unterschreibe nur, die anderen haben auch unterschrieben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mein Wunsch, ein zweiter Arzt solle sich niederlassen, wurde dann erfüllt. Ein Vortrag über die Hilfskassen, den ich gehalten habe und in dem ich ausführte, daß sie Schaden litten, wenn sie nicht mit den Ärzten freundschaftliche Fühlung nähmen, wurde vom Abg. Scheidemann auch erwähnt. Er hat dann sein Stenogramm in dem Sinne korrigiert, daß es nunmehr hieß: „die hiesige Hilfskasse“ statt „die Hilfskassen“. (Hört! hört! rechts.) Solche Korrekturen waren bisher im Reichstage nicht üblich. Ferner soll ich absichtlich teure Medizin verschrieben haben. Aber das Gegenteil ist der Fall. Sobald ein zweiter Arzt angestellt wurde, stiegen die Arzneiausgaben pro Kopf der Mitglieder. (Hört! hört! rechts.) Im nächsten Jahre, als ich überhaupt nicht mehr mit der Kasse zu tun hatte und die Kasse unter sozialdemokratischer Leitung stand, da stiegen die Arzneikosten etwa auf das Doppelte. Statt 20 Pf. die Woche mußten die Mitglieder jetzt 40 Pf. bezahlen. (Hört! hört! rechts.) Die Verschwerbe an das Reichsamt, von der Abg. Scheidemann gesprochen hat, ist nicht gegen mich erhoben worden, sondern bestand in einem Brief, den ich geschrieben hatte. (Große Heiterkeit.) Auch die in diesem Satz liegende Verdächtigung muß ich also aufs schärfste zurückweisen. Ich bin wegen meiner billigen Rezepte als Kamillendoktor bezeichnet worden, also das Gegenteil davon ist wahr, daß ich zu teuer verschrieben habe. Das Anwachsen der Apothekenrechnung hat doch ganz andere Ursachen. Das ist öffentlich in einer kombinierten Sitzung festgestellt worden. Wenn dann nachher die Apothekenrechnung heruntergegangen ist, so liegt das daran, daß es — der Monat Mai war, wo natürlich die Zahl der Kranken stets heruntergeht. Auf jene kombinierte Sitzung, in der jene angeblichen Verschwerden zur Sprache kamen, kann der Preisfall schon deshalb nicht zurückgeführt werden, weil sie — erst am 25. Mai stattgefunden hat. (Große Heiterkeit rechts.) Ganz unverständlich ist mir, was Abg. Scheidemann damit gemeint hat, wenn er gesagt hat, ich hätte nun eine neue Kasse gegründet. Ich hatte ja doch schon seit langen Jahren meine Kasse! Die neue Kasse war vom Bürgerverein gegründet und der Vorstand wurde in dieser auf 9 Jahre eingesetzt. Dies hat Abg. Scheidemann sehr gerügt, und ich gebe ihm darin recht, das muß ja ganz unerträglich für die Mitglieder sein. Aber nun will ich Ihnen aus dem Statut der sozialdemokratischen geleiteten Kasse vorlesen. Da heißt es: Der Vorstand wird auf 9 Jahre gewählt. (Große Heiterkeit rechts und in der Mitte.) Zuruf des Abg. Scheidemann: Lesen Sie weiter! Ja, ja, ich werde schon weiter lesen: In der sozialdemokratischen Kasse schaltet allerdings alle drei Jahre je ein Mitglied aus. Und wie ist es in der anderen? Da findet sich genau dieselbe Bestimmung. (Große Heiterkeit rechts und bei den Liberalen.)

Die Kasse ist, wie gesagt, vom Bürgerverein gegründet, und auch mit der Gründung dieses Vereins habe ich nichts zu tun gehabt. Herr Scheidemann sagt, der Verein habe den Zweck, die Sozialdemokratie umzubringen. In der Tat hat seit Bestehen des Bürgervereins die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen abgenommen. (Heiterkeit.) Herr Scheidemann hat den § 2 des Vereins verlesen, wonach ihm alle männlichen Einwohner, die gesund und über 14 Jahre alt sind, angehören dürfen. Ich zahle 1000 M. in die Parteikasse, wenn auch nur ein Wort davon in dem Statut des Bürgervereins steht. (Heiterkeit und Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Dieser Passus findet sich im Statut der Unterstützungskasse des Bürgervereins, wo er naturgemäß ist. — Schließlich hat Herr Scheidemann gesagt, „man“ nennt die Kasse des Bürgervereins „zum billigen Jakob“. Ich fordere Herrn „Scheidemann“ auf, diese Behauptung außerhalb des Hauses zu wiederholen, damit festgestellt werden kann, wer der „man“ ist. Ein Arbeiter in der Versammlung am vorigen Freitag, wo diese Dinge zur Sprache kamen, meinte sehr richtig: Die Sache wäre sehr einfach, der Betreffende habe nur seinen Vornamen vergessen, es werde wohl Herr Scheidemann sein. (Große Heiterkeit.) Damit halte der Mann durchaus recht. Ich glaube hinreichend bewiesen zu haben, in welcher Weise die Angriffe des Herrn Scheidemann begründet waren. Möge mich Herr Scheidemann weiter verfolgen, aber nicht persönlich sondern sachlich. Als anständiger Gegner hätte Herr Scheidemann jedenfalls meine Gegentwärt für seine Angriffe abwarten müssen. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Herr Abg. Beder hätte seine Angriffe weit besser substantiieren müssen, wenn er mich hier gewissermaßen als politisches Raubheim hinstellt. (Heiterkeit bei den Natl.) Ich habe seinen Haß gegen Herrn Dr. Beder (Lachen bei den Nationalliberalen), ich habe ihn nicht angegriffen, weil es Dr. Beder war (Lachen bei den Nationalliberalen), sondern in einer Polemik gegen Herrn Dr. Mugdan. Redner polemisiert zunächst gegen die früheren Angriffe des Abg. Mugdan gegen die Solinger Kasse. — Was nun Herrn Beder anbetrifft, so hat er behauptet, alle meine Behauptungen seien objektiv unwahr. Ich halte alles, was ich gesagt habe, aufrecht. Herr Beder hat ganz neben-sächliche Punkte auf Grund seines „amtlichen Materials“ widerlegt, Herr Beder hat selbst zugegeben, daß er, wie ich behauptete, eine Konkurrenzkasse gegründet habe und hat selbst darauf hingewiesen, wie dieser billigen Kasse nun die Arbeiter zulaufen. Ich habe mich nochmals bei allen Beteiligten erkundigt, habe durch einen Rechtsanwalt über alle Einzelheiten ein Protokoll aufnehmen lassen, dessen Angaben die Unterschriebenen, worunter einige Gemeinderatsmitglieder, zu beschwören sich bereit erklärten. In diesem Protokoll ist alles enthalten, was ich damals angegeben habe. (Hört! hört! bei

den Sozialdemokraten.) Alle diese Leute müßten also Schwindler sein, wenn ich nicht die Wahrheit berichtet hätte. Der Rechtsanwalt hat die Leute aufs eindringlichste ermahnt, nur die reine Wahrheit zu sagen, und mich nicht falsch zu informieren. In diesem Protokoll bestätigt ein Assessor Emsling die Drohungen des Herrn Dr. Beder gegen Arbeiter, die dieser abstreitet. Er erklärt, Herr Dr. Beder habe auf Vorkhaltungen über diese Drohungen gesagt, sie seien nur diplomatische Mittel gewesen, er habe nie daran gedacht, sie wahr zu machen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Redner verliest mehrere Erklärungen von Arbeitern, wonach Dr. Beder solche Drohungen, er werde für ihre Entlassung sorgen usw. ihnen gegenüber ausgesprochen. Herr Dr. Beder hat vorhin gesagt, er selbst habe die Familienversicherung eingerichtet. In verschiedenen Briefen an Arbeiter aber spricht er von dieser Familienversicherung als von einer gegen ihn gerichteten Einrichtung der Arbeiter. So widerspricht das, was der Abg. Beder sagt, dem, was er schreibt, vollständig. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Beder hat bestritten, daß er besonders teure Rezepte verschrieben habe. Während aber früher die Summe der verschriebenen Rezepte sich im Monat zwischen 39 und 90 M. bewegte, verschrieb Herr Dr. Beder in der Konfliktzeit gleich für über 200 M. Rezepte im Monat. Dabei war in dieser Zeit keine Epidemie! Der einzige Grund war der Konflikt zwischen ihm und den Nationalliberalen der Kasse. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Beder hat einzelnen Kranken an einem Tage 1/2 und 3/4 Liter Pepsinwein verschrieben, einem Kranken für 4 M. Orthoform, während nach dem Arzneibüchlein der Frankfurter Ortsliste höchstens wenige Gramm Orthoform verschrieben werden darf, das Gramm kostet 20 Pf. (Hört! hört! bei den Soziald.) Mehrere Ärzte haben mir gegenüber ein Verschreiben von derartigen Arzneien in solchen Mengen als ganz unerhört bezeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Beder hat bestritten, daß er die Krankenkasse und den Bürgerverein begründet hätte. Aus einem Bericht des nationalliberalen Blattes in Sprendlingen über die Gründungsversammlung dieser Kasse geht aber klar hervor, daß Herr Dr. Beder der spiritus rector dieser Gründung war. Ebenso hat Dr. Beder einen Vortrag gehalten, in dem er zur Gründung des Bürgervereins gegenüber den terroristischen Bestrebungen der Sozialdemokratie auf-forderte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einem Zeitungsbesitzer, der einen gegen Dr. Beder gerichteten Artikel in seiner Zeitung veröffentlichte, hat er das diesem geliehene Kapital gefändigt und ihn dadurch geschädigt. Da sollte er doch mit dem Vorwurf des Terrorismus und gegenüber vorrichtiger sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Dr. Beder tritt für die freie Arztwahl ein, es sind nur außer ihm keine Ärzte da, die gewählt werden können. (Heiterkeit.) Charakteristisch für Herrn Dr. Beder ist, daß während wir ihn stets zu unseren Versammlungen eingeladen haben, er uns von seinen Versammlungen ausschließt. Der Ursprung der Geschichte mit dem Seil, das über die Straße gespannt sei, um Herrn Dr. Beder in seinem Automobil zu strangulieren, hat sich trotz unserer größten Bemühungen nicht feststellen lassen. Es ist ja noch eine ganze Reihe von solchen Terrorismusgeschichten verbreitet worden. So z. B. wurde in der Wahlzeit ein Ertragsblatt herausgegeben, daß Herr Beder erdolcht worden sei. Entweder ist dieser Herr Dr. Beder nicht der richtige (Heiterkeit), oder aber die Terrorismuserzählungen sind Schwindel. (Hört! hört!) Ich soll das Wort „zum billigen Jakob“ erfunden haben. Herr Dr. Beder aber hat sich selbst bei der großartigen Siegesfeier vor allem Volk vor dem sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus als „Kohlenjakob“ hochleben lassen. (Heiterkeit.) Da der Abg. Dr. Beder solche fälschliche Schweinereien, wie die Sache mit der Verschmierung des Ringelzuges mit menschlichen Excrementen, vorgebracht hat, so möchte ich nur erwähnen, daß solche Sachen in Offenbach kein Kobum sind. (Große Heiterkeit.) Herrn Ulrich sind solche duffenden Sachen in Briefen zugesandt worden. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Das Wort „gratis“ gefirriden zu haben, gebe ich zu, weil es an jener Stelle gar keinen Sinn hatte. Warum soll einem sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auch einmal ein falscher Jungenschlag passieren, haben Minister allein ein Anrecht darauf? (Große Heiterkeit.) Ich überlasse der Öffentlichkeit das Urteil über Herrn Dr. Beder. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag abgelehnt.

Abg. Bruhn (Antif.) polemisiert in einer bei der Unruhe des Hauses nicht verständlichen Weise gegen den Abg. Stadthagen.

Abg. Singer (Soz.) stellt hierauf erneut einen Vertagungsantrag mit dem Hinzufügen, daß er im Falle der Ablehnung die Auszählung des Hauses beantragen werde.

Vizepräsident Dr. Paasche erklärt in der Abstimmung, daß der Vertagungsantrag angenommen sei. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung).

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schrauben-dreher
Otto Roy
am 27. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 179 nach dem Gemeinde- Kirchhof, Krugsteig, Lichtenberg aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
114/3 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, E. H. Filiale Berlin XII.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Montag, den 27. März, nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied und Be-ratender Bevollmächtigter, der Restaurateur
August Kronhagel
Rostockerstraße 46, im Alter von 38 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 31. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der Heilands-gemeinde in Wilmerssee aus statt.
Um recht rege Beteiligung ersucht
263/3 Die Ortsverwaltung.

Nowawes-Neuendorf.
Den Mitgliedern des Wahl-vereins zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schloffer
Arthur Hoffmann
Dienstag früh am Schlaganfall gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Frei-tag, den 31. März, nachmittags 3 Uhr statt.
Die Mitglieder versammeln sich um 1/3 Uhr im Vereinslokal bei Hieme, Ballstraße 55.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Plasierer und Berufsgenossen. Filiale Berlin I.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
F. Franzky
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des neuen Paulskirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
174/4 **Der Vorstand.**

Kranken- und Begräbnis-Kasse der Seiffensieder.
(Eingeschr. Hilfskasso No. 17.)
Am 27. d. Mts. verlor nach schwerem Leiden unser Mitglied
Herm. Pirsch.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Donnerst- tag nachmittags 3 Uhr vom Trauer-hause, Stephanstr. 62, statt.
543/6 **Der Vorstand.**

Für die vielen Beweise der Teil-nahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau
Helene Silex geb. Werkmann
sage ich allen Verwandten, Kollegen und Bekannten meinen verbindlichsten Dank.
542/6
Albert Silex.

Extra-
Preise

WARENHAUS

Donnerstag
Freitag
Sonnabend

A. WERTHEIM

soweit der Vorrat reicht:

Herren- u. Knaben-Garderobe

Jackett-Anzüge	grau gemustert mit Karos, Weste 2 reihig	24.50 Mk.	Blusen-Anzug	blau Diagonal-Kammgarn, Matosen-Krag, creme Cheviot-Latz, Beinkleid gefüttert	für ca. Jahre <u>2-4</u> <u>5-7</u> <u>8-10</u> 7.50, 9 Mk., 10.50
Jackett-Anzüge	bräunlich kariertes Cheviot, modernes Muster	32 Mk.	Blusen-Anzug	aus farbigem Stoff, hochgeschlossen, Beinkleid gefüt.	6.25, 7.75, 9.50
Frühjahrs-Paletot	schwarz/weiß gemustert, mit Klappenbesatz	22.50 Mk.	Kieler Pyjack	dunkelblau Cheviot mit Abzelchen	6 Mk., 7.50, 9 Mk.
Frühjahrs-Paletot	moderfarbiger Covertcoat, kariert	34 Mk.	Einzelne Blusen	dunkelgestreift, hochgeschlossen	1.75, 2.25, 2.75
Beinkleider	aus dunkelgestreiften Stoffen	4.35, 7.20 Mk.	Beinkleider	aus blauem Cheviot, für ca. 3-9 Jahre passend	1.85, gefüttert 2.40 Mk.
Loden-Pelerine	dunkelgrau, Imprägniert, 1,20 Mtr. lang, mit Kapuze	11.75 Mk.	Beinkleider	aus blauem Cheviot für ca. 10-14 Jah. passend	2.45 Mk.

Trikotagen u. Strümpfe

Herren-Normalhemden	Maco, 90 Pf. b. 1.35	Damenstrümpfe	Baumwolle, schwarz, stark	32, 58, 90 Pf.	Kinderstrümpfe	Maco, schwarz 1x1 gestrickt, Fuss ohne Naht
Herren-Normalhemden Ia	1.70 b. 2.35	Damenstrümpfe	engl. Länge gewebt schwarz oder farbig geringelt	58 Pf.	ca. 1-2	23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83 84 85 86 87 88 89 90 91 92 93 94 95 96 97 98 99 100
Herren-Beinkleider	80 Pf. b. 1.20	Damenstrümpfe	Fil d'Ecosse, Ia. Qual. schwarz od. lederfarbig, Doppelsohle	1.25	48 55 60 65 70 80 90 Pf. 1 Mk. 1.05 1.15	Ia. Doppelgarn, schwarz
Herren-Beinkleider Ia	Maco 1.35 b. 1.90	Damenstrümpfe	Fil d'Ecosse, schwarz oder farbig mit Ringeln	1.15	58 65 75 85 95 Pf. 1.05 1.15 1.25 1.35 1.45	Estremadura, schwarz, kräftige Schulstrümpfe
Damen-Untertailen	weißes Trikot 3 Größen 50 b. 65 Pf.	Herrensocken	gestrickt, imit. Vigogne	35 u. 50 Pf.	60 Pf. b. 1 Mk.	Strumpflängen mittelstark, schwarz 1x1 gestr., 40-60 cm lg. dazu passend
Korsettschoner	16, 36, 55 Pf.	Herrensocken	meliert mit Patentschaft	70, schwarz 45, 68 Pf.	1.95, 2.10, 2.30	Estremadura
Damen-Röcke	Barchent, hellgestreift mit Volant 1.35, 1.80	Schweisssocken	glatt ohne Naht	55 Pf.		

Ein Posten **Golfblusen** weiss oder farbig Wert 6.50 bis 9 Mk. **4.90 Mk.**

Schuhwaren

Braune Damen-Knopfstiefel	Chagrinsleder 6.40	Damen-Schnürschuhe	Chevreauleder 6.75	Braune Herren-Schnürstiefel	Chagrinsleder 7.25
Braune Damen-Schnürstiefel	Chagrinsleder 6.40	Damen-Knopfschuhe	Chevreauleder 6.75	Herren-Schnürstiefel	Rossleder 7 Mk.
Damen-Schnürstiefel	Boxcalf 7.25, 9.75	Braune Damen-Schnürschuhe	Chagrinsleder 3.75	Herren-Schnürstiefel	Boxcalf 9.75
Damen-Knopfstiefel	Boxcalf 7.25, 9.75	Braune Damen-Knopfschuhe	Chagrinsleder 3.75	Herren-Schnürstiefel	Chevreauleder 12.25
Damen-Schnürstiefel	Chevrauleder 7.75, 10.25	Braune Damen-Spangenschuhe	Chagrinsleder 3.75	Herren- Wichskalb- Schnürstiefel	12.50
Damen-Knopfstiefel	Chevreauleder 7.75, 10.25	Braune Damen-Hausschuhe	Chagrinsleder 3.45	Herren-Zugstiefel	Boxcalf 11.75
Damen-Schnürschuhe	Boxcalf 5.65 Mk.	Kinder-Knopf- u. Schnürstiefel		Herren-Zugstiefel	Chevreauleder 11.75
Damen-Knopfschuhe	Boxcalf 5.65 Mk.	No. 19-22 21-24 25-26 27-30 31-35		Herren- Wichskalb- Zugstiefel	12.25
Damen-Spangenschuhe	5.65 Mk.	braun Chagrinsleder 1.70 3.15 3.75 4.50 5.40		Herren-Schnallenstiefel	Boxcalf 10 Mk.
		schwarz Boxcalf — 3.50 4.10 5.40 6.30		Herren-Schnürschuhe	braun Chagrinsleder 5.65, Rossleder 5.25, Boxcalf 6.75
		Knaben-Schnürstiefel	Rossleder 5.65, Chagrinsleder 6.30		

Eiserne Bettstellen

Polsterbettstellen	6.50 Mk.	Bettstellen	mit doppelt. Spiralfeder 6.50, bronziiert 8.50 Mk.	Bettstellen	mit Messingverzierung u. Stahlspüngerfeder 30, 42 Mk.
Polsterbettstellen	Persialbezug u. Spiralfeder 7.75 Mk.	Bettstellen	mit doppelt. Spiralfeder und Rollen 10 Mk.	Kinder-Bettstelle	weiss lackiert 13 Mk.
Polsterbettstellen	mit Dreilbezug 8.50 Mk.	Bettstellen	aus starkem Gasrohr, mit doppelt. Spiralfeder, schwarz 12.25 Mk.	Kinder-Bettstelle	weiss lackiert mit Messingknöpf u. abschlagb. Seiten, weiss lackiert mit Messingstangen und Knöpfen und 23 Mk. abschlagbarem Seitenteil
Polsterbettstellen	Dreilbezug mit Sprungfedern, starkes Gestell 14.50	Bettstellen	mit Stahlspüngerfeder 18.50 Mk.	Kinder-Bettstelle	

Für Laubenbesitzer
Dampfbad, Teer, Riegel billigst.
Kottbuser Ufer 20/22. 97/11

Wald- und Sandparzellen
am Vorortbahnhof, herrlich gelegen,
unweit See, verkauft gegen geringe
An- u. Abzahlung **Aug. Puchert**,
Tabendorf bei Roffen. 1922



Schwarzer Adler
Inh.: Gebr. Arnold
Friedrichsberg, Frankf. Chaussee 120.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**.
Jeden Donnerstag: **Soiree der Führmann-Walde-Sänger**.
Bons haben Gültigkeit. 2232

Sportshaus 'Ziegenhals'
Babitation u. Post Zenthon.
Stadtbahn u. Gürtelbahn-
Verkehr. Herrlich a. Krosin-
see gelegen, schöner Aus-
sichtsort der Dahme, 2000 Personen fassend.
Vereinen, Fahrten, Gesellschaften zu Dampferpartien und Ausflügen
bestens empfohlen. **Herrlicher Garten**, große Säle, massige Regalbahnen,
Kaffeeküche, 25 Morg. Spielplätze i. Hochwald. Dampfer steh. auch Sonntags
billig z. Verfüh. Komitees u. keine Gesellsch. holt bei nord. Bestell. u. Bahnh.
in Notend. ab. Fernsp. Amt Königs-Wusterhausen Nr. 75. **Max Hirschel**.

Hygienische
Bedarfsartikel. Reisekatalog
m. Email, viel Kerze u. Prof. gut. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin N., Friedrichstr. 131e.

Hygienische
Bedarfsartikel. Reisekatalog
m. Email, viel Kerze u. Prof. gut. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik,
Berlin N., Friedrichstr. 131e.

3 1/3 %

Wegen Totalaufgabe unserer

Knaben-Konfektions-Abteilung

werden sämtliche Anzüge für das Alter 2-10 Jahre von heute ab
unter Preis verkauft.

E. Süßkind & Co.,
Rosenthalerstraße 9 (Ecke Auguststraße).

2475L*

Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen.

Zweiter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Als Gäste sind heute noch Reichstags-Abgeordneter Bömelburg (Soz.), Landtags-Abgeordneter Bruck (S.) und Landtags-Abgeordneter Max Hirsch (fr. Sp.) erschienen.

Die Diskussion über die Frage der Schichtdauer und das Ueberfrachtenwesen, wozu die gestern mitgeteilte Resolution Husemann vorliegt, wird von

Idinok-Oberschlesien (Verband) eröffnet: Wir haben in der letzten Zeit die Temperatur auf einer Reihe ober-schlesischer Gruben gemessen und dabei z. B. festgestellt, daß auf der Laurahütte Grube „Mittelschacht“ in der Abteilung Nordfeld 3 die Temperatur zwischen 21 und 22 Grad Celsius schwankte, aber nur deswegen, weil dort ein Damm abfichtlich zerfallen war und die Wetterströme infolgedessen stark in den Schacht drangen. In dem Knopfschacht derselben Grube gab es voriges Jahr Arbeitspunkte, an denen die Leute nach ohne Belüftung arbeiten mußten. Nach den Feststellungen eines Oberbauers beträgt die Temperatur auf der Sohle 28 und auf der First 30 bis 32 Grad. (Hört! hört!) Aber wir sind überzeugt, daß wenn das vorliegende Gesetz vom Landtag angenommen wird, die Grubenverwaltungen alles Mögliche tun werden, um die Regierung über die wirkliche Temperatur der Gruben im Unklaren zu lassen, besonders in Oberschlesien, wo die Organisation noch schwach und die Grubeninspektion sehr unpraktisch eingerichtet ist. Ich kann über die ober-schlesischen Bergwerksverhältnisse

auf Grund meiner 20jährigen Erfahrung als Bergmann sprechen. Wir haben in Oberschlesien Schächte von 200 bis 300 Meter Tiefe und auch darüber. Neben mächtigen Kohlenflözen bis zu 12 Meter haben wir auch solche, die nur 1 Meter Tiefe haben. Nun behauptet die Unternehmerpresse, daß in Oberschlesien die Gruben hoch genug und infolgedessen sehr gesund seien. Aber besonders in den neuerschlossenen Feldern läßt man Weitem nicht genügend Platz. Alles kommt eben auf eine gute Bewetterung der Grube an. Das Oberbergamt Breslau rechnet auf jeden Arbeiter mindestens zwei Kubikmeter Wetter in der Minute. Es ist ja möglich, daß an den Mehlstellen das vorgeschriebene Quantum erreicht wird. Aber an den Arbeitsstellen ist es ganz anders. Selbst die Beamten können nicht viel dagegen tun, wenn die Strecken zu Strauche gehen oder zu Strauche zu gehen drohen, denn eine ausreichende Zimmerräum der Gruben kostet ja Geld, und jeder Beamte will sich doch möglichst lieblich bei den Direktoren machen. So geschieht das Notwendige immer erst, wenn den Bergleuten das Unglück schon auf dem Halbe ist, wenn einige Bergleute verunglückt, tot sind. Im Jahre 1902 stotete wegen des starken Schneeeinfalles in Oberschlesien der Eisenbahnverkehr und die Förderung. Vorher waren wir stark mit Ueberfrachten geplagt worden und hofften nun endlich Zeit zu den Nebenarbeiten zu finden. Aber statt dessen wurden Feuerlöscher eingelegt und wir wurden von der Grube einfach nach Hause geschickt. Zu den Abdämmungsarbeiten, die sehr gefährlich sind, nimmt man meistens die älteren Männer, welche nicht mehr so schärfen können, und die Invaliden. Bei dem Brande auf Zeinusschacht im Jahre 1903 war trotz aller Polizeivorfchriften kein Material zum Bauen neuer Dämme vorhanden. Es sollen eigentlich auf den Gruben mit starkem Betrieb doppelt Dämme gebaut werden, aber daß sie feste Stendenlos offen stehen und dadurch der Wetterstrom gebrochen wird, kümmert keinen Menschen.

Beschwerden mühen den Arbeitern gar nichts, sie müssen auch sehr vorsichtig damit sein, denn niemand ist insinua, all die indirekten Strafen der Steiger und Betriebsleiter aus Tageslicht zu bringen. In ein und derselben Arbeiterkategorie für ein und dieselbe Schichtzahl kann der Bergmann 40, 50, 80 oder 100 M. verdienen, ganz nach Belieben der Verwaltung. Die Wohl-taten der Unternehmer, die herrschaftlichen Wohnungen, sind dann Schuld daran, daß diese Mißstände nicht einmal aufgedeckt werden. Die Bergarbeit in Oberschlesien ist keine Arbeit für freie Menschen, sondern eine für Delinquenten, und auch die Justizwächter haben noch einen besseren gesetzlichen Schutz. (Sehr richtig!) (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Wester-Saarrevier (Chr.): Mit der Einführung der Achtstundenschicht im Saarrevier könnte sofort begonnen werden. Denn seit dem Jahre 1890, wo wir uns iberwillen gestreift haben, haben die Grubenverwaltungen Zeit gehabt, den technischen Plan für ihre Durchföhrung auszuarbeiten. Schon damals forderte uns der Direktor der Zeche Dudweiler auf, wieder einzufahren, da in kurzer Zeit mit der Einrichtung der Achtstundenschicht begonnen würde: „Werte Kameraden, ich gebe Euch mein Ehrenwort, daß alles nach Eurem Wunsch gemacht wird,“ sagte er damals zu uns, aber bis heute ist unser Wunsch Wunsch geblieben. (Hört! hört!) Wenn die Nachmittagschicht einföhrt, hört wegen der Seilfahrt die ganze Arbeit auf. Es könnte also bei acht Stunden ununterbrochener Arbeitzeit genau dasselbe Quantum gefördert werden, wie heute bei der 9 1/2stündigen.

Koserny-Jwidau (Verband): Ein Teil der Schuld, daß nichts von der Regierung geschieht, liegt an der Berichterstattung; so bezeichnet der Rottbuser Berginspektor den Gesundheitszustand als ausgezeichnet, obwohl die Brandenburger Knappschafsklasse 71 Proz. Kranke hatte. Die Ueberarbeit im mitteldeutschen Braunkohlengebiet ist geradezu ungeheuerlich, ebenso die Verschwendung in der Arbeitszeit, man findet 8, 9, 10, 11stündige Arbeitzeit auf dicht neben-einander befindlichen Gruben. Die Luft ist zum Teil so stickig, daß die Lampen nicht einmal brennen, daß Carbid-Lampen benutzt werden müssen. Die Resolution schlägt ich vor, so zu ändern, daß wenigstens auch hier der sogenannte sanitäre Arbeitstag eingeföhrt wird.

Effert: Ich möchte noch auf einige andere Faktoren aufmerksam machen, welche den Gesundheitszustand beeinflussen. Durchgängig zeigt sich aus den Berichten des Allgemeinen Knappschafsbereins Vochum, daß die Krankezahl in feuchten Gruben größer ist, als selbst bei höherer Temperatur in trockenen Gruben. Ein weiterer Faktor ist die Gefährlichkeit des Betriebes. Auf diese Faktoren muß die Gesetzgebung ebenfalls Rücksicht nehmen.

Brümmel-Waldenburger Revier (S.-D.) überbringt die Grüße der Waldenburger Bergleute und wünscht die Aufmerksamkeit der Gesetzgebung auf das Ueberfrachtenwesen auch in jenem Revier gelenkt zu sehen. Dabei erwähnt er das unsolidarische Verhalten der katholischen Fachabteilungen und der sogenannten Reichstreuen, die sich nicht an den Beratungen hier beteiligen, die Vorteile, die erlangen werden, aber gern mit benutzen werden.

Schäffer-Hohen (Verband) schildert die mißlichen Zustände im Tachener Revier, wo gegen 10 000 Arbeiter in Betracht kommen. Der sanitäre Arbeitstag kommt hier nicht in Betracht, die Gesetzesvorlage würde hier also keine Verbesserung bringen, obwohl die Krankezahl hier bei uns viel höher ist als im Ruhrrevier.

Wierzbica-Bottrop (Vole) berichtet über Mißstände auf Gruben der Wörderberg Grube.

Schulzmann-Weidewitz (Verband) schildert die Praktiken der Unternehmer zur Verlängerung der Schichtzeit sowie überhaupt zur Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen. Daß der Gesetzentwurf lediglich die Temperatur als maßgebend für den sanitären Arbeitstag annimmt und nicht mindestens auch die Feuchtigkeit berücksichtigt, ist geradezu befrendlich, aber auch bezeichnend. Die Rechen-verwaltungen zeigen schon jetzt durch ihr Verhalten, daß sie sich darauf einrichten, daß die Regierung nicht einmal den sanitären Arbeitstag durchsetzen wird.

Schiller-Oberhausen (S.-D.) weist nach, wie unzureichend die Kontrollen und Revisionen durch das Oberbergamt verlaufen. Die

Unternehmer verstehen sich aber vortrefflich aufs Umgehen. In nassen Gruben sollte die Schichtzeit besonders verkürzt werden. Kommen die Einsatzer vor Ort, so unterlassen fürchtliche Bergleute leider häufig, diesen die Wahrheit zu sagen.

Wassens-Burnreber (Christl.) bezeichnet es, wie der Vorredner, als Mißgriff, daß die Verkürzung der Arbeitszeit an hohe Temperaturen gebunden sein soll. (Sehr richtig!) Nötiger wäre es, wenn man die Arbeitszeit für alle Bergarbeiter gesetzlich geregelt hätte. Während des Streiks erstörte der Ruf!

Schutz den Arbeitswilligen!

Dazu ist jetzt Gelegenheit (Sehr gut!), denn alle Bergarbeiter sind arbeitswillig. Man solle nur dafür, daß ihnen die Arbeitswilligkeit nicht durch die Verhältnisse genommen werde. (Lebhafte Beifall.) Heute hört man vielfach, daß der Bergmann sagt: Mein Sohn mag werden was er will, nur nicht Bergmann! (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Arbeit vollzieht sich im Dunkeln; die Mißstände, die sich da leicht einstellen, müssen im hellen Licht der Öffentlichkeit besprochen werden. Einzelne ist vor allen noch. Getreut macherinnen, vereint schlagen! (Bravo!)

Reimer-Saarbrücken (Belant durch den Hilger-Projekt) nennt die Regierungsvorlage Klüßarbeit, die die Bergarbeiter niemals zu-frieden stellen wird, und verlangt den Normalarbeitstag.

Kroff-Beuthen: Oberschlesien gilt als das Dorado der Bergarbeiter. Sie haben keinen Grund, sich zu beklagen, schrieb die „Schles. Zig.“ 24 Stunden später war der Streik ausgedrochen, verursacht durch die lange Schichtdauer und das Ueberfrachten-System. Redner tritt für den Normalarbeitstag ein. Ebenso

Krawinkel-Horst-Emscher (Verband), der über die lange Arbeitszeit an heißen Stellen klagt. Er selbst hat acht Stunden lang ohne jede Belüftung in der Grube schaffen müssen. Die Leistung von Ueberfrachten werde vielfach mit der Trostung der Abfehr erzwungen.

Jmbusch-Vorbeck (Christl.): Es berührt sonderbar, daß man heute noch die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit beweisen muß. Es muß unbedingt rasch etwas geschehen, wenn der Bergarbeiterstand nicht noch weiter herunterkommen soll. Wer sich heute noch nicht von der Notwendigkeit der Schichtverkürzung überzeugt hat, der will sich nicht überzeugen lassen. (Sehr wahr!) Die Resolution Husemann, wie sie uns jetzt vorliegt, ist für mich unannehmbar. (Dho!) Im ersten Abfay wird behauptet, daß die Wünsche der Bergarbeiter fast ganz unberücksichtigt geblieben sind. Ich glaube, es ist nicht klug, wenn wir die Resolution in dieser Fassung annehmen. Wir sollen nicht unser Herz und unsere Erregung sprechen lassen, sondern kühl und ruhig mit unserem Verstand urteilen. Der Regierungsentwurf ist trotz des größten Widerstandes von seiten der Unternehmer eingebracht worden. Wir sehen ja, welche Anstrengungen die Unternehmer noch heute machen, um ihn zu Fall zu bringen. Da dürfen wir den Unternehmern kein Wasser auf die Mühle liefern. (Sehr richtig! bei den Christlichen.) Die Unternehmer behaupten schon jetzt immer: „Wenn sich die Regierung von den Arbeitern hinführen läßt, ihnen etwas zu gewähren, dann macht sie sie nur anspruchsvoller. Die Arbeiter sind doch nicht zufriedenzustellen.“ Wir müssen deshalb jeden Anschein vermeiden, als wenn wir nicht zufriedenzustellen wären. Wir müssen dankbar anerkennen (Widerpruch. Aufse: dankbar?), daß die Regierung etwas für uns getan hat (Aufse aus den Reihen des Verbandes: Gar nichts!) und daß der Entwurf Verbesserungen enthält. Ich glaube nicht, daß auch nur einer der Anwesenden bestreiten wird, daß der Entwurf Verbesserungen enthält. (Aufse: Auch Verbesserungen!) Diese Verbesserungen müssen wir anerkennen. Ich bin der letzte, der mit ihm zufrieden wäre, und ich verlange auch mehr; ich sage nur offen: er enthält Verbesserungen. (Aufse: Wo?) Ich schlage eine andere Fassung der Resolution vor, die allen einschichtigen Bergarbeitern gefallen wird. Im ersten Abfay der Resolution soll nicht gesagt werden: „Die Wünsche der Bergarbeiter sind fast ganz unberücksichtigt geblieben“, sondern: „Die Wünsche der Bergarbeiter sind nicht genügend berücksichtigt worden.“ Im zweiten Abfay schlage ich Ihnen vor, statt: „Der sanitäre Arbeitstag kann als genügend nicht bezeichnet werden“, zu sagen: „Die Konferenz hält die Durchföhrung eines Maximalarbeitstages statt des im Entwurf vorgeschlagenen sanitären Arbeitstages für bringend geboten. (Bravo! bei den Christlichen. Jucuse: Das ist ja dasselbe.) Ich glaube, gegen eine solche Fassung wird keiner der Anwesenden etwas einzuwenden haben und wir haben die schroffe Form, welche der Entwurf Husemanns enthält, vermieden. Es ist doch auf jeden Fall gerade so gut. Wir brauchen doch der Regierung hier keine Grobheiten zu sagen. (Weiterle!) Wir können unsere Wünsche auch deutlich und energisch zum Ausdruck bringen, ohne groß zu werden, und ich glaube, es hilft das ebensoviel. Die Unter-nehmer haben dann wenigstens keine Handhabe, gegen den Regierungsentwurf und die noch vorzuliegenden Verbesserungen Stim-mung zu machen in den Kreisen der den Scharfmachern nahe-stehenden Parteien. (Lebhafte Beifall bei den Christlichen.)

Die Anträge 3 inbush finden bei der Mehrheit der Christlichen Delegierten genügend Unterstützung.

Regulski-Vochum (Vole): Glückauf! Kameraden und verehrten Gäste! (Glückauf!) Der schlimmste Uebelstand bei den Bergarbeitern ist gerade die lange Arbeitszeit. Aber fast jede Zeche hat anliegend ihre Kokerei, und die Koksarbeiter leiden unter einer ganz un-menschlich übertriebenen langen Arbeitszeit. Am Sonntag müssen die Koksarbeiter 24 Stunden ununterbrochen arbeiten, so daß sie ihren moralischen und körperlichen Verpflichtungen gar nicht nachkommen können. Eine regelmäßige Schicht von 20, 21 Stunden an den heißen Gasöfen und in dem Dunst zwischen den Gasöfen ist ge-wiß gesundheitsförderlich. Ich hoffe deshalb, daß die Kameraden nichts gegen meinen Vorschlag zur Resolution haben werden.

Der Antrag Regulski, daß die Kokerei-Arbeiten am Sonntag in drei Schichten eingeteilt werden müssen, wird genügend unterstützt.

Tombeck-Ostfeld (Christl.): Ich hatte vor einiger Zeit Gelegen-heit, Herrn Hugo Stinnes selbst über die Schichtzeit zu referieren. Ich sagte ihm, daß jede Verlängerung der Schicht die Unfall- und Krankezahl bedeutend anheben würde, aber Stinnes er-widerte: Hören Sie mal, verehrter Freund, meine Arbeiter werden sich sehr leicht an die Verlängerung gewöhnen. (Hört! hört!) Es muß einem leid tun, daß solche Anschauung noch bei den Unternehmern verbreitet ist. Schon die heutige Abbau-methode allein zwingt uns, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern. Wer in den letzten Jahren einige Jahre lang bei dem miserablen Wetterzug diese Ausdünstungen von Schwefel und anderen Gasen eingeatmet hat, wird wissen, wie notwendig die Verkürzung der Arbeitszeit ist. — Nun hat mein Kollege Jmbusch gesagt, wir sollten der Regierung für ihren Entwurf dankbar sein. Zu danken haben wir nicht, absolut nicht. (Vielfaches Bravo!) und Händeklatschen.) Aber wir können es freundlich begrüßen, daß die Regierung endlich gewährt, was wir verlangen können und dürfen. (Zuruf: Und müssen! — Sehr richtig!) Hoffentlich wird die Regierung ihren ersten Willen zeigen, etwas für die Arbeiter zu tun. — Wenn wir auf der einen Seite das Verbot der Ueber-schichten fordern, dürfen wir auf der andern Seite ihnen keine Handhabe zur Nachholung von Feierschichten geben. Ich glaube deshalb, daß wir gut tun, in Punkt 6 der Resolution den zweiten Abfay zu streichen. Wir haben beobachtet, wie die Föcher im Ruhr-revier, insbesondere die nichtsanftigierten, bei stauerem Gesefäfts-gang, auch ohne daß Arbeitsmangel sie dazu zwang, Feierschichten einlegten und dann in fünf Tagen die Arbeiter mehr zu schaffen zwangen, als sonst in sechs. Wir müssen dafür sorgen, daß das Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit nicht durch Ueberfrachten wieder fahrsächlich wird. (Bravo!)

Stettner-Siegerland (Christl.): Nach dem Regierungsentwurf soll der sanitäre Maximalarbeitstag für die Gruben eingeföhrt werden, die eine Temperatur von mehr als 22 Grad haben. Dabei bleibt

der Erzbergbau ganz unberücksichtigt.

Können wir Kollegen aus dem Erzbergbau uns damit zufrieden geben, sprechen nicht ebenso gewichtige und stichhaltige Gründe für die Einführung des Maximalarbeitstages auch bei uns? Stellen Sie sich vor, daß zwei bis drei Sohlen gleichzeitig in Angriff genommen werden, ohne daß ein Wetterdurchschlag gemacht wird. In jeder Sohle arbeiten eine ganze Anzahl Handbohrer und einige Bohr-maschinen, die man in der Bergwerkssprache „Dynamitkonsumenten“ nennt. Man müssen in der mit diesen Dynamitdämpfen angefüllten Luft die Arbeiter acht Stunden zubringen. Denn der Achtstundentag ist fakultativ, erflusive Ein- und Ausfahrt, auf den meisten Erzgruben eingeföhrt; zu bedenken ist nur, daß je eine Viertelstunde vor- und nachgezert werden muß. Den Unternehmern selbst ist bekannt, daß in den Erzbergwerken eine sehr ungesunde Luft herrscht. Noch vor einigen Tagen ordnete ein Unternehmer an, daß an einem Tage nicht geschossen werden solle, weil der Aufsichts-beamte die Strecke befahren solle. Trotzdem beklagte sich der Aufsichts-beamte über die schlechte Luft. Es riecht im Erzbergwerk allerdings nach allem anderen eher als nach frischer Luft. An einzelnen Stellen ist die Luft so warm, daß die Lampen überhaupt nicht brennen wollen — zum Teil liegt es auch an dem schlechten Öl, das ausgegeben wird, — an anderen Stellen geht eine nasse und kalte Zug-luft. Denken Sie sich, daß ein Bergmann im heißen Ueberfrachten gearbeitet hat und dann seine Vesperpause in dieser Zugluft zubringen soll. In Gruben von 500 Meter Tiefe hat der Bergmann oft nicht einmal wasserdicke Anzüge, so daß er schon nach fünf oder zehn Minuten Arbeit vollkommen durch-näßt ist. Wenn er dann in die kalte Luft nach 8stündiger heißer Arbeit heraustritt, dann kann man über Gelenksrheumatismus und Volksdegeneration sich nicht wundern. Wir mußten in Siegerlande nach einer solchen Arbeit noch draußen auf der Halde die Wagen ausfrachten im Oktober, wenn es zu Hause in den Bergen kühlt Eis und Schnee gibt, da schreit man vergeblich nach der Bergpolizei. Auch für den Erzbergbau muß der Maximal-Arbeitstag auf 8 Stunden festgesetzt werden. Ich las in diesen Tagen eine Notiz, monach ein Institut einen Preis aussetzt auf die besten Mittel zur Abwendung der Bleigefahr im Erzbergbau und in Erzschneidegruben. Aber bei uns in Siegerlande werden schon kleine Jungen von knapp 14 Jahren, 12, 13 Stunden täglich in kleinen engen Stuben mit dem Erzschneiden beschäftigt. In dem dicken Qualm, wo das reine Bleierz eingeatmet wird, hatten wir natürlich kein Appetit, unser Brot zu essen. Wir bekamen dann für diese Arbeit 60, 70 oder 80 Wf. den Tag, wer eine Mark verdiente, war schon froh, denn das ist für eine arme Siegerländische Bergmannsfamilie schon eine bedeutende Nebeneinnahme. Wenn der Bleibergmann nicht in der Jugend ge-schäftigt wird, so rächt sich das in den späteren Jahren. Das schwere Köheln und Reizen der Männer in den besten Jahren zeigt den Jüngeren, was ihrer wartet. Das Ende vom Liede ist, daß auch der Erzbergmann früh ausgeleitet hat. Löhne von 82 Wf. für 28 Schichten im Monat, wie sie eine große Firma aus dem Ruhr-revier den Erzbergleuten zahlt, sind ja nicht gewöhnlich, aber Löhne von 2,60 M. bis 2,80 M. pro Tag sind gar nichts Seltenes. Will man also für die Bergarbeiter etwas tun, so soll man die Eisenstein-arbeiter nicht vergessen, auch wenn sie nicht gestreift haben. Ihr Schutz kommt ja auch nicht den Sozialdemokraten zugute, denn im Siegerländer Eisenbergbau gibt es noch keine Sozialdemokraten. Da kann die Regierung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung ordentlich die Fägel schiefen lassen (Weiterle!) und nicht vor den niedrigen Temperaturen aufbäumen, sondern sich leicht darüber hinwegsetzen, im Hinblick auf die Feuchtigkeit und die mit Stickgasen geschwängerte Luft, in der wir leben. (Bravo!)

Reube-Nieder-schlesien (A. S.): Die Erregung unter unseren Kameraden gegen die Kollelle ist groß. Seit dem Jahre 1890 war die Jehnstundenschicht bei uns eingeföhrt. Im Jahre 1900 wurde uns anlässlich des österreichischen Bergarbeiterkongresses die Achtstundenschicht zugesichert, aber ausschließlich Ein- und Ausfahrt. Früher, bei der Jehnstundenschicht, wurde die Arbeit von einem Verleser der Liste zum anderen Verleser gerechnet. Jetzt haben wir bei den abgelegenen Orten erst noch 1/4 Stunden Weges zurückzulegen, und wer zu spät vor Ort kommt, verfällt in Strafen, denn die Arbeiter werden auf Schritt und Tritt kontrolliert. Die Kohlenreinigung ist jetzt bei den größeren Tiefen viel schwieriger geworden, es muß meistens ge-schossen werden, daher zieht der Ort nie aus, sondern ist stets mit Kohlenqualm angefüllt, dem schädlichsten Gase, das die Lungen am schwersten angreift. Die Augen leiden auch unter den beißenden Gasen. Schon nach vier bis sechs Stunden Arbeit schießt der Berg-mann nichts mehr. Daher haben wir ja auch fürchtbar viele, die in-folge von Augenkrankheiten frühzeitig Invaliden werden. Der Ar-beiter ist gezwungen, monatlich 15 bis 14 Ueberfrachten zu machen; dadurch wird der Durchschnittslohn künstlich erhöht. Die Invaliden der „Fahrsgrube“, eine der reichsten Gruben, zahlt die niedrigsten Schichtlöhne, aber trotzdem infolge der vielen Ueberfrachten die höchsten Durchschnittslöhne und brüßelt sich noch damit. Auch durch die Feierschichten wird der Lohn immer weiter herabgedrückt. Eine generelle Regelung der Arbeitszeit liegt auch im Interesse der niederschlesischen Kameraden.

Walter-Gelsenkirchen (Christl.): Der Streik hat die Regierung gezwungen, mit dem Gesetzentwurf vorzugehen. Von Dankbarkeit kann da gar nicht die Rede sein. Aber wir begrüßen die Vorlage und suchen zu verbessern, was zu verbessern ist. Ich möchte be-sonders an die Kategorie von Arbeitern erinnern, die nur an nassen Orten arbeiten, an die Schachthauer. Welche Gewerkschaften stellen ihnen nicht einmal ledernes Zeug oder wollen sie Unterleider zur Verfügung. Wenn die Regierung sanitären Arbeiterschutz treiben will, mag sie auch hier den Hebel ansetzen, denn die nasse Arbeit wirkt besonders deprimierend auf den Körper. Man sagt bei uns, daß wer 5-8 Schächte abgeteufelt hat, fertig ist für sein Leben. Am schlimmsten treiben es die Unternehmer, die in Bausch und Bogen ganze Querschächte abzuteufen unternehmen und dann nur drängen und hehen. — Der Maximalarbeitstag ist auch von Bedeutung für die Familie. Bei allzu langer Arbeitszeit hat der Bergmann zu wenig mehr Lust, verwohnen seine Kinder. — In der Resolution Husemann scheint es mir total widersinnig, daß die Unternehmer die Verkürzung der Arbeitszeit durch Ueberfrachten wieder sollen ausgleichen dürfen. Wir billigen auch die Ueberfrachten zur Rettung von Menschenleben oder zu außerordentlichen Schacht-reparaturen. Aber durch diese Ungleich-Ergebnis wird der Arbeiter zu einem Spielball des Unternehmers (Sehr richtig!), die Kapitalisten werden Feierschichten einlegen, wann sie wollen, und im letzten Augenblick, wenn sie genügend Menschenmaterial herangezogen haben, wieder drauf losarbeiten wie toll. Durch diese Ueberfrachtenwirtschaft wird nur der Lohn reduziert. Wenn die Leute durch Ueberfrachten ein paar Mark verdienen haben, sieht es im nächsten Monat schon ganz anders aus. Die Arbeiter, die Ueber-schichten machen, haben einen guten Vorrat, beim zweiten schneidet ihnen die große Schere des Lohnrückfalls alles wieder weg. — Die neuen Gesetzesvorschriften werden nur Zweck haben, wenn sie streng durchgeföhrt werden. Dieses Rotgesetz darf nicht auf dem Papier stehen bleiben. Heute erlaubt sich jeder Steiger, den Einsatzer, der Aufstellungen macht, groß zu behandeln. Hier muß der Hebel an-gesetzt werden. Die Organisationen müssen gestärkt werden, um die Fälle aufzudecken, in denen die Unternehmer und Beamten auf das Gesetz pfeifen. (Sehr gut!) Wir werden uns in den kommenden Jahren über die Durchföhrung dieses Gesetzes sprechen müssen, werden sehen müssen, ob wir damit auskommen. Wenn nicht, so legen wir weiter ein. (Beifall.)

Gärtner-Senftenberg (A. S.): Kamerad Jmbusch hat die Form der Resolution Husemann zu schroff gefunden. Aber der Vorredner hat erklärt, daß sie ihm nicht weit genug ginge. Es berührt doch eigenartig, wenn ein Redner vor Dankbarkeit gegen die Regierung gerufen möchte und dem andern nicht einmal unsere Forderungen weit genug gehen. Jmbusch hat ganz recht, daß der Entwurf der

Regierung einige Verbesserungen enthält. Aber die Resolution Hufemann behandelt einzig und allein die Schichtzeit. Und wenn schon bei den anderen Verbesserungen mit ihren vielen Vorschlägen und Abänderungen für die Beschäftigten ist sehr pessimistisch über deren praktischen Wert denke, so kann ich auf dem Gebiet der Schichtzeit eine Verbesserung überhaupt nicht anerkennen. Inzwischen meinte, man solle den Löhnen nicht reizen. Inzwischen kann das Unternehmertum so gut beurteilen wie ich. Und ich sage, wenn man diesem Kussel den kleinen Finger gibt, so nimmt er die ganze Hand. Wenn wir die vorsichtigen Formen Inzwischen wählen, werden die Unternehmer sagen, daß wir mehr erhalten haben, als wir erwarteten, und es nur nicht offen zugeteilt werden. Ich glaube, mit der Fassung des Kameraden Inzwischen leisten wir den Bergarbeitern durchaus nicht den richtigen Dienst. Die Regierungsvorlage erklärt gerade im Hinblick auf den

Braunkohlenbergbau

die Forderung nach dem allgemeinen Achtstundentag für die Bergarbeiter für unbedeutend. Im Braunkohlenbergbau handle es sich hauptsächlich um Tagesbau oder um niedrige Temperaturen in geringer Tiefe, und die Arbeit, die in aufrechter Stellung ausgeführt werde, sei relativ gesund. Dabei sagt die Statistik der Knappschaftskassen, daß gerade unter den Braunkohlenarbeitern die Krankheiten den größten Umfang annehmen. Es ist nicht richtig, wenn die Regierung behauptet, die Braunkohlenarbeiter könnten ihre Frühstücks- und Mittagssnackzeit über Tage in der Mannschafsstube einnehmen. Die über Tage Arbeitenden sind selbst unter den ungünstigsten Witterungsverhältnissen an ihre Arbeit gebunden und nach Hause können sie zu den Mahlzeiten natürlich auch nicht gehen. Man muß in diesen Verhältnissen leben, um sie richtig zu beurteilen. Die Braunkohlenproduktion nimmt einmal das Produkt sehr rasch weg. Im Saengerberg Revier, einem der jüngsten, müssen die Bergarbeiter heute regelmäßig schon eine halbe bis dreiviertel Stunden laufen, um an die Arbeit zu kommen. Am ungünstigsten sind die Arbeitsbedingungen des Tagebaues, bei dem die Arbeiter zehn und elf Stunden hintereinander im Moder arbeiten müssen. Es ist so schlimm, daß selbst Aufsichtsbereame schon erklärt haben, sie würden diese Arbeit verbieten, wenn den Leuten nicht wasserreiches Zeug geliefert würde. Man muß auch bedenken, wie die Intensität der Arbeit gewachsen ist. Für drei Mark Lohn müssen heute 1000 Hektoliter Braunkohle befördert werden. Für Wagen von 5 Hektoliter Inhalt erhält der Arbeiter 24 Pf. Gehalt. Diese Intensität der Arbeit ruiniert die Bergarbeiter, aber sie steigert die Arbeitsleistung ins Ungemeine. Nach dem Bericht der Handelskammer für die westliche Niederrheinischen Industrie im Jahre 1901 11 000 Bergarbeiter 131 Millionen Hektoliter Braunkohle, im Jahre 1903 aber 800 Arbeiter weniger 143 Millionen Hektoliter. Daß die Hüttenindustrie und Erzkohlearbeiter unter ebenso ungünstigen Verhältnissen leiden, begründet wohl für sie ebenfalls die Forderung auf einen achtstündigen Arbeitstag, entschuldigt aber nicht, daß die Regierung den Bergarbeitern noch immer die Verkürzung der Arbeitszeit vorenthält.

Enten-Sauerland (Christl.): Wir haben im Sauerland Klein- und Zinkgruben mit Hüttenbetriebe, ebenso Kupfergruben mit Hüttenbetriebe, sowie Schwefelgruben und Schiefergruben. Auf den Klein- und Schwefelgruben herrscht eine achtstündige Schichtdauer — einschließlich der Einfahrt und Ausfahrt. Aber es kommt dort verhältnismäßig nahe Arbeit vor, wo die Leute durch die volle acht Stunden ausharren müssen. Die Forderung der sechsstündigen Schicht ist kurzweg abgeschlagen worden. Dabei ist in den Erzbergwerken im Sauerlande, wo bei höherer Temperatur große Risse herrschen, die Einführung der sechsstündigen Schicht sehr notwendig, weil dort die Arbeiter unter den Vergleuten sehr stark herrschen. — In den Hüttenbetrieben ist eine zwölfstündige Schichtdauer. Dort haben die Leute viel unter dem Staub giftiger Stoffe, wie Arsenik, zu leiden. Auch da wäre eine Verkürzung der Arbeitszeit sehr wohl am Platze. — Die Schwefelgruben haben eine neunstündige Schicht. Auch da wäre eine Verkürzung angebracht. — Die Schiefergruben haben eine zwölfstündige Schicht. Hier ist schon lange auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hingedrängt worden.

Es werden noch folgende Zusätze zur Resolution Hufemann beantragt:

1. An Sonn- und Feiertagen muß die Arbeit der Kokerarbeiter in drei Schichten eingeteilt werden.
2. Die Arbeiter dürfen nach beendeter Schicht nicht zu Nebenarbeiten, Holzaustragen usw. verpflichtet werden.

Effert hält den Zusatzantrag 2 für überflüssig. Mit solchen Kleinigkeiten solle man sich nicht den Staat inkommodieren, sondern ihre Regelung der gewerkschaftlichen Organisation überlassen.

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort wendet sich Hufemann gegen den ersten Abänderungsantrag von Jmbusch: Gegen die Regierung brauchen wir nicht so zartfühlend zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Mit der Streichung der letzten Sätze der Resolution wegen der Ueberflüssigkeit ist der Referent einverstanden. Sie sind nur aufgenommen worden, weil sie sich in dieser Fassung in der Eingabe der Siebener-Kommission an den Reichsanwalt befanden.

Jmbusch zieht in einer persönlichen Bemerkung den Ausdruck „dankebar“ zurück. (Heiterkeit.)

Es folgt die Abstimmung.

Die Zusätze 1 und 2 werden mit großer Mehrheit angenommen. Der Antrag Jmbusch wird in seinem ersten Teile (Erlaubnis der Worte „fast ganz unberücksichtigt“ durch: „nicht genügend berücksichtigt“) gegen die Stimmen der Mehrheit der Delegierten des christlichen Gewerksvereins abgelehnt.

Der zweite Teil (an Stelle des zweiten Absatzes der Hufemannschen Resolution die Worte zu setzen: „Die Konferenz hält die Durchführung eines Maximalarbeitstages an Stelle des im Entwurfe vorgeschlagenen Jamstages für dringend geboten“) wird gegen wenige Stimmen angenommen.

Der Antrag, die letzten Absätze der Resolution über das Abschließen von Sommer-Feierschichten im Winter zu streichen, wird angenommen.

Die so veränderte Hufemannsche Resolution über die Schichtzeit wird einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung betrifft die Arbeiterauschüsse.

Arbeiterauschüsse.

Der Referent Effert begründet folgende Resolution: Der Bergarbeitertag erblickt in der durch die Vergesetz-Rovelle vorgeschlagene Einführung von Arbeiterauschüssen die Erfüllung einer längst gestellten berechtigten Forderung der Bergarbeiter. Er beantragt eine Erweiterung der Regierungsvorlage in folgender Richtung:

Die Mindestzahl der Mitglieder des Arbeiterauschusses soll fünf oder sechs betragen; auf großen Gruben soll jedes Steigerrevier ein Mitglied zum Arbeiterauschuss stellen. Für die Wahl des Arbeiterauschusses soll überall das Proportionalstimmrecht maßgebend sein. Sämtliche dem Gesetz genähende Arbeiterauschüsse müssen in geheimer und direkter Wahl gewählt sein. Gruben mit 20 Arbeitern sollen einen Arbeiterauschuss erhalten. Die Befugnisse der Arbeiterauschüsse sind dahin zu erweitern, daß das Gesetz wenigstens die Mitwirkung der Ausschüsse bei der Lohnregulierung vorsieht. Im Falle des Widerspruchs der Arbeiterauschüsse in Sachen der Arbeitsordnung muß diesem Widerspruch mehr Einfluß beigelegt werden, als die Rovelle vorsieht. Vorläufig könnte in dergleichen Fällen das Bergamt entscheiden, auch dann, wenn es sich nicht um die Frage der gesetzlichen Zulassung der Aenderung handelt. Ueber die Verhandlungen des Arbeiterauschusses mit dem Grubenbesitzer oder dessen Vertreter wird ein Protokollbuch geführt, worin alle vorgebrachten Wünsche und Beschwerden des Ausschusses aufzuführen sind. Die Geschäftsleitung gibt in der nächsten Sitzung Bericht, inwiefern den Wünschen, Anregungen und Beschwerden Rechnung getragen ist. Dieser Bericht wird zu Protokoll genommen.

Die Beschränkung der pflichtmäßigen Einführung von Arbeiterauschüssen auf Gruben mit 100 und mehr Arbeitern bezeichnet

Medner als einen großen Uebelstand. Die Mindestzahl von drei Mitgliedern der Arbeiterauschüsse ist zu niedrig gegriffen. Referent empfiehlt ein Mitglied des Arbeiterauschusses auf jedes Steigerrevier. Die Bestimmungen des § 80 f, Absatz 3, scheinen dem Referenten nicht klar genug gefaßt zu sein. Aus Bestimmungen der Vorparlamenten leitet er die Befürchtung ab, man könne die in Nr. 1 bis 3, Absatz 2, von § 80 f genannten Ausschüsse geltend lassen, wenn sie nicht, wie unter Nr. 4 vorgehoben, in geheimer Wahl gewählt wären.

Die Bestimmungen über die Befugnisse der Arbeiterauschüsse gehen nicht weit genug. Insbesondere ist zu wünschen, daß in Fällen der Abänderung der Arbeitsordnung ein eventueller Einspruch der Arbeiterauschüsse die Veranlassung gäbe, die Streitfrage vor eine dritte entscheidende Instanz zu bringen, auch dann, wenn es sich nicht bloß um die Frage der gesetzlichen Erlaubtheit der Abänderung handle. So lange keine Arbeitskammern vorhanden seien, könne das königliche Bergamt als diese Instanz fungieren. Der Referent erörtert eine ganze Reihe von Mängeln, die der Arbeiterauschuss in Behandlung ziehen könne und müsse, insbesondere die Uebelstände bei der Lohnregulierung.

Die großen Uebelstände bei der Lohnregulierung sind nur zu besser nach dem Beispiel des englischen Bergbaues. Arbeiterauschüsse müssen bei der Regelung der Lohnfrage mitwirken und dafür sorgen, daß auch im Bergbau kollektiver Arbeitsvertrag zu Stande kommt. Als oberste Instanz müsse eine aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte Vergewerkungskammer gewisse Grundsätze für die Lohnhöhe eines Bergbaubetriebers festsetzen (Minimallöhne für normale Arbeitsleistung, Normalgehälter für Streichflöße usw.). Die Anwendung dieser allgemeinen Grundsätze auf die einzelnen Gruben und Betriebspunkte müßten im Streitfalle die Arbeiterauschüsse machen, eventuell unter Zuziehung von Probebauern. In anderen Verufen sei es möglich, durch die Mittel der Selbsthilfe allein solche kollektiven Arbeitsverträge durchzuführen. Im Bergbau habe dieses wegen der konzentrierten Macht des Unternehmertums größere Schwierigkeiten. Darum müsse hier die Begehung mehr tun, um wenigstens den Weg für eine kollektive Arbeitsvertragschließung zu bahnen. Wenn dann gegenseitiges Vertrauen nach und nach den von der Gesetzgebung geschaffenen Institutionen Geist und Kraft verleihe, so würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer und das ganze Volkwohl dadurch profitieren.

Die Ausführungen des Referenten werden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Diskussion wird auf die Nachmittagsitzung verschoben.

Nachmittags-Sitzung.

Es wird beschlossen, die Diskussion über die „Arbeiterauschüsse“ mit der Diskussion über die „Grubenkontrolle“ zu verbinden und deshalb zunächst das Referat über die

„Grubenkontrolle“

entgegenzunehmen.

Der Referent Karl Kühne-Essen begründet folgende Resolution: Der Delegiertentag hält eine Mitkontrolle der Gruben von den Reihern der aktiven Vergleute, welche in direkter geheimer Wahl gewählt oder durch die Arbeiterauschüsse, für dringend. Die notwendigen Kosten übernimmt die Staatskasse. Derselbe erblickt in dieser Einführung eine Institution, wodurch die vielen Unfälle vermindert würden.

Der Delegiertentag sieht auch in der Mitkontrolle der Gruben eine Erfüllung einer langjährigen berechtigten Forderung und wünscht dringend, daß die königliche Staatsregierung und der Landtag dieser Forderung in der Vergesetz-Rovelle gesetzlichen Eingang verschaffen mögen.

Er fährt aus: Ueberall stellen die Grubenbesitzer sich der Forderung der Arbeiter nach freigelegten Arbeiterinspektoren energisch entgegen. Der wahre Grund dafür ist die Furcht, daß durch diese Inspektoren mehr Licht über den Mangel an kleinen und großen Mängeln verbreitet werden könnte, die in den Gruben herrschen. Wenn das Gewissen der Grubenbarone wirklich so rein wäre, wie die Untersuchungskommissionen es zu waschen suchen, so brauchten sie sich doch nicht mit Händen und Füßen gegen diese Einrichtung zu sträuben. Aber in Preußen hat sich die Unfallziffer in den letzten achtzehn Jahren verdoppelt und beträgt jetzt 37 000. Die Arbeiter kennen eine Reihe praktischer Ursachen, die in Deutschland die Zahl der Unfälle steigern. Zunächst die herrschende Produktionsweise. Die Steiger erhalten für jede Verbilligung und Vermehrung der Soll-Produktion eine Prämie. Das veranlaßt sie zum unvorsichtigen Anstreben und stetigem Vordrängen, durch das die Arbeiter, die doch leben müssen, gezwungen werden, die gebotene Vorsicht außer acht zu lassen. Weiterhin iparen die Beamten an den Reparaturkosten, natürlich wieder im Interesse ihres Geldbeutels. Hauptursache dafür entsteht die Zahl der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall. Auch die ungenügende Bewetterung verdrückt immer noch Unfälle, wenn auch zugegeben ist, daß die Unfälle infolge schlagender Wetter weiter zurückgegangen sind. Wir alle wissen, in welchem Umfang

ungelernte Arbeiter

in das Ruhrgebiet hineingezogen worden sind.

Die Vorschriften über die Lehrzeit der Bergarbeiter,

die jetzt nirgends innegehalten werden, bedürfen einer einheitlichen Regelung für ganz Preußen. Dadurch könnte mancher Unfall vermieden, manches Menschenleben gerettet werden. Vor allen aber ist bei den vielen Gefahren des Bergbaues, die ich Ihnen kurz skizziert habe, die Heranziehung der Arbeiter zur Grubenkontrolle notwendig, dann würde mancher Betriebspunkt wohl gestundet werden, in dem jetzt schlagende Wetter angeleuchtet werden. Auf den staatlichen Gruben in Saarrevier und in Sachsen ist die Mitkontrolle der Arbeiter längst eingeführt. Verlangen wir auch ihre Aufnahme in den jetzigen Entwurf der preussischen Regierung. (Glückauf! Glückauf!)

An die Referate schließt sich eine ausgedehnte Diskussion.

Koster-Saarrevier (Christl.): Im Saarrevier haben wir seit 1890 Arbeiterauschüsse, aber ihre Tätigkeit wird durch untergeordnete Regierungsorgane sehr beeinträchtigt. Redner verliest einige Eingaben von den Vertrauensmännern der Grube Dudweiler an die Regierung, in denen über eine Reihe von Mängeln „alleruntertänig“ Beschwerde geführt wird, ohne daß Abhilfe eingetreten wäre. Gestagt wird darin über Holzsmangel, ungenügenden Lohn, hohe Strafen und schlechte Behandlung. Ein Obersteiger namens Nieh erklärt, er frage nicht nach dem Vertrauensmann und denunzierte die Arbeiter als Haulenzer. Ein Fahrsteiger namens Groh hat einen Schlenker geohrfeigt und mit dem Stoß über den Rücken geschlagen, weil dieser auf die Frage, wo er solange geblieben, geantwortet hatte: Der Karren sei in der Stredde stecken geblieben. Auch schimpfte er ihn Sozialdemokrat. (Heiterkeit.) Redner verlangt, daß den Vertrauensmännern durch Gesetz Redefreiheit in der Ausübung ihres Verus gegeben werde, als wenn sie Reichstags-Abgeordnete wären.

Holl-Niederrhein (A. B.): In meinem Bezirk haben wir 15 Wochen lang um einen Hauertlohn von 2,60 streiken müssen. Man suchte die Arbeiterauschüsse zu bewegen, ihrerseits die Arbeit aufzunehmen, um so den Streik zu beenden. Als sie sich weigerten, wurde ihre Kompetenz nicht mehr anerkannt. Auf der benachbarten Grube Laus-Grube wurde der Arbeiterauschuss gemahregelt, weil er Beschwerden erhoben und die Verwendung von Geldern aus Arbeiterlöhnen, der sogenannten Fennigkasse, zu Vergleuten nicht dulden wollte. Die obligatorische Einrichtung der Arbeiterauschüsse, wie sie die Regierung plant, wäre ja sehr schön, aber ich glaube, bei uns würde dann obligatorisch gemahregelt werden. (Sehr richtig!) So lange nicht die Wahregelung verboten ist, sind die obligatorischen Arbeiterauschüsse ein Messer ohne Hest und Klinge. (Wabro!)

Jmbusch-Oberhausen (Christl.) tritt für die Verleihung des Mitbestimmungsrechts bei der Bedingefestsetzung an die Arbeiterauschüsse ein. Um die Notwendigkeit der Grubenkontrolle durch Arbeiterkontrollen zu beweisen, teilt Redner aus seiner Praxis eine Reihe trauriger Fälle von Ueberrettung der bergpolizeilichen Vor-

schriften mit. Die Unternehmer sollten doch eigentlich die Anstellung von Arbeiterkontrollen wünschen. Ist nach ihrer Angabe alles in Ordnung, könnten die Arbeiterkontrollen es ja nur bestätigen. (Beifall.)

Wagner-Essen (A. B.): Wenn die Unternehmer gegen die minimalen Fortschritte der Rovelle Sturm laufen, so ist das ein Beweis dafür, daß es mit der von manchen Leuten geträumten Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gute Wege hat. Notwendig ist es, die Arbeiterauschüsse bei der Veränderung des Bedinges zu hören. Redner tritt für Arbeiterkontrollen ein. Die jetzigen Einfahrer beweisen, daß zwischen Theorie und Praxis ein großer Unterschied klafft. Den Einfahrern fehlt die praktische Ausbildung, um die Verhältnisse richtig beurteilen zu können. Kommen sie, so wird alles in Ordnung gebracht. Diese Ausräumungsarbeit bewirkt nun natürlich einen Lohnanfall, der wieder eingeholt werden muß. Dadurch wird die Gefahr für den Vergarbeiter erhöht. Die Unfallziffern beweisen, daß sich die Unfälle trotz der Einfahrer in den letzten Jahren bedeutend vermehrt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Lobed-Ostfeld (Christl.): Es wäre schon besser, wenn die Untersuchungskommissionen zu Hause geblieben und Karloffeln geschält hätten. (Große Heiterkeit und Zustimmung.) Als Vertrauensmann der Zeche „Friedrich Nachbar“ wurde ich vor den geheimen Oberbergrat Peppinghaus geladen, um die Beschwerden der Arbeiter vorzutragen. Als ich aber reden wollte, meinte er, es ist jetzt zwölf, wir wollen Mittag essen. (Große Heiterkeit.)

Ich meinte zu dem Herrn: Dann hätten Sie auch dort bleiben können, wo Sie gewesen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Ich wandte mich beschwerdeführend an die Siebener-Kommission und diese veranlaßte, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen und mir gehört wurden. Zum Schluß sollten die Arbeiter, die armen Lämmer, (Heiterkeit) ein Protokoll unterschreiben, in dem wohl die Ausführungen der Regierungsvorlage und Grubenbesitzer enthalten waren, aber nicht die Ausführungen der Arbeiter. Ich habe meine Unterschrift verweigert (Wabro!) und die Herren sind ohne Unterschrift nach Hause gegangen. Sind die Arbeiterauschüsse anerkannt, dann sind die Herren gezwungen, sie anzuhören.

Brund-Herne (A. B.): Auch nach dem Herne Revier ist eine Regierungskommission gekommen, um dort die Mängel aufzudecken.

Die von den Arbeitern gewählten Kommissionsmitglieder sind aber sofort aufs Pflaster gesetzt worden.

(Lebhafte Bewegung.) Seit fünf Jahren arbeite ich mit drei Söhnen auf der Grube „Friedrich der Große“. Meine Söhne sind sofort entlassen worden, und mir ist Entlassung angedroht. Dabei hat sich das Herne Revier im Streit mysteriös gehalten, obwohl wir zwei Drittel Polen hatten. Wenn es wieder zum Streit kommt, können wir keine Verantwortung übernehmen.

Walter-Gelsenkirchen (Christl.) verweist auf den erheblichen Einfluß der Arbeiterauschüsse auf die Arbeiter. Daß die Arbeiter für den Lohn der Grubenkontrollen aufkommen sollen, halte ich für verkehrt. Sie müssen vom Staat bezahlt werden.

Kamel-Oberschlesien (A. B.) bezeichnet die Verhältnisse in Oberschlesien als besonders schlecht.

Becken-Bottrop (Christl.): Wir sind mit hunderten von Beschwerdeführern zur Kommission marschiert und haben dafür gefordert, daß wir gehört wurden. Die Kommission hat in ihrem Protokoll denn auch eine große Reihe von Mängeln aufgenommen. Dann aber haben sich die Herren zu helfen gesucht. Bei der Feststellung von Mängeln auf der fiskalischen Grube „Rheinbaben“ hat man die Arbeiter-Kommissionsmitglieder erst am späten Abend unmittelbar vor der Sitzung benachrichtigt, so daß sie sich keine Zeugen mehr verschaffen konnten. (Hört! hört!)

In den beiden Resolutionen über die Arbeiterauschüsse und Grubenkontrolle sind eine große Anzahl Abänderungsanträge eingegangen, die der Redaktionskommission überwiegen werden.

Jäger-Linden (A. B.) beklagt sich darüber, daß vor den Ministerialkommissionen Komödie gespielt und den Zeugenbeamten die Entschuldigungsgründe geradezu in den Mund gelegt worden seien.

Vorherrschender Effert schlägt vor, da noch 10 Redner gemeldet sind (Zuruf: Den Mangel sollte man der Ministerialkommission melden! Heiterkeit!), nur noch Redner aus der westlichen Seite des Ruhrreviers, wo die Hirsch-Dunderstein stark vertreten sind, aus dem Sauerland, dem Siegerland, aus Schlesien und aus dem Westen zu hören. Würde man über drei Tage hier bleiben, dann würden einige Delegierte ihren Uelast überschreiten müssen und tiefen Gehfahr, aufs Pflaster zu fliegen. (Zustimmung.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, von jedem Verbands noch einen Redner sprechen zu lassen.

Krosch-Oberschlesien (Gegenseitige Hilfe): Als ich die Klagen aus dem Ruhrrevier hörte, dachte ich, wenn das am grünen Holze passiert, was soll man da vom bürren melden, was aus Oberschlesien, wo die Arbeiter so wenig organisiert sind. Auf unseren fiskalischen Gruben haben wir seit 1890 Arbeiterauschüsse; aber diese stehen bloß auf dem Papier. Die Kandidaten werden den Belegschaften von den Zeugenverwaltungen selber vorgelegt und müssen wohl oder übel gewählt werden. Wirklichen Vertrauensmännern der Belegschaften wird, wenn sie ein freies Wort wagen, der Stuhl vor die Tür gesetzt. Dagegen erfüllen die Arbeiterauschüsse in den Privatgruben, wo sie bestehen, ihren Zweck. Was die Grubenkontrolle anlangt, so werden den Einfahrern die wesentlichen Mängel überhaupt nicht gezeigt. Verlangt ein Arbeiter die Erhöhung seines Bedinges, so wird er „polnisches Schwein“ geschimpft.

Riesel-Zabrze (G. D.): Ich wurde nach zehnjähriger Tätigkeit auf der königl. „Luffengrube“ zwar für „treue Dienste“ mit der Jubiläumsschleife versehen, wurde aber bald darauf entlassen, weil ich nicht als Vertrauensmann der Arbeiter den Beamten „sehr unangenehm gemacht“ hätte. Redner sucht nachzuweisen, daß das letzte große Brand- und Wasserunglück auf einer oberschlesischen Grube zum größten Teil durch die Schuld von Behörden entstanden sei.

Krämer-St. Johann: Wir in Saarrevier haben die Arbeiterauschüsse schon seit 15 Jahren. Ich will aber durchaus nicht sagen, daß wir in Saarrevier an der Spitze marschieren. Das beste Mittel, um unbenutzte Vertrauensmänner aus den Gruben auszuscheiden, ist ihre Verlegung auf eine andere Grube. Die Vertrauensmänner dürfen sich auch nur gutschicklich äußern. Mängel, die sie vorfinden, sollen sie beim Obersteiger ins Fahrbuch eintragen. Als aber ein Kontrollen einschreiben wollte: Auf der Stredde werden die Sicherheitsvorschriften außer acht gelassen, es ist notwendig, sie öfter zu kontrollieren und zwar in Abwesenheit des Abteilungssteigers — rief ihm der Obersteiger zu: „Lassen Sie diesen Unstun!“ (Hört! hört!) Wir brauchen niemand, der uns Vorschriften macht oder Kritik übt. (Hört! hört!) Sorgen Sie dafür, daß die obligatorischen Arbeiterauschüsse nicht nach der saarabischen Schablone ausfallen. (Lebhafte Beifall.)

Häsel-St. Johann (Christl.) bestätigt die Angaben des Vorredners. Im Saarrevier ist die Grubenkontrolle ganz illusorisch. Redner verlangt, daß die Kontrolle auch auf die Tagesanlagen ausgedehnt werde. Jetzt werde der Vergar, der die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter kontrollieren sollte, hinteres Licht geführt.

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung über die beiden Resolutionen soll morgen erfolgen. Morgen wird man sich auch schlußig darüber werden, ob die Konferenz noch um einen Tag verlängert werden soll.

Den heutigen Verhandlungen wohnte auch Reichstags-Abgeordneter Sartorius (fr. Sp.) zeitweise als Gast bei. Im Auftrage des Regierungspräsidenten von Arnberg ist der königl. Polizeikommissar Bernhard aus Bochum anwesend.

Schluß 6 Uhr.

Wasserstand am 22. März. Höhe bei Kassel + 1,48 Meter, bei Dresden — 0,61 Meter, bei Magdeburg + 2,76 Meter. — Unruh bei Straußfurt + 2,00 Meter. — Oder bei Rathor + 2,31 Meter, bei Breslau + 2,00 Meter, bei Babelsberg + 2,00 Meter, bei Berlin + 2,00 Meter, bei Frankfurt + 2,00 Meter. — Weichsel bei Braunsberg + 4,08 Meter. — Warthe bei Posen + 1,78 Meter. — Rheine bei Ulf + 1,41 Meter.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. — Sektion der Gips- u. Zementbranche.
 Freitag, den 31. März cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Diskussion und Beschlussfassung über ein vom erweiterten Sektionsvorstand zur Zentralisierung des Arbeitsnachweises ausgearbeitetes Regulativ. 2. Verschiedenes.
 Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert, daß alle Mitglieder in der Versammlung erscheinen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der Vorstand.

Die regelmäßige Monats-Versammlung der Gruppe der Rabihspanner findet am Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr bei Jannaschk, Inselstr. 10, statt.
 Tages-Ordnung: 1. Regelung der Beiträge für die Mitglieder unserer Gruppe. 2. Bergehung der Monatsversammlung vom Sonntag nach dem 1. jeden Monats auf den 1. Mittwoch im Monat.
 Der Gruppenvorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C 54, Dragonerstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III. Nr. 5028.
 Freitag, den 31. März 1905, abends 8 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend

in der Musikerbörse, Kaiser Wilhelmstr. 18m, zwischen Münz- u. Hirtenstraße, drei Minuten vom Alexanderplatz.

Tages-Ordnung:
 Endgültige Beschlussfassung über die letzte Verhandlung mit den Arbeitgebern.
 Um teilhafte Vertretung ersucht
 Der Vorstand. J. H.: Albert Jappanatz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 2. April, vormittags von 10-1 Uhr, werden in folgenden Lokalen die Wahlen zur Ortsverwaltung (Beisitzer und Revisoren) vorgenommen:
 Abendroth, Badstr. 43, Ecke Gräblichstraße.
 Raabe, „Kolberger Salon“, Kolbergerstr. 23.
 Wernau, Festsäle, Schwebelstr. 23.
 A. Bökers Festsäle, Weberstr. 17.
 Gewerkschaftshaus, Saal 7, Engel-Ufer 15.
 Kronenbrauerei, Alt-Neosbit 47/49.
 Künke, Sülowitz, 59.
 Thiel, Rixdorf, Bergstr. 152.
 Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
 Böhle, Spandau, Neumesserstr. 5.
 Kaufhold, Ober-Schönweide, Wilhelmshofstr. 18.
 Tempel, Hummelburg, Alt-Vorhagen 56.
 Muster, Reinickendorf-West, Berlinstr. 29.
 Stimmzettel werden am Eingang zu den Lokalen verteilt. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Ersuchen um recht rege Beteiligung.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig (Vorstands-vorlage, Anträge). 2. Stellungnahme zum 1. Mai.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
 Häufiger Besuch erwünscht.
 Die Ortsverwaltung.

CARL SCHREIER.
 Größtes Spezial-Geschäft für
Küchen-Bedarfs-Artikel.
 Hauptgeschäft: Berlin N., Dalldorferstr. 20.

Zweig-geschäfte:
 N. Dalldorferstr. 21.
 „Ackerstr. 23.
 „Veteranenstr. 2.
 „Schönhauser Allee 192.

Zweig-geschäfte:
 50. Reichenbergerstr. 15.
 „Eisenbahnstr. 42.
 Rixdorf: Bergstr. 145.

Garantie für jedes Stück.
Prima Adler-Emaille-Kochgeschirr.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 69
 Laden

Wir empfehlen den Genossen zum Abonnement:

Wider die Pfaffenherrschaft

Ausführlicher aus den Religionstämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von **Emil Rosenow**
 50 Lieferungen reich illustriert
 • 6 Lieferungen 20 Pfennig •

Der Verfasser entwirft vom Standpunkt des historischen Materialismus das Kulturbild der mittelalterlichen Pfaffenherrschaft. Er zeigt wie mitten der zusammenbrechenden römischen Gesellschaft die archaisch-kommunistische Religion beginnt, aus der sich die Kirchenherrschaft entwickelt. Der Leser sieht wie das Papsttum entsteht und wie es den Gipfel seiner Macht, bis zur Welt-herrschaft erhebt, bis die wachsende kapitalistische Wirtschaft die Pfaffenherrschaft in Blut und Kriegesgeschrei erstickt.
 Das Werk ist ein dauerndes, wertvolles Bildungsmittel für die deutsche Arbeiterklasse.
 Daselbe liegt nunmehr vollständig vor und umfaßt 2 Bände. Der Preis beträgt pro Band in Leinen gebunden 7.— M. in Halbfranz 8.— M.

Eigene Werkstätten:



Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg.

Freitag, den 31. März, abends 8 Uhr, im Ob'schen Saale, Weiningerstraße 8:
Lichtbilder-Vortrag
 des Ingenieurs P. M. Grempe über die **Freiheitskämpfe in Rußland.**
 circa 50 Bilder aus dem hungernden Rußland und den revolutionären Bewegungen.
 Eintritt 25 Pfennige.
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 30. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schmidt, Gartenstr. 6:
Vertrauensmänner-Versammlung der Modelltischler.
 Tages-Ordnung: Bericht über unsere Verhandlungen.
 NB. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Steinarbeiter.

Berlin I.
 Sonntag, den 2. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Die neuen Verhandlungen mit der Stein-meh-Jnnung. 2. Verschiedenes.
 Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Steinarbeiter in dieser Versammlung erscheint. — Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne Buch kein Zutritt.
 Die Ortsverwaltung.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik
 von 19372*
A. Schulz
 Reichenbergerstraße 5
 empfiehlt Einrichtungen von 240 bis 5000 M. von nur anerkannt gediegener Qualität zu äußerst billigen Preisen.
 • Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. •
 • Anfanterste Bedingungen. •
 Telefon: Amt IV 6877.



Orientalisches Ballhaus
 Neue Königstr. 45 (Grand Hotel)
 Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:
Réunion
 Anfang 10 1/2 Uhr.

Möbelfabrik.
 Die besten und billigsten
Wohnungs-Einrichtungen
 kaufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister,
 Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Juwelen-Arbeiter,
 täglich in feinen Reihjuwelen, wird gegen gute Bezahlung und dauernde Beschäftigung sofort akzeptiert. Bei Konventionen werden Reihspesen vergütet.
 97/14
 Kornhäuser Arnold, Juwelenerzeuger, Budapest, Rakochy Str. 11.

Nur kurze Zeit
Inventur-Räumungspreise
 Extralistie gratis u. franko.
Teppich-Haus Emil Lefèvre,
 Oranienstraße 158 Berlin S.

Konkursmassen-Ausverkauf!
 Die aus der Konkursmasse Robert Hermann & Co. erstandenen Waren, bestehend aus:
Teppichen, Portieren, Gardinen, Diwan-, Tisch-, Bett- und Steppdecken, Möbelstoffen,
 kommen zu fabelhaft billigen, fest taxierten Preisen zum Ausverkauf:
 Spandauerstr. 65-67, 1. Etage.
 Verkaufszeit 9-1, 3-8 Uhr.

Ein Versuch - dauernde Kundenschaft!
 Von 1 M. möglt. Teilzahlung an liefere elegante, fertige **Herren-Moden.**
 Ersatz für Makarheit. Anfertigung nach Maß. Feinste Verarbeitung.
 Garantie tadelloser Sitz. Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung.**
 ••• Kein Waren-Kredithaus. •••
J. Kurzberg
 An der Jannowitzbrücke 1, I. Bahnhof Jannowitzbrücke.

Peek & Cloppenburg
 Berlin C., Gertraudenstraße 25, 26, 27, Roßstraße 1.
Fertige Sommer-Paletots
 in tadelloser Ausführung und vorzüglichen Paßformen vom einfachen bis zum feinsten Genre. Wir verwenden nur dauerhafte Stoffe und gute Zutaten.
 Wir stellen unsere Konfektion so her, daß nicht nur Normalfiguren, sondern auch schlankgewachsene und sehr korpolente Herren bei uns gut sitzende Kleidung finden.
 Im I. Stock: **Fertige Kleidung für Knaben und Schüler.** Richtige Façons! Billig! — Gut!

ZWEIG-GESCHÄFTE in
 Amsterdam | Haag | Düsseldorf | Haarlem | Nymwegen | Leiden
 Rotterdam | Utrecht | Groningen | Arnhem | Leuwarden | Breda.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Dienstag abends 8 Uhr findet in Weimanns Volksgarten, Badstraße 56, eine Volksversammlung statt.

Für Kummelsburg wird zum 1. April c. eine Parteispedition errichtet und zwar gemeinsam mit der schon vorhandenen Parteispedition Lichtenberg-Friedrichsfelde-Wilhelmsberg-Hohenschönhausen.

Lokales.

„Es ist ja nur ein Arbeiter!“

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer außerordentlichen Sitzung am Dienstag die zweite Lesung des Stadthaushaltsetats zu Ende gebracht.

Der Magistrat als Arbeitgeber ist ein Thema, das die Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung leider immer von neuem erörtern müssen.

Am Dienstag waren es die Etats der Wasserwerke und des Viehhofs, bei denen neues Material zum Kapitel „Magistrat als Arbeitgeber“ beigebracht wurde.

Beim Etat des Viehhofs teilte Genosse Hoffmann mit, daß ein Arbeiter, bei dem sich herausstellte, daß er wegen Diebstahls verurteilt war, entlassen worden ist.

Die Arbeiter werden gut daran tun, die kleine Episode recht fest ihrem Gedächtnis einzuprägen, nicht nur die Gemeindeglieder, sondern auch jeder andere Arbeiter.

Über 2000 Droßkoffenfahrer und Droßkoffenfahrerinnen waren gestern abend zu einer öffentlichen Protestversammlung gegen die neue Droßkoffen-Fahrordnung versammelt.

Unter einer sehr auffälligen Begründung hat einer hiesigen Korrespondenz zufolge das Potsdamer Landgericht das Strafverfahren gegen den Grafen Pückler eingestellt.

gegen den Grafen Pückler und den Bruder seiner Neben, Hermann Wisching Strafantrag gestellt, wegen der bekannten Rede des Grafen im Januar in Potsdam, wo Pückler gegen den Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther von Sonderburg-Glücksburg, Angriffe richtete.

Der Bau des Lindentunnels der Stadt Berlin ist, wie der „Lokal-Anzeiger“ erfahren haben will, von der Ansichtsbekörderung genehmigt worden.

Als künftigen Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg nennt die „Berl. Ztg.“ den früheren Oberpräsidenten von Hannover, Freiherrn v. Brandenstein.

Ein kleiner Scharfmacher. In der „Voss. Ztg.“ vom Sonntag findet sich folgende Anzeige: Gebild. Herr, Dreifiger (Fahrerbedingung), als Baukontrollor verlangt.

Der Unternehmer, der in dieser Anzeige seine Sehnsucht nach Bildung offenbart, hat unter den Arbeitern wegen seines besonders feinsten ausgeprägten Rechtsempfindens einen Namen und ist auf dem Gewerbegebiet bekannt wie der bunte Hund.

Berlin wird um einen Sensationsprozess kommen, den gewisse Kreise teils mit Unbehagen, teils mit Neugier erwartet haben, je nachdem sie als Zeugen vorgeladen waren oder als Zuhörer auf die pilantischen Enthüllungen sich freuten.

Die Paketfahrt-Gesellschaft hat kürzlich verschiedenen Gewerkschaften mitgeteilt, daß sie die bislang besorgte Beförderung und das gleichzeitige Ausstragen der Gewerkschaftsblätter mit dem 15. April d. J. einzustellen gedenkt.

Das königliche Schauspielhaus ist zwar schon seit gut acht Tagen wieder seiner Bestimmung übergeben, aber fertig scheint es noch nicht zu sein.

Legte für die Armeemärche werden auf Wunsch des Kaisers in nächster Zeit herausgegeben werden. Der Monarch hatte lebhaft bedauert, daß für die alten, bekannten Armeemärche keine leicht aufzufindbaren Texte, die sich als Marschlieder eignen, vorhanden seien.

Die Gaskamplosion in der Michaelskirche in Berlin am 15. April 1902 wird unseren Lesern vielleicht noch in Erinnerung sein. Sowohl ein beim Belagerten beschäftigter Soldat wie auch der Chorsänger Richter wurden erheblich verletzt.

Keine Arbeiterkontrollen auf Banken. Zu den wiederholten Anregungen unserer Genossen im Stadtparlament auf Einsetzung von Bankkontrollen aus dem Arbeiterstand, hat der Magistrat nunmehr Stellung genommen und, wie voranzuführen war, von der Einsetzung besonderer Arbeiterkontrollen abgesehen.

geschloffen worden wäre. Das zuständige Landgericht sowie das Stammgericht hatten die Klage abgewiesen, da die Verwalter kein Verschulden treffe.

Bereitete Prügelei. Durch die Rührsamkeit von Gendarmen ist gestern um 6 1/2 Uhr morgens ein Duell bereitete worden, das im Grunewald, an der Wilschdorfer Chaussee, unweit Wilschdorf, ausgebrochen werden sollte.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche in der Nacht zum 2. Januar der Schlägerei beigewohnt haben, die in der zweiten Stunde vor der Kaserne des 2. Garde-Regiments in der Friedrichstraße zwischen Militär und Zivilisten stattfand, werden gebeten, ihre Adresse bei Graf, Adolfsstraße 23, abzugeben.

Unter der Maske eines Gasarbeiters treibt ein Dieb sein Unwesen. Er kommt mit einem Flechtstern, der die Aufschrift „Wächter“ trägt, spiegelt den Pförtnerinnen vor, daß er an der Treppenbeleuchtung dieses oder jenes auszubessern habe, und benutzt die Gelegenheit, Gasarme zu stehlen.

Der städtische Gewerbeaal ist mit einer Ausstellung an die Öffentlichkeit getreten, die gestern vormittag eröffnet wurde. Der Gewerbeaal zählt im ganzen 130 Klassen, die aber ganz Berlin verbreitet sind, und wird von etwa 2400 Personen besucht.

Einen Projektionsvortrag über die Freiheitskämpfe in Rußland veranstaltet der Genosse Ingenieur Grempe am Freitagabend im Obstischen Saale, Weiningerstr. 8. In der Hand von etwa 50 Lichtbildern wird das hungernde und revolutionäre Rußland beleuchtet.

Der Zirkus Albert Schumann wird am Sonnabend, den 1. April, das Publikum mit einer Schaulustung von höchst ethnographischen Interesse überraschen. Es ist der Direktion nach langen und schwierigen Verhandlungen gelungen, die Truppe edler Chinesen, die gegenwärtig aus dem Innern des Reichs der Mitte hier einreisen, für ein kurzes Gastspiel in dem genannten Institut zu verpflichten.

Theater. Im Trianon-Theater sind in der am Freitag stattfindenden Uraufführung von „Mr. Alibi“ (Les Duponts) die Damen Helene Fehdmer, Paula Winkler, und die Herren Hans Junlermann, Max Laurence, Kenderly Rebins und Julius Sachs in Hauptrollen beschäftigt.

Aus den Nachbarorten. Charlottenburg. Keine Arbeiterkontrollen auf Banken. Zu den wiederholten Anregungen unserer Genossen im Stadtparlament auf Einsetzung von Bankkontrollen aus dem Arbeiterstand, hat der Magistrat nunmehr Stellung genommen und, wie voranzuführen war, von der Einsetzung besonderer Arbeiterkontrollen abgesehen.

Keine Arbeiterkontrollen auf Banken. Zu den wiederholten Anregungen unserer Genossen im Stadtparlament auf Einsetzung von Bankkontrollen aus dem Arbeiterstand, hat der Magistrat nunmehr Stellung genommen und, wie voranzuführen war, von der Einsetzung besonderer Arbeiterkontrollen abgesehen.

Keine Arbeiterkontrollen auf Banken. Zu den wiederholten Anregungen unserer Genossen im Stadtparlament auf Einsetzung von Bankkontrollen aus dem Arbeiterstand, hat der Magistrat nunmehr Stellung genommen und, wie voranzuführen war, von der Einsetzung besonderer Arbeiterkontrollen abgesehen.

Tagung der weiteren Beratungen, den Stadtbaurat zu ersuchen, bei Gelegenheit des nächsten städtischen Neubaus, der Gemeindeschule in der Delmhofstraße nach Rücksprache mit den Unternehmern und Vertretern der Bauarbeiter des betreffenden Baues an der Beaufsichtigung über die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften durch eigene Vertrauensmänner zu machen.

Weissensee.

Der Schulkostenstreit zwischen der Landgemeinde Neu-Weissensee (jetzt Weissensee) und der Stadt Berlin ist jetzt, soweit es sich um die Jahre 1897 und 1898 handelt, endgültig erledigt.

Ober-Schöneweide.

Die Angelegenheit des Amts- und Gemeindevorsethers E. C. d. i. in Ober-Schöneweide, der seinerzeit disziplinarisch seines Amtes entsetzt wurde, hat jetzt ihre Beilegung insofern gefunden, als E. C. d. i. in zweiter Instanz freigesprochen ist.

Vermischtes.

Ueber ein Grubenunglück wird aus Gelsenkirchen berichtet: Auf der Zeche "Shamrod" bei Eidel verunglückten fünf Bergleute durch Abstürzen. Einer war sofort tot, einer wurde schwer und die übrigen wurden leicht verletzt.

Der Prozeß wegen Unterschlagung von Eisenbahnmaterialien ist gestern nach sechstägiger Verhandlung infolge des Geständnisses der Angeklagten, früher als man es erwartet hatte, zu Ende geführt worden. Das Urteil lautet gegen den Kaufmann Friedeberg auf vier Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust unter Anrechnung von sechs Monaten Unterhüchungshaft, gegen den Eisenbahnzeichner Passarge und den Eisenbahnmaterialien-Verwalter Schiemenz auf je anderthalb Jahre Gefängnis, gegen den Eisenbahnmaterialien-Verwalter Büttner auf ein Jahr Gefängnis und gegen die Arbeiter Siegmund, Räder, Wolff und Schwarz auf je sechs Wochen Gefängnis. Eisenbahnmaterialien-Verwalter Franke wurde freigesprochen.

Wie man Gefängnisse füllt, so berichtet man uns unterm 27. März aus Halle, ergaben einige Verhandlungen, die heute vor der Strafkammer und vor dem Schöffengericht stattfanden. Die bürgerliche Presse beklagte jüngst die Ueberfüllung des Gerichtsgefängnisses — ein neues Justizgebäude ist errichtet — und im Stadtvorordneten-Kollegium bemüht man sich eifrig, die Mittel zur Herstellung eines neuen Polizeigebäudes zu erlangen.

Die abgemagerte Proletarierin Frau A. I. hatte eines Tages in der Heide d. h. d. Brennholz aufgeschlagen und war dabei mit dem Horsauffeher Hedenus in Wortwechsel geraten. Als der Beamte der Frau den Kopf wegnehmen wollte, erhielt die Unglückliche mit dem Kopfe einen Stoß vor die Brust, daß sie einige Tage krank war. Heute erhielt die Angeklagte vor dem Schöffengericht noch wegen "Widerstandes" gegen den kräftigen Forstbeamten drei Tage Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nummer 53 des "Simplitissimus" ist eine Spezialnummer, betitelt "Lügen" und enthält folgende Redaktionen: "Religion" von Th. Th. Deime, "Ständebewußtsein" und "Vaterland" von E. Thönn, "Schande" in zwei Hälften, "Ehre", "Majestät" und "Gerechtigkeit" von Wilhelm Schulz, "Reim Stellenvermittler" und "Resignation" von A. B. Ensl, "Rural" von E. Heilmann, "Liebe" von O. Gulbranson. Die textliche Ausstattung besteht aus einer Skizze von L. Riffer, betitelt "Christentum".

Der "Simplitissimus" erscheint in einer billigen Ausgabe zu 20 Pf. und einer besseren auf stärkerem, vornehmerem Papier zu 30 Pf.; man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Albert Langen in München.

Briefkasten der Redaktion.

Schwimmer. Durch Herrn F. Wenzel, Weissensee, Röllestr. 131a. — G. N. Dame. Zu unserem Bedauern entscheidet der Briefkasten Spielereitigkeiten grundsätzlich nicht. — Stammtisch. Seit 6. Februar 1875 Ständeamter gesetzlich vorhanden. — Invalide. Es ist völlig unklar, was es mit Sie meinen. — A. R. 123. Durch Norddeutschen Lloyd, hier, Unter den Linden 5-6 oder Invalidenstr. am Stettiner Bahnhof.

Auch durch die Auskunftsstellen der größeren Berliner Bahnhöfe. — Charlottenburg. W. S. 1. Ein Reich, der verlernt hat, moralisch oder intellektuell Distanz zu halten. Zwecklos auf so niedrige Annäherung zu reagieren. 2. Können wir auch bei gutem Willen nicht vertreten. Nur die Weltstimmungen des Reichstages vermag sichere Auskunft zu erteilen. — Konstantin. Den Hungernden verleiht der volle Magen nicht. S. D. 44. Jeden Mittwoch bei Bachstein, Salzweberstr. 16.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

Tegel, Albert. 1. Ihre Angaben lassen nicht klar erkennen, wie das Sachverhältnis liegt. Einmal schildern Sie es so, als ob der Vertrag lediglich zur Täuschung der Behörde geschlossen ist. Liegt der Fall so, so liegt ein ungültiger Vertrag vor. Dann schildern Sie die Sachlage so, als ob ein Sachverhältnis bestanden hätte. Ist dem so, so sind seine Bedingungen fragbar: welche Bedingungen vorliegen, geben Sie nicht an. Endlich stellen Sie die Sachlage an einer anderen Stelle so dar, als sei eine Einigung vereinbart. Diese wäre gültig, wenn nicht Ihre weitere Behauptung erwieslich wäre, daß diese Einigung verfehlt sei. Ohne eingehende Darlegung, insbesondere auch genaue Mitteilung des Reverses sowie der Verhandlungen, die ein Anwalt für sie geführt hat, ist eine bestimmte Antwort nicht möglich. 2. Glauben Sie, daß Freiheitsberaubung vorliegt, so steht Ihnen Strafantrag frei. — W. S. 39. In der amtlichen Zentralauskunftsstelle für Auswanderer. Schellingstr. 4, erhalten Sie auf verbindliche oder schriftliche Anfragen Auskunft. — Z. 7. Wir werden auf diese Frage zurückkommen. — Anwalt I. Th. Es kann auch die Verdrigung vom Sterbehause aus erfolgen. — W. S. 78. Voraussetzlich wird der zu spät gekommene Doktor mit seiner Forderung abgewiesen werden, wenn er dieselbe einbringen sollte. — G. Keller. Sie können beim Vize Richter halten oder sich an die Polizeibehörde und das Amtsgericht (als Nachlagergericht) wenden. — Z. 5. Es hat die Witwe das Recht zu wählen, ob sie nach männlichem Recht oder nach bürgerlichem Gesetzbuch erben will, falls die Ehe vor dem 1. Januar 1900 geschlossen ist. Deshalb ist zunächst erforderlich festzustellen, wann die Ehe geschlossen ist. Stellen Sie dies fest und wiederholen Ihre Anfragen unter Ergänzung auch nach der Richtung hin, wann der Ehemann verstorben ist und ob er ein Testament hinterlassen hat. — 999. Ihre Einwilligung genügt, ein Arbeitsvertrag ist nicht erforderlich. Den im übrigen kranken Rechtszustand für den Fall, in dem der Vater für schuldig erklärt ist, die Mutter das Fürsorgerecht, aber nicht die Vertretungsbezugnis ihres Kindes hat, finden Sie S. 30 des dem "Arbeiterrecht" beigelegten Führers durch das bürgerliche Gesetzbuch dargelegt. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

Marktpreise von Berlin am 28. März. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,35-17,34 R., mittel 17,33-17,32 R., geringe 17,31-17,30 R. Roggen**, gute Sorte 13,65-13,64 R., mittel 13,63-13,62 R., geringe 13,61-13,60 R. Zuckergroß*, gute Sorte 16,00-14,80 R., mittel 14,70 bis 13,60 R., geringe 13,50-12,40 R. Hafer*, gute Sorte 16,20-15,40 R., mittel 15,30-14,60 R., geringe 14,50-13,80 R. Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00-30,00 R. Speisebohnen, weiße 50,00-30,00 R. Linen 60,00-30,00 R. Kartoffeln 10,00-7,00 R. Rübölroh 5,00-4,50 R. Senf 8,50-7,30 R. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 R. Eier per Schod 4,00-2,80 R. *) Drei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 29. März 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., Rachen, Wien, Caparanda, Petersburg, Eslöv, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 30. März 1905. Hiemlich warm, vielfach heiter bei mäßigen südwestlichen Winden; gellwelle etwas Regen.

Berliner Wetterbureau.

A. Fandorf u. Co.

Spittelmarkt 16/17. Belle Alliance-Strasse 1/2. Grosse Frankfurter-Strasse 113. Brunnen-Strasse 19/21. Ecke Leipziger Strasse. Am Blücherplatz. Ecke Andreas-Strasse. Ecke Veteranen-Strasse.

Von Donnerstag den 30. März bis Mittwoch den 5. April:

Preiswertes Angebot in Schul-Artikeln

- Schreibhefte gutes Papier, 20 Blatt mit Lössblatt 75. Diarien 32 Blatt stark (Kaiser Diarien) 8. Diarien mit Wachstuchdeckel, 40 Blatt 18. Schulleistifte Dutzend 20, 35. Schulleistifte Johann Faber Stück 4 Dutz. 45. Bleistifte Johann Faber, Dessin Stück 6 Dutz. 68. Schulhefte-Etiquettes 100 Stück 8, 10. Schulfedern 3 Dutz. 15 Perry 17 8 Perry 28 10. Schulfedern Sortiment-Schachtel ca. 70 Stück 15. Radirgummi Toff Toff, Blitz AKA Stück 5, 10, 15, 25. Reissnägel Carton 3 Dutzend 7. Censuren-Mappen grosser Format 35, 45. Ordnungs-Mappen 22, 48, 75. Butterbrotpapier fett dicht, 100 Blatt 18. Reisszeuge 45, 98, 150, 250. Tinte Flasche 3, 10 Liter 60. Schultafeln 90, 135. Reissbretter, Reisschienen, Zeichenständer, Zeichenblocks nach Vorschrift in guten Qualitäten. Bücherriemen ca. 100 cm lang 40. Schulmappen für Knaben Ledertuch 90, 110 150. Schulmappen für Knaben, Leder 2,90, 3,65. Schulmappen für Knaben, Rindleder 5,25, 5,75. Schulmappen für Mädchen, Ledertuch 95, 135. Schulmappen für Mädchen, Leder 2,90, 3,45. Schulmappen für Mädchen, Rindleder 5,25, 5,75. Frühstückstaschen zum umhängen 38, 80. Schwarze Kinder-Hänger mit hübschen farbigem Besatz Grösse ca. 55 60 65 70 75 80 1.10 1.20 1.30 1.40 1.50 1.60.

- Schiefertafeln 15, 18, Rand poliert 45. Klapptafeln 45, 90. Griffel extra stark Dutzend 8. Federhalter 5 Stück 10. Tuschkasten Tab'etten 35, 75, Tuben 75, 150. Federkasten 8, 15, 25 doppelt 18, 35, 55. Federkasten schwarz 35, 45, 75. Octavhefte 3, 5. Aufgabenbücher 3, 4, 6. Löschblätter Mappe 25 Blatt 7. Umschlagpapier 25 Bogen 10. Schwarze Reform-Kinder-Hänger geschmackvoll besetzt Grösse ca. 60 65 70 75 80 1.40 1.60 1.80 2.00 2.20. Schwarze Reform-Kinder-Hänger elegant ausgeführt Grösse ca. 60 65 70 75 80 1.60 1.80 2.00 2.20 2.40. Schwarze Panama-Tändel-Schürze mit hübschem Besatz 90. Schwarze Alpacca-Tändel-Schürze mit eleganten farbigem Besatz 1.10. Schwarze Reform-Schürze hübsch besetzt 2.10. Schwarze Hänge-Reform-Schürze mit Tasche und elegantem Besatz 2.95.

- Mädchen- und Knaben-Schnür- oder Knopfstiefel Grösse 25/26 27/30 31/35 36/42. Rossleder 2.75 3.50 3.90 4.90. Box Calf 4.25 5.25 5.90 6.90. Chevreaux 4.25 5.25 5.90 6.90. Ziegenleder braun 3.50 4.50 5.50 6.75.

